campus



JAMES
MANN

CHINA MORGANA

Chinas Zukunft und die
Selbsttäuschung des Westens

China Morgana



James Mann arbeitete von 1984 bis 1987 als Auslandskorrespondent der *Los Angeles Times* in Peking. Er hat in den USA bereits mehrere Bücher über China veröffentlicht.

James Mann

China Morgana

Chinas Zukunft und die Selbsttäuschung des Westens

Aus dem Englischen von
Andreas Simon dos Santos

Campus Verlag
Frankfurt / New York

Die englischsprachige Ausgabe erschien 2007 unter dem Titel *The China Fantasy. How Our Leaders Explain Away Chinese Repression.*

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter http://dnb.d-nb.de abrufbar.
ISBN 978-3-593-38626-3

Umschlaggestaltung: Hißmann, Heilmann, Hamburg
Umschlagillustration hinten: © Joseph Ciardiello
Satz: Campus Verlag, Frankfurt am Main
Druck und Bindung: Druck Partner Rübelmann, Hemsbach
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

Dieses Buch ist dem Andenken an Mike Jendrzejczyk gewidmet, der begriff, dass die Beendigung der politischen Repression in China eine Sache sowohl der Linken wie der Konservativen, sowohl der Republikaner wie der Demokraten und aller Übrigen ist.

Inhalt

Einleitung
Das Schönreden Chinas

Dies ist kein Buch über China selbst. Es handelt von dem China, auf das ich außerhalb Chinas gestoßen bin: Es erzählt vom Chinabild der Eliten, von den Ansichten, die in Washington und anderen führenden Hauptstädten Europas und Asiens und in den Unternehmenszentralen rund um den Globus über China vorherrschen. Es handelt von der Sprache, den Bildern, den verborgenen Annahmen und der fragwürdigen Logik, die tonangebende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Diplomatie benutzen, wenn sie über das heutige China sprechen. In vielen Jahren hat sich ein Konglomerat von Ideen, Phrasen, Rechtfertigungen und Doktrinen herausgebildet, die allesamt dazu dienen, die Aufmerksamkeit vom hartnäckigen Fortbestand des Einparteiensystems in China und der Unterdrückung abweichender politischer Meinungen abzulenken. Man sollte meinen, dass die Probleme des politischen Systems in China sowohl moralische wie praktische Fragen aufwerfen müssten, doch das tun sie anscheinend nicht. Dieses Buch versucht zu erklären, woran das liegt, indem es die Art und Weise untersucht, wie unsere Entscheidungsträger über China denken und reden.

* * *

Vor 20 Jahren kehrte ich aus China, wo ich als Leiter des Pekinger Büros der *Los Angeles Times* über das Land berichtet hatte, ins Hauptstadtbüro meiner Zeitung nach Washington zurück. Die Redakteure fragten mich, worüber ich nun, da ich wieder in Washing-

ton war, am liebsten berichten würde. Amerika und Asien, erwiderte ich. Sie reagierten, als ob ich verrückt wäre. Das sei kein Vollzeitjob, sagte mir einer der Redakteure; es gäbe nicht genug, worüber man schreiben könne. Es war Ende 1987, und damals verbrachten praktisch alle außenpolitischen Korrespondenten, die aus dem Außenministerium, dem Pentagon und den Geheimdiensten berichteten, notwendigerweise ihre Zeit mit der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion (die damals in den letzten Jahren des Kalten Krieges steckte) und dem Nahen Osten (damals wie heute ein Chaos).

Nein, im Ernst, wandte ich ein, es lohnt sich, über die Asienpolitik Washingtons zu berichten. Ehrlich. Ich habe in China gelebt, und glauben Sie mir, jede Woche, manchmal jeden Tag kommt etwas aus Washington, das für Asien und seine Zukunft von großer Bedeutung ist. Ihnen ist bloß nicht klar, dass diese Dinge geschehen, weil keine der großen amerikanischen Zeitungen darüber schreibt. Wir sind die *Los Angeles Times*, die größte Zeitung des amerikanischen Westens, und wir sollten mehr und besser über China berichten als unsere Konkurrenten.

Und so begann ich, mit der zähneknirschenden Zustimmung meiner Zeitung, abermals die Nachrichten aus Asien, besonders aus China zu verfolgen, aber nun aus einer anderen Perspektive – dieses Mal nicht als in Peking lebender Auslandskorrespondent, sondern aus Washingtoner Sicht, als amerikanische Story. Ich machte mich in der üblichen Weise ans Werk, berichtete über die Organe, die Chinapolitik betreiben: das Außenministerium, der Nationale Sicherheitsrat, das Pentagon, die CIA, und besuchte natürlich die obligatorischen Kongressanhörungen. Bald schon begann mich eine umfassendere Frage zu interessieren, nämlich wie in Amerika die Wahrnehmung und Vorstellungen über China eigentlich entstehen. Die Zeitung räumte mir die Freiheit ein, mich damit näher zu beschäftigen. So fing ich an, viel Zeit in den Washingtoner Denkfabriken zu verbringen, jenen sonderbaren Institutionen, in denen neue Ideen formuliert und andere ignoriert

werden, sofern sie keinen der verborgenen finanziellen oder anderen Interessen dienen, von dem die Arbeit der Institute mitbestimmt wird. Ich aß zu viele Lunches (gewöhnlich belegte Brote oder geschmackloses Hähnchen) und hörte mir an, was die Leute in Denkfabriken unterschiedlichster Couleur, von der Brookings Institution und dem Carnegie Endowment for International Peace auf der linken bis hin zum American Enterprise Institute und der Heritage Foundation auf der konservativen Seite, über China zu sagen hatten. Ich trieb mich an Universitäten herum, um die akademischen Chinaexperten und ihre Ideen kennen zu lernen. Ich sichtete regelmäßig Stapel deklassifizierter Akten über Amerika und China und durchforstete gelegentlich auch alte Archive. Ich begab mich sogar einige Male zu den Tagungen der Association for Asian Studies, den jährlichen Treffen auf Asien spezialisierter Wissenschaftler, um zu erkunden, was sich dort so tat. (Antwort: nicht viel. Viele geben sich müßigen Plaudereien hin, während sie nach ihrem nächsten Job Ausschau halten und ein paar andere sich mit dem Posten brüsten, den sie ergattert haben.)

In der Zwischenzeit brach allenthalben Geschichte aus. 1989 beorderte Deng Xiaoping die Volksbefreiungsarmee nach Peking und autorisierte sie, die Welle landesweiter Proteste gegen die Regierung mit tödlicher Gewalt gegen chinesische Bürger blutig zu ersticken. Als später im gleichen Jahr ostdeutsche Bürger ähnliche Demonstrationen abhielten, schoss ihre Regierung nicht, weil die ostdeutsche Führung und, wichtiger noch, Michail Gorbatschow sich weigerten, dem chinesischen Beispiel zu folgen. Die Berliner Mauer wurde eingerissen, die Sowjetunion aufgelöst. Ein paar Jahre später gab Großbritannien die Souveränität über Hongkong an China zurück.

Bei der Zeitung schrieb ich über diese Ereignisse und was sie für Amerika und China bedeuten mochten. Schließlich verließ ich den Tagesjournalismus und verlegte mich auf das hauptberufliche Bücherschreiben, wobei ich China manchmal links liegen ließ und mich auf andere Themen und Weltteile konzentrierte. Doch immer

schielte ich mit einem Auge auf mein altes Lieblingsthema. Mittlerweile kenne ich die amerikanischen Ansichten über China aus vier Washingtoner Legislaturperioden, aus fünf amerikanischen Präsidentschaftswahlkämpfen und mindesten sieben oder acht amerikanischen Kriegen und Militärinterventionen in anderen Weltteilen.

In den letzten 20 Jahren haben sich China und die USA sowohl gesondert als auch miteinander verändert. In den achtziger Jahren galt China als Amerikas geopolitischer Partner gegen die Sowjetunion, eine riesige, aber rückständige Nation, die stark auf westlichen Rat und westliche Hilfe angewiesen war. Heute sieht man in ihr einen Wirtschaftskoloss und möglichen künftigen Rivalen. Vor zwei Jahrzehnten glaubten viele in Washington, die Führung der Kommunistischen Partei Chinas hege die Absicht, das politische System des Landes ebenso wie sein Wirtschaftssystem umzugestalten. Das Niederschlagen der Demonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens machte diese Illusion zunichte.

Trotz all der Veränderungen sind die grundlegenden Einstellungen der politischen, wirtschaftlichen und geistigen Elite in den USA in den letzten beiden Dekaden in vielerlei Hinsicht konstant geblieben. Aus ihren je eigenen Gründen waren die US-Regierung und die amerikanischen (oder multinationalen) Konzerne eifrig darauf bedacht, so viele Geschäfte wie möglich mit China abzuschließen. Um dies zu erreichen, waren sie bestrebt, die entscheidenden Probleme in China – die Unterdrückung Andersdenkender und das Einparteiensystem – zu minimieren. So entwickelten sie eine ausgefeilte Sprache, um über das bevölkerungsreichste Land der Erde zu sprechen, vermieden es aber tunlichst, unbequeme Themen anzuschneiden. Das Chinakonstrukt der amerikanischen Elite hat seine eigene Terminologie, seinen eigenen internen Code, seine eigenen Lieblingsausdrücke (politische »Einbindung«, internationale »Integration«) und Schimpfwörter (»provokativ«, »antichinesisch«).

In Amerika haben die Mitglieder des seltsamen Zirkels der »Chinaelite« ihre ganz eigenen Traditionen. Wann immer sich

amerikanische und chinesische Politiker auf höchster Ebene treffen, kann man fest darauf zählen, dass die führenden Chinaexperten in Amerika eilends Leitartikel über die außerordentlichen Schwierigkeiten veröffentlichen, mit denen die chinesische Führung konfrontiert wird. Wenn im Gegensatz dazu die chinesische Regierung eine neue Verhaftungswelle von Dissidenten startet oder Zeitungsredaktionen schließt, scheinen die Chinaexperten von der Bildfläche zu verschwinden. Bei so unangenehmen Themen melden sie sich nicht freiwillig zu Kongressanhörungen. Wenn sie die chinesische Repression Andersdenkender verurteilen, so nur im Privaten, im Kreis der Familie, unter Freunden oder in ruhiger akademischer Umgebung.

Über die Jahre hinweg hat mich das Vokabular, mit dem diese Elite über China spricht, immer mehr fasziniert. Ich wollte ergründen, auf welchen Annahmen es beruht, wo es herkommt und welchem Zweck oder welchen Interessen es dient. Diese Essaysammlung ist das Ergebnis meiner Beschäftigung mit dem Chinabild in den Vereinigten Staaten. Das Buch beabsichtigt nicht die detaillierte Beschreibung der Zustände in China selbst; dafür verweise ich die interessierten Leser an die exzellenten Korrespondenten, die heute aus China berichten.

Wie Amerikaner über China reden und denken, ist in mancher Hinsicht auch andernorts typisch. Anderen Ländern stellen sich im Umgang mit China vielfach dieselben Fragen, sie bedienen sich derselben Klischees und derselben Ausflüchte. Die Europäer und Asiaten, die sich nun auf das Chinageschäft stürzen, reden sich genau wie die Amerikaner ein, dass China sich verändert, und ihr Handel und ihre Investitionen mithelfen, China politische Freiheit zu bringen.

Die in diesem Buch vertretene Auffassung lautet, dass es so einfach nicht ist – dass wir nicht davon ausgehen sollten, China steuere auf Demokratie oder eine weitreichende politische Liberalisierung zu. Stattdessen wird das Land wahrscheinlich auf lange Sicht ein repressives Einparteiensystem beibehalten. Tatsächlich schert

diese Aussicht amerikanische oder europäische Geschäftsleute und Politiker, die regelmäßig mit China zu tun haben, womöglich gar nicht; in Wahrheit könnte es genau das China sein, das sie sich wünschen. Doch nur selten geben sie zu, dass sie mit einem dauerhaft repressiven und undemokratischen China zufrieden wären – nicht in der Öffentlichkeit oder vor großem Publikum, denn damit würden sie ihrer Politik die Unterstützung nehmen. Stattdessen nähren sie eine Reihe von gediegenen Illusionen über China, die um den Glaubenssatz kreisen, dass Handel unweigerlich zum politischen Wandel und zur Demokratie führt. Der Zweck dieses Buches ist es, diese Illusionen und die Begriffe und Vorstellungen, mit denen sie fortgesetzt erzeugt werden, unter die Lupe zu nehmen.

Kapitel 1

Das Dritte Szenario

In der Diskussion über China hat sich in den USA und vielen anderen Ländern in den letzten anderthalb Jahrzehnten ein vertrautes Muster eingeschliffen. Wann immer sich jemand über Ereignisse oder Entwicklungen in China alarmiert zeigt, erfolgt in Reaktion darauf eine beschwichtigende Antwort, die zu einem »aufgeklärteren« Verständnis drängt.

Einige Kritiker weisen auf das repressive, undemokratische Wesen des chinesischen Einparteiensystems hin. Andere, zum Beispiel Gewerkschaftsfunktionäre, protestieren gegen den Verlust von Arbeitsplätzen in Chinas Niedriglohnfabriken. Westliche Manager warnen vor dem Untergang ganzer Industrien. Mitglieder des Kongresses verdammen lauthals das wachsende Handelsdefizit mit China. Generäle und Admirale warnen vor der gesteigerten Kampfkraft und den wachsenden Fähigkeiten der chinesischen Volksbefreiungsarmee. Auf die eine oder andere Weise fragen alle: Wohin steuert China? Als Antwort erhalten sie gewöhnlich diese oder jene Version des »Beschwichtigungsszenarios«. *Seien Sie nicht kurzsichtig,* bekommen die Kritiker zu hören. *Behalten Sie die Übersicht. Die Dinge in China bewegen sich in die richtige Richtung. Schauen Sie sich die bemerkenswerten Veränderungen auf den Straßen an. Die chinesische Wirtschaft blüht; das chinesische Volk wird reicher. Das rasante Wirtschaftswachstum des Landes wird auch zu einem weitreichenden politischen Wandel führen. Schließlich wird der wachsende Handel und der steigende Wohlstand China Liberalisierung und Demokratie bescheren.*

Dem Beschwichtigungsszenario zufolge wird Chinas wirtschaftliche Entwicklung unweigerlich zu einer Öffnung des politischen Systems führen. Dies ist zwar nur eine der möglichen Entwicklungen Chinas, doch denkt so heute zweifellos die Mehrheit in Amerika. Zu den Verfechtern des Beschwichtigungsszenarios gehören führende Chinaexperten an den Universitäten, Geschäftsleute und Manager, die eifrig bestrebt sind, mit China Handel zu treiben und dort zu investieren, sowie Denkfabriken und andere Eliteorganisationen, die sich mit Beiträgen von Wirtschaftsunternehmen finanzieren.

Das Beschwichtigungsszenario ist in Amerika auch zur erklärten Überzeugung sowohl demokratischer wie republikanischer Präsidenten geworden. Um eine Präsidentschaftskandidatur zu erringen, ist es im letzten Jahrzehnt praktisch zur obligatorischen Übung geworden, dem amerikanischen Volk dieses oder jenes Beschwichtigungsszenario anzubieten: Man muss sagen oder zumindest zu verstehen geben, dass wirtschaftliche Entwicklung und Handel China schließlich Demokratie bescheren werden.

George W. Bush zollte dem Beschwichtigungsszenario gleich zu Beginn seines ersten Präsidentschaftswahlkampfes Tribut. »Das Argument für Handel ist nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch moralischer Natur«, erklärte Bush 1999 in einer seiner ersten außenpolitischen Reden. »Wirtschaftliche Freiheit bringt Gewohnheiten der Freiheit hervor. Und Gewohnheiten der Freiheit schaffen die Erwartung auf Demokratie. [...] Wenn wir mit China freien Handel treiben, ist die Zeit auf unserer Seite.«[1]

Damit echote Bush nur die Worte Bill Clintons. Der demokratische Präsident hatte dem chinesischen Präsidenten Jiang Zemin auf einer Pressekonferenz 1997 gesagt, er befände sich »auf der falschen Seite der Geschichte«, womit er andeutete, dass »die Geschichte« Chinas politisches System von selbst öffnen könnte. Früher in jenem Jahr hatte Clinton erklärt, dass die wirtschaftlichen Veränderungen in China dazu beitragen würden, »mit der Zeit den Geist der Freiheit wachsen zu lassen. [...] Ich glaube, es ist unaus-

weichlich, genauso unausweichlich wie der Fall der Berliner Mauer.«[2]

In der Berichterstattung über den Präsidentschaftswahlkampf 2000 wurde häufig darauf hingewiesen, dass sich Bush von Clinton und Vizepräsident Al Gore darin unterscheide, dass er China als »strategischen Konkurrenten« bezeichne. Bushs vermeintlich harte Wahlkampfrhetorik verdunkelte indes die wichtigere Tatsache, dass er in der Kernfrage der politischen Zukunft Chinas und in Bezug auf die Rolle, die er dabei dem Handel beimaß, mit den Demokraten einer Meinung war. Bush ließ nicht auch nur den Hauch einer Abweichung zwischen sich und der Clinton-Administration sichtbar werden. Beide Parteien vertraten die Auffassung, dass durch den Handel mit China das chinesische Einparteiensystem verwandelt würde.

Der britische Amtskollege des amerikanischen Präsidenten, Premierminister Tony Blair, bot seine eigene Version des Beschwichtigungsszenarios. Bei einem Besuch in Peking 2005 gab Blair seiner Überzeugung Ausdruck, es gäbe in China »ein unaufhaltbares Momentum« in Richtung Demokratie.[3]

Das Beschwichtigungsszenario macht es erforderlich, dass jedes Mal, wenn gegenteilige Belege auftauchen – das heißt Razzien gegen Regimegegner oder andere Repressionsmaßnahmen, die zeigen, dass sich Chinas politisches System *nicht* verändert –, deren Bedeutung heruntergespielt werden muss. Und man kann sich darauf verlassen, dass Chinas Sicherheitsapparat alle paar Monate mindestens ein paar Dissidenten, Intellektuelle, Journalisten, Anhänger religiöser Sekten oder andere Menschen verhaftet, die sich den Beschränkungen des Einparteienstaates widersetzen.

Nehmen wir zum Beispiel das Jahr 2005. Wie zuvor fuhr China fort, politische Dissidenten, tibetische und uigurische Aktivisten, Rechtsanwälte, Bürgerrechtler, Journalisten und Internetpioniere zu verhaften und zu Gefängnisstrafen zu verurteilen. Andere prominente Chinesen wurden unter Hausarrest gehalten (darunter der frühere Generalsekretär der Kommunistischen Partei Zhao Ziy-

ang, der 2005 nach über 15 Jahren Hausarrest starb, und sein höchster Mitarbeiter, Bao Tong, der weiter unter Hausarrest blieb). Chinas Gefängnisse beherbergen weiterhin Zehntausende von Gefangenen, darunter 500 wegen des Verbrechens der »Konterrevolution«, obwohl dieser Straftatbestand in China aufgehoben wurde. Die Schätzungen der Hinrichtungen in China im Jahr 2005 rangieren von 5 000 bis zu 12 000; das Regime veröffentlicht keine genauen Zahlen.[4]

In mancher Hinsicht war 2005 nicht einfach ein typisches Jahr; in Wahrheit verschlimmerte sich die Lage. In Kleinstädten und Dörfern ging man mit wachsender Gewalt, darunter Misshandlungen durch gedungene Schläger, gegen Menschen vor, die sich gegen die herrschende Ordnung auflehnten. Gegen Ende des Jahres erschoss die Polizei in einem Dorf in Südchina mindestens drei, vielleicht bis zu 20 Demonstranten, anscheinend der erste Einsatz tödlicher Gewalt gegen gewöhnliche Bürger seit der Niederwerfung der Demonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989. In der Zwischenzeit begannen die chinesischen Behörden eine neue Kampagne, um die Arbeit von in China tätigen, nichtstaatlichen Organisationen einzuschränken.[5]

Den Verfechtern des Beschwichtigungsszenarios steht einiges zu Gebote, um solche widrigen Entwicklungen wegzuerklären. Man kann sie zum Beispiel schlicht ignorieren oder als veraltete Meldungen abtun. Von 1989 bis in die frühen neunziger Jahre erregten Verhaftungen und Gefängnisstrafen für Dissidenten in den Nachrichtenmedien der USA und Europas viel Aufmerksamkeit und ernteten die empörte Kritik der Kommentatoren. Heutzutage begegnet man ähnlichen Ereignissen mit einem Schulterzucken oder mit Resignation. Wenige im Westen sind gewillt, wegen der fortdauernden Verhaftungen und Gefängnisstrafen für Dissidenten die laufenden Geschäfte mit China zu gefährden.

In den frühen neunziger Jahren war das Weiße Haus bereit, öffentlich die Freilassung namentlich genannter politischer Dissidenten zu fordern und ihre fortdauernde Inhaftierung zu einem

Schwerpunkt der amerikanischen Chinadiplomatie zu machen. In den späten neunziger Jahren stellte Clinton jedoch diese Bemühungen ein und Präsident George W. Bush hat sie nicht wieder aufgenommen – auch hierin folgte er der Chinapolitik seines Vorgängers.

Amerikanische Amtsträger erklärten diesen Politikwechsel als eine rein taktische Maßnahme, da die chinesische Regierung, sobald das Weiße Haus die Freilassung eines bestimmten Dissidenten fordere, diesen als Spielmarke bei Verhandlungen einsetze und immer größere Konzessionen im Tausch gegen die Freilassung der betreffenden Person fordere. Die Vereinigten Staaten wollten die chinesische Führung nicht in Verlegenheit bringen oder sie in die Ecke treiben, so wurde argumentiert; stattdessen solle man die Freilassung von Dissidenten durch »stille Diplomatie« anstreben. Als Folge dieses Wechsels des Weißen Hauses von öffentlicher zu »stiller« Diplomatie sind sich jedoch immer weniger Amerikaner der fortdauernden politischen Repression in China bewusst, und das Weiße Haus hat eine freiere Hand, wenig oder nichts daran zu ändern.

Jenen, die mit Wohlwollen auf China blicken, ist freilich klar, dass sie die Repressionen nicht immer ignorieren können, deshalb führen sie häufig eine andere Formel ins Feld: Nämlich die, dass China auf »zwei Schritte nach vorn immer einen Schritt zurück« ginge. Melden die Nachrichten die Verhaftung einer Gruppe von Intellektuellen, werden die Verfechter des Beschwichtigungsszenarios bisweilen durchaus zugeben und leise bedauern, was China gerade wieder verbrochen hat. Doch dürfe man nicht, so fahren sie sogleich fort, aus diesem einen widrigen Ereignis weiter reichende Schlüsse über China und sein politisches System ziehen. Die jüngste Verhaftung, sagen sie, sei nur ein kleiner Rückschlag.

In den letzten beiden Jahrzehnten wurde dieses Klischee immer wieder benutzt, um Repression oder den Mangel an politischem Wandel in China wegzuerklären. DEMOKRATIE AUF CHINESISCH: ZWEI SCHRITTE NACH VORN,EINEN SCHRITT ZURÜCK, lautete eine

Schlagzeile der *New York Times*. Der Text der Meldung berichtete jedoch, dass sich, »während sich die Führung dem westlichen Kapitalismus zuwendet, der politische Wandel nur in sehr kleinen Schritten vollzieht. Auf Bestrebungen, den politischen Wandel voranzutreiben, reagiert man häufig feindselig.«[6]

Zuweilen, wenn China gerade wieder einmal auf breiter Front gegen Regimekritiker vorgegangen ist, wäre die akkuratere Beschreibung »ein Schritt nach vorn, fünf zurück«. Aber das Klischee duldet keinen solchen Rückschritt. So sind selbst unangenehme Nachrichten über die chinesische Repression für gewöhnlich sicher eingebettet in die Annahme eines obsiegenden Fortschritts, eine warme, mollig weiche Decke der Zuversicht.

Eine weitere Methode, die Bedeutung einer aufsehenerregenden Verhaftung oder einer Repressionsmaßnahme herunterzuspielen, ist die Behauptung, die chinesische Regierung sei im betreffenden Fall »schlecht beraten« gewesen oder habe sich irgendwie »verschätzt«. Damit wird angedeutet, dass die chinesischen Führer, hätten sie nur im Vorhinein gewusst, dass ihr Vorgehen weltweite Kritik auslösen würde, ihre Meinung geändert hätten. Nur selten wird zugegeben, dass die chinesische Führung exakt das getan hat, was sie beabsichtigte, wobei sie die internationale Kritik antizipierte und zu ignorieren beschloss. Kaum je wird eingeräumt, dass aktuelle Verhaftungen Teil eines breiteren und fortdauernden Musters sein könnten.

Wenn die Repression zu offensichtlich und hart ist, um wegerklärt werden zu können, hoffen die Anhänger des Beschwichtigungsszenarios darauf, dass die Erinnerung daran bald verblasst. Zur Zeit von Bill Clintons Besuch in Peking 1998, dem ersten Chinabesuch eines amerikanischen Präsidenten nach dem Massaker auf dem Tiananmenplatz neun Jahre zuvor, erklärten einige von Clintons Mitarbeitern, dass dessen Reise auch darauf Ziele, die amerikanische Wahrnehmung Chinas zu ändern. Zu viele Menschen in den USA brächten China nur mit den Fernsehbildern von Soldaten und Panzern in Verbindung, die 1989 die Demons-

trationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens niedergewalzt hatten. »Viele Amerikaner sehen chinesische Panzer, die gegen protestierende Studenten vorgehen, wenn sie an China denken, und Clintons Reise zielt darauf ab, andere Eindrücke vom raschen Wandel in China zu präsentieren«, sagte ein amerikanischer offizieller Reporter.[7] Niemand führte jedoch einen Grund an, *warum* denn die Bilder von 1989 vergessen werden sollten. Sollten die Amerikaner etwa auch das Bild Richard Nixons aus ihrem Gedächtnis verbannen, wie er die Hand Mao Zedongs schüttelt, nur weil das Foto schon so alt ist und China sich seither so sehr verändert hat?

Das Beschwichtigungsszenario geht davon aus, dass China in ein paar Jahrzehnten wirtschaftlich genauso mächtig und energiesprühend sein wird wie heute, dass es ihm bis dahin jedoch auch irgendwie gelungen sein wird, sein politisches System zu transformieren. Doch wie wird es von hier nach dort kommen? Chinas politische Führung ist noch immer ein leninistisches Regime, das in hierarchisch aufsteigenden Kreisen mit einem Zentralkomitee, einem Politbüro und einem Ständigen Ausschuss des Politbüros von einer kommunistischen Partei regiert wird. (Die Verteidiger der chinesischen Führung weisen gerne darauf hin, dass China aufgrund der Veränderungen der letzten beiden Jahrzehnte in Wirklichkeit kein kommunistisches Land mehr sei. In wirtschaftlicher Hinsicht ist das wahr, aber nur selten geben solche Verteidiger zu, dass China weiterhin ein leninistisches politisches System hat.)

Wird China einfach einen fließenden Übergang vom Leninismus zur Demokratie erleben? Wird es sich in steter Verwandlung eines Tages zu einem offenen politischen System mausern? Wann, warum und wie werden die Führer seines Einparteienstaates zu der Überzeugung gelangen, die außerordentliche Macht, die sie derzeit innehaben, aufzugeben? Bei solchen Fragen bleiben die Verfechter des Beschwichtigungsszenarios vage.

* * *

Obwohl das Beschwichtigungsszenario die beherrschende Sicht von Chinas Zukunft bleibt, stößt man zuweilen, wenn auch nicht häufig, auf einen konträren Standpunkt. Diese alternative Sicht wird manchmal von Leuten vertreten, die an der Klugheit einer engen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehung zu China zweifeln. Nennen wir dieses zweite Szenario von Chinas Zukunft das »Aufruhrszenario«.

Das Aufruhrszenario sagt voraus, dass China auf eine Art Desaster zusteuert, zum Beispiel auf einen wirtschaftlichen Zusammenbruch oder auf seine politische Auflösung, weil es auf seinem gegenwärtigen Kurs nicht in der Lage sein wird, politisch stabil zu bleiben. Die Vertreter des Aufruhrszenarios weisen unfehlbar auf die zahlreichen Berichte über politische Unruhen im China unserer Tage hin – die Ausbreitung von Arbeiterstreiks, Bauernprotesten, Aufständen gegen Umweltzerstörung und ethnischem Zwist. Viele Anhänger des Aufruhrszenarios blicken auch auf breitere Entwicklungen wie die ständig wachsende Kluft zwischen Arm und Reich oder die weiterhin vorherrschende Korruption in China und malen sich aus, wie all dies mit der Zeit zu immer heftigeren, nicht mehr einzudämmenden politischen Unruhen führen wird. Andere aus der Aufruhrfraktion warnen vor verhängnisvollen wirtschaftlichen Tendenzen, wie dem maroden Zustand des chinesischen Bankensystems. Es kann in China nicht so weiterlaufen wie bisher, sagen sie. Letzten Endes wird das gegenwärtige System über seine Zerreißgrenze hinausgetrieben.

Von hier aus gehen die Vorhersagen über Chinas Zukunft in verschiedene Richtungen. Einige glauben, dass politische Unruhen zu wirtschaftlicher Stagnation oder Niedergang führen werden. Andere meinen, dass ein Aufstand zu einem plötzlichen dramatischen politischen Wandel führen wird – zu einer Revolution, zum Zusammenbruch des Regimes oder zu einer Machtübernahme des Militärs. Wieder andere prophezeien, dass China auseinanderfallen wird, wenn sich verschiedene Landesteile auseinanderentwickeln. Mitte der neunziger Jahre argumentierte der Chinakenner

Gerald Segal, dass die wachsende Kluft zwischen Chinas reichen Küstenregionen und seinem armen Binnenland die Möglichkeit eines »Auseinanderbrechens Chinas« eröffne, »sei es friedlich oder auf anderem Wege«.[8]

Um ein Aufruhrszenario kreiste ein 2001 erschienenes Buch, *The Coming Collapse of China* von Gordon G. Chang. Darin schrieb Chang: »Lugt man unter die Oberfläche, gibt es da ein schwaches China, eines, das sich in einem langfristigen Niedergang befindet und sogar an der Schwelle zum Zusammenbruch steht. Die Symptome des Verfalls sind überall zu erkennen. [...] Eines Tages wird die Zentralregierung nicht mehr in der Lage sein, gegen alle ihre Herausforderer zu kämpfen; es wird einfach zu viele davon geben.«[9]

Über die Jahre hin haben sich auch amerikanische Offizielle über dieses oder jenes Aufruhrszenario Sorgen gemacht. Sie gehen nicht so weit, ein Chaos oder den Zusammenbruch Chinas vorherzusagen, aber sie erwägen zuweilen doch die Möglichkeit – tatsächlich in stärkerem Maße, als sie gewöhnlich in der Öffentlichkeit durchscheinen lassen. In den Jahren unmittelbar nach dem Fall der Mauer zum Beispiel erklärten Vertreter der Administration von George H.W. Bush, dass sie sich kein Auseinanderbrechen Chinas zu einer Zeit wünschten, wo die Regierung über die Umwälzungen in Europa besorgt sei. Ähnlich in den neunziger Jahren: Als die Republikaner vor einem wachsenden Erstarken Chinas warnten, konterte die Clinton-Regierung, dass auch ein schwächelndes China eine Bedrohung amerikanischer Interessen darstelle. »Bei der Konzentration auf die potenziellen Herausforderungen, mit denen ein erstarktes China die USA in Zukunft konfrontieren könnte, sollten wir nicht die Risiken vergessen, vor die uns ein schwaches, von internen Konflikten, sozialer Entwurzelung, kriminellen Aktivitäten und massenhafter illegaler Auswanderung befallenes China stellen könnte – eine riesige Zone der Instabilität in Asien«, betonte Clintons Nationaler Sicherheitsberater Samuel R. Berger.[10] Tatsächlich war die amerikanische Außenpoli-

tik im letzten Jahrhundert wiederholt bemüht, ein Auseinanderfallen Chinas zu verhindern. Diese Sorge geht auf Theodore Roosevelt zurück, der mit Blick auf China sagte, es sei »zum Vorteil und nicht zum Nachteil anderer Länder, wenn eine Nation stabil und wohlhabend wird und in der Lage ist, innerhalb ihrer Grenzen den Frieden zu bewahren, und stark genug ist, um keine Aggression von außen einzuladen.«[11]

Es gibt jedoch Gründe, die Vorhersage eines Zusammenbruchs oder Auseinanderfallens Chinas skeptisch zu beurteilen. China ist ein riesiges Land und das macht es besonders schwer, Rückschlüsse über die politische Situation aus Geschehnissen an einzelnen Orten oder in dieser oder jener Region zu ziehen. Arbeiterstreiks mögen sich in ganz Nordostchina ausbreiten, politische Demonstrationen in vielen seiner führenden Städten ausbrechen, doch solche Ereignisse müssen nicht die künftige Richtung Chinas bestimmen. Es wird immer eine große Zahl von nicht betroffenen Regionen geben.

Darüber hinaus blickt das chinesische Festland auf eine lange Geschichte zurück, in der es erfolgreich seine staatliche Einheit sicherte. Das Land mag eine Zeit lang auseinanderfallen oder geteilt werden, wie während der japanischen Invasion oder im chinesischen Bürgerkrieg. Aber China ist es immer wieder geglückt, als gesonderte politische Einheit aufzuerstehen.[12] Vorhersagen, das Land werde auseinanderfallen, widersprechen dieser starken historischen Tradition.

Die übertriebene Angst vor einem ins Chaos stürzenden oder auseinanderbrechenden China infiziert sogar seine eigene Führung. Bei dem historischen Treffen Richard Nixons mit Mao Zedong 1972 in Peking schmeichelte Nixon dem chinesischen Führer, seine Schriften hätten die ganze Nation verwandelt, doch Mao erhob Einspruch: »Mir ist es lediglich gelungen, ein paar Orte in der Umgebung von Peking zu verändern«, erwiderte er. Daraus sprach nicht nur falsche Bescheidenheit, Mao gab damit auch der wiederkehrenden Sorge der chinesischen Führung Aus-

druck, das Land sei schwer zu beherrschen. Trotzdem gelingt es der Führung jedoch für gewöhnlich, ihren Willen durchzusetzen und das Land vor dem Auseinanderfallen zu bewahren. China scheint häufig an der Schwelle zur Auflösung zu stehen, doch das Aufruhrszenario verkennt hinter dem Anschein von Chaos die Realität von Chinas untergründigem Zusammenhalt.

* * *

Die meisten Debatten über die Zukunft Chinas kreisen entweder um das Beschwichtigungsszenario oder das Aufruhrszenario. Für die Optimisten ist das Land offensichtlich auf dem richtigen Weg; sie sagen voraus, dass China immer offener wird, politisch ebenso wie wirtschaftlich. Die Pessimisten behaupten, China steuere auf eine Phase des Aufruhrs oder Zusammenbruchs zu.

Doch diese beiden Szenarien sind nicht die einzigen. Es gibt für Chinas Zukunft tatsächlich noch eine andere Möglichkeit: Ein Drittes Szenario, über das dieser Tage nur wenige Leute sprechen oder nachdenken, zumindest in den Vereinigten Staaten.

Das »Dritte Szenario«, wie ich es nennen will, geht wie folgt: Was, wenn es China gelingt, seinen gegenwärtigen wirtschaftlichen Weg fortzusetzen, ohne sein politisches System grundlegend zu verändern? Was, wenn in 25 oder 30 Jahren ein reicheres, mächtigeres China immer noch von einer Partei allein beherrscht wird, die weiterhin Andersdenkende in ähnlicher Weise unterdrückt wie heute, während das Land gleichzeitig dem Ausland offen steht und durch Handel, Investitionen und andere wirtschaftliche Bande mit dem Rest der Welt verbunden ist? Alle nehmen an, dass sich Chinas politisches System öffnen wird – aber was, wenn es das nicht tut? Was, mit anderen Worten, wenn China vollständig in die Weltökonomie integriert wird und doch völlig undemokratisch bleibt?

Nach diesem Dritten Szenario würde China sein politisches System nicht liberalisieren, wie es das Beschwichtigungsszenario

vorhersieht; aber das Land würde auch nicht im Chaos versinken, wie es das Aufruhrszenario vorhersagt. Wenn das Regime von immer größeren politischen Unruhen bedroht wäre, würde es mit immer größerer Repression reagieren – indem es die Bewaffnete Volkspolizei oder, als letztes Mittel, die Volksbefreiungsarmee aufmarschieren ließe. Die Begründung dafür wäre natürlich, dass die chinesische Wirtschaft nicht durch politischen Aufruhr gestört werden dürfe. Die Parteiführung würde schlicht dieselben Rechtfertigungen vorbringen, mit der sie in der Vergangenheit das Ende von Protesten oder organisierter Opposition forderte: »Einheit und Stabilität sind die übergeordneten Themen des Landes und der Wunsch des Volkes [...]«, lautete ein typischer Kommentar der Parteizeitung *People's Daily* vor nicht allzu langer Zeit. »Die Lösung derartiger Probleme muss in Übereinstimmung mit den Gesetzen und der Aufrechterhaltung der Stabilität erfolgen.«[13]

Bei der Erwägung dieses Dritten Szenarios muss man nicht von der Annahme ausgehen, dass China in einem Vierteljahrhundert immer noch von derselben Kommunistischen Partei regiert wird, die heute die Macht innehat. Vielleicht werden sich Bezeichnung und Sprachgebrauch ändern. Die Kommunistische Partei Chinas könnte sich, sagen wir, in Reformpartei umbenennen und ihre Führung vielleicht Führungsrat statt Ständiger Ausschuss des Politbüros heißen. (Dafür gibt es sogar einen Präzedenzfall: Vor ein paar Jahren gab die Kommunistische Partei Chinas die Umbenennung ihrer Propagandaabteilung in »Öffentlichkeitsabteilung« bekannt.)[14]

Nichtsdestoweniger blieben die Eckpfeiler des gegenwärtigen politischen Systems auf die eine oder andere Weise intakt: Es gäbe keine nennenswerte politische Opposition, keine Pressefreiheit, keine Wahlen jenseits der lokalen Ebene. Es gäbe einen aktiven Sicherheitsapparat, der die Organisation politischer Opposition verhindern würde. Mit anderen Worten, ein erstarktes und reicheres China würde sein politisches System nicht in grundle-

gender Weise ändern; es behielte denselben politischen Kurs bei wie heute.

Warum glauben Amerikaner, dass sich in China mit wachsendem Wohlstand automatisch ein politisches System wie das ihre herausbilden wird? Einfach nur deshalb, weil Chinesen jetzt bei McDonald's essen und Jeans tragen? Dieser Annahme über China zu folgen bedeutet, die Fehler anderer in der Vergangenheit zu wiederholen – das heißt, irrtümlich zu glauben, dass die Chinesen unausweichlich werden wie wir. »Mit Gottes Hilfe werden wir Schanghai nach vorne und weiter nach vorne bringen, bis es genau wie Kansas City wird«, erklärte Senator Kenneth Wherry aus Nebraska in einer Zeit, als Chiang Kai-sheks Kuomintang noch die Stadt beherrschten.[15] Solche absurden Träume endeten in Enttäuschung. So glaubten auch die Sowjetführer Anfang der fünfziger Jahre, ein kommunistisches, der Sowjetunion ähnliches China zu schaffen. Auch sie irrten sich.

* * *

Ihre Zuversicht, dass China dem Beschwichtigungsszenario folgen wird, begründen seine Verfechter häufig mit dem Hinweis auf die jüngste Geschichte anderer Länder Ostasiens, insbesondere Taiwan und Südkorea. Von den fünfziger bis zu den siebziger Jahren hatten beide Länder autoritäre Systeme, in denen Polizei- und Sicherheitsbeamte regelmäßig politische Regimegegner einsperrten. Dann, in den achtziger Jahren, als das rasche Wirtschaftswachstum Taiwan und Südkorea immer größeren Wohlstand bescherte, öffneten sich beide Länder der Demokratie. Und so wird dieser Logik zufolge auch China schließlich den politischen Weg Taiwans und Südkoreas beschreiten.

Es gibt zwei Probleme mit dieser Argumentation. Erstens ist China ein viel größeres Land als Taiwan und Südkorea. Es umfasst riesige verarmte Binnenregionen ebenso wie die Küstenstädte des Ostens. Würde China nur aus diesen Küstenregionen bestehen,

wie die an Hongkong grenzende Provinz Guangdong, könnte man sich leicht vorstellen, dass es dem Weg von Taiwan und Südkorea folgt. Zweifellos ist Schanghai mit seiner gebildeten, aufgeschlossenen Bürgerschaft mit ihrem intensiven Interesse an Politik für die Demokratie genauso bereit, wie es jede andere Stadt jemals war.

Aber große Gebiete Chinas sind von Städten wie Schanghai isoliert – geografisch, politisch und intellektuell. Wenn Ausländer nach einem Besuch ostchinesischer Städte wie Peking und Schanghai erklären, China werde der politischen Entwicklung Taiwans und Südkoreas folgen, so lassen sie sich ungefähr mit Ausländern vergleichen, die nach New York und Bosten reisen und zu dem Schluss kommen, dass sich die Vereinigten Staaten wie Westeuropa verhalten werden.

Es gibt noch einen zweiten, wichtigeren Punkt, in dem sich China von Taiwan und Südkorea unterscheidet. Als sich diese beiden ostasiatischen Staaten in den achtziger Jahren demokratisierten, waren beide im Hinblick auf ihre militärische Sicherheit von den USA abhängig. Tatsächlich spielte direkter amerikanischer Druck eine entscheidende Rolle bei der Öffnung beider Länder. Im Falle Südkoreas forderte die Reagan-Administration Präsident Chun Doo-hwan unverblümt auf, er solle den Weg für Wahlen freimachen. Im Falle Taiwans übernahmen führende Demokraten im amerikanischen Kongress die Initiative und machten Präsident Chiang Ching-kuo in den achtziger Jahren klar, dass seine Kuomintang-Regierung ihren Rückhalt in Amerika rasch verliere und der einzige Weg, ihn wiederzugewinnen, in demokratischen Reformen bestünde.

China wird nie so abhängig vom militärischen Schutz der Vereinigten Staaten sein wie Südkorea und Taiwan. Es ist in unvergleichlich geringerem Maße amerikanischem Druck und Einfluss unterworfen. Folglich gibt es keinen Grund zu der Annahme, dass China automatisch der politischen Entwicklung Taiwans und Südkoreas folgen wird.

* * *

Häufig wird die Zuversicht, China würde sich unweigerlich demokratisieren, mit dem Argument gestützt, dass sich sein politisches System bereits wandle. »Chinas Politik wird immer noch stark von oben gesteuert; dies vorausgeschickt, ist die Gesellschaft heute weit offener als vor 15 Jahren zur Zeit des Massakers auf dem Tiananmenplatz«, schreibt Richard Haass, Präsident des renommierten, unabhängigen Council on Foreign Relations.[16]

Nehmen wir Haass' Auffassung etwas genauer unter die Lupe. In einer Hinsicht ist sie richtig: An der Oberfläche erscheint die Lage besser als 1989, weil die Volksbefreiungsarmee nicht mehr auf den Straßen von Peking schießt. Aber warum tut sie es nicht mehr? Der Platz des Himmlischen Friedens bleibt heute vor allem deshalb so ruhig, weil Chinas Sicherheitsapparat außergewöhnliche Anstrengungen unternimmt, damit dort nie wieder große Demonstrationen das Regime herausfordern können. Dieser Tage wartet die Polizei nicht erst darauf, bis Proteste in den chinesischen Großstädten in Schwung gekommen sind; sie unterbindet sie viel früher. China bleibt unter anderem deshalb politisch stabil, weil die Repression schneller und gründlicher greift als 1989.

Natürlich verändert sich China rasch, in einer Art und Weise, die nicht direkt mit Politik zu tun hat. Jedes Jahr reisen Millionen von Touristen, Tausende von Journalisten und Scharen von Präsidenten und Premierministern nach China, und wenn sie nach Hause kommen, berichten praktisch alle von ihnen aufgeregt darüber, wie sich das Land verändert. Bei einem Assoziationstest über China käme das Wort »Wandel« heute wahrscheinlich auf den ersten Platz.

Es ist indes wichtig, in Erinnerung zu behalten, was genau sich in China verändert und was nicht. Ja, die Chinesen ziehen sich heute anders an als 1989, doch man kann Tanktops und Armani-Anzüge tragen und trotzdem nicht in einem demokratischen System leben. Ja, chinesische Kids können Pizza essen und Coca Cola trinken, aber das wird nicht notwendigerweise zur Entstehung einer freien Presse oder zur Gründung einer Oppositionspartei führen.

»China wird eine freie Presse bekommen. Die Globalisierung wird dafür sorgen«, schrieb Thomas L. Friedman vor acht Jahren in seinem Buch *Globalisierung verstehen.*[17] Er argumentierte, dass die chinesische Führung die Notwendigkeit ungehinderter Finanzinformationen erkennen werde, um das öffentliche Vertrauen in die Börse zu erhalten, und dies wiederum werde eine umfassendere Pressefreiheit nach sich ziehen.

Friedmans oberflächliche Zuversicht lief auf kaum mehr hinaus als eine neue Version der Hoffnung, Schanghai werde einst wie Kansas City werden. Ich glaube, er liegt falsch. Selbst wenn das chinesische Regime eine gänzlich offene Wirtschaftsberichterstattung erlaubt (was sie bislang nicht getan hat), heißt das noch nicht, dass sie auch freie Informationen und Meinungen über Politik, die Regierung oder die Führung der Kommunistischen Partei zulässt. Der chinesischen Führung kann der Eintritt in die globalisierte Wirtschaft nicht schnell genug gehen, während sie ihre Kontrolle über die Medien beibehält. Bislang hat sie es geschafft, beides gleichzeitig zu erreichen. Ihre insgesamt von Erfolg gekrönte Politik kann sich noch auf Jahrzehnte hin fortsetzen.

* * *

Chinareisende ziehen zuweilen den Schluss, dass das politische System bereits im Wandel begriffen sein müsse, weil sie bei Besuchen in Städten wie Peking und Schanghai mitunter private Kritik an der Regierung zu hören bekommen. Man könnte es »das Taxifahrerphänomen« nennen: Ein amerikanischer Tourist, der für ein paar Tage in China weilt, springt in ein Taxi, und auf der Fahrt vertraut ihm der Fahrer an, dass er den ehemaligen Präsidenten Jiang Zemin für einen *tubaozi* – einen Tölpel – oder die gegenwärtige chinesische Führung für lausig hält, weil sie nicht genug zur Bekämpfung der Armut unternehme. Aus der Bemerkung des Taxifahrers zieht der Besucher den Schluss, dass in China die Meinungsfreiheit Einzug gehalten hat.

Doch das Entscheidende an der Bemerkung des Taxifahrers ist, dass sie in einer vertraulichen Unterhaltung fällt. Er kann sie nicht im *People's Daily* veröffentlichen oder im chinesischen Fernsehen äußern. Er kann auf Grundlage dieser Auffassung auch nicht organisatorisch tätig werden, um etwa mit einer Nachbarschaftsversammlung zu sondieren, ob die Bereitschaft zur Bildung einer neuen Partei vorhanden ist, die sich der Sache der Armen verschreibt. Dass er mit seiner Meinung im Taxi herausrücken kann, stellt einen Wandel gegenüber der Ära Mao Zedongs dar, in der der Fahrer zu viel Angst gehabt hätte, den Mund aufzumachen. Doch das bedeutet sicher nicht, dass in China Meinungsfreiheit herrscht – nicht in der Kernbedeutung von Redefreiheit, die sich vor allem auf die Freiheit bezieht, in der Öffentlichkeit über politische Themen zu sprechen.

Zweimal im letzten Vierteljahrhundert weckten neue chinesische Führer bei ihrem Machtantritt die Hoffnung, dass sie eine politische Öffnung des Systems anstrebten. Ende 1978, als Deng Xiaoping die Kontrolle über die Kommunistische Partei erlangte, erlaubte er die Äußerung abweichender Meinungen an der »Mauer der Demokratie« in Peking. Doch binnen weniger Monate, nachdem er zum unumstrittenen Führer Chinas geworden war, wurden die Wandzeitungen abgerissen und führende Dissidenten inhaftiert. In ähnlicher Weise ließ der jetzige Präsident Hu Jintao im Kampf um die Kontrolle der Partei mit seinem Vorgänger Jiang Zemin Unterstützung für die Sache der Liberalisierung durchblicken, in diesem Fall, indem er eine offene Diskussion über die Ausbreitung von SARS in China erlaubte.

Wieder war, kaum dass der innerparteiliche Machtkampf vorüber war, von größerer politischer Freiheit keine Rede mehr. Das lebende Symbol dieses Umschwungs war Jiang Yanyong, ein pensionierter Armeearzt, der als Erster die SARS-Epidemie in China ans Licht gebracht hatte. 2003, als Hu Jintao noch beweisen wollte, dass unter ihm als Führer der Kommunistischen Partei ein anderer Wind wehen würde, behandelte man den Arzt wie einen National-

helden. Ein Jahr später, als Hu fest im Sattel saß, wurde der Arzt wochenlang ins Gefängnis geworfen und dann unter Hausarrest gestellt, weil er die Niederschlagung der Demonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 kritisiert hatte.[18]

Tatsächlich ist die chinesische Politik in mancher Hinsicht heute nicht offener als Ende der achtziger Jahre. In der Periode von grob gerechnet 1984 bis 1989 begann China unter den beiden Generalsekretären der Partei Hu Yaobang und Zhao Ziyang langsam, die Idee einer unabhängigen, zumindest kritischen Presse zu erkunden und über eine größere Unabhängigkeit des Nationalen Volkskongresses, der gesetzgebenden Versammlung, als Gegengewicht zur Macht der Führung nachzudenken. Mit dem Massaker auf dem Tiananmenplatz wurden diese Ideen aufgegeben, und heute befinden sie sich gerade einmal wieder in der Erkundungsphase. Ebenso hatte die chinesische Führung in den achtziger Jahren vorsichtig begonnen, den Fabrikdirektoren größere Unabhängigkeit zu gewähren und den Kadern der Kommunistischen Partei ihre Befugnisse am Arbeitsplatz zu nehmen. Zwei Jahrzehnte später ist die Partei bestrebt, ihre Autorität in den Betrieben abermals zu bekräftigen.

Der einzige wirkliche Wandel mit unzweifelhaft weitreichenden politischen Folgen ist die Ankunft des Internets. Mit ihm weiten sich die Grenzen des privaten Gesprächs, die unser hypothetischer Taxifahrer verkörperte, nun auf Chat-Rooms mit einem Millionenpublikum aus. Wichtiger noch, mit dem Internet haben die chinesischen Behörden ihre Fähigkeit verloren, Informationen aus dem Land herauszuhalten. Wenn in Taiwan Wahlen anstehen, können die Festlandschinesen sie Tag für Tag verfolgen und debattieren, ob Ma Ying-jeou, der ehemalige Bürgermeister von Taipeh, gut aussieht oder nicht, oder ob Präsident Chen Shui-bian aufrichtig ist oder nur seinem Wahlvolk nach dem Mund redet. Wenn in Ländern wie der Ukraine oder in Georgien Menschenmengen auf die Straße strömen und politischen Protest üben, finden solche Nachrichten häufig rasch ihren Weg nach China.

Dennoch, der chinesische Sicherheitsapparat bedient sich immer raffinierterer Methoden, um Websites im Internet zu blockieren. Suchbegriffe wie »Tiananmen-Massaker«, »Falun Gong«, »Dalai Lama« oder »taiwanesische Unabhängigkeit« ziehen eine sofortige Überprüfung auf sich. Die anhaltende Wut über die Kooperation amerikanischer Unternehmen (wie Cisco, Yahoo!, Google und Microsoft) mit der chinesischen Zensur und Internetüberwachung unterstreicht die offensichtliche Tatsache, dass das Internet in China nicht frei ist. Nehmen wir an, ein chinesischer Aktivist möchte eine neue politische Organisation gründen – eine Grüne Partei oder eine unabhängige Vertretung der Arbeiter in den südchinesischen Fabriken. Sollte er ein Treffen dieser neuen Organisation im Netz ankündigen, wird diese Nachricht rasch verschwinden, und der Aktivist wird entdecken, dass es ihm lediglich gelungen ist, die Aufmerksamkeit einer Horde Sicherheitsbeamter auf sich zu ziehen.

Die Frage also bleibt: Selbst wenn die Menschen in China nun über das Internet auf Nachrichten zugreifen können, was können sie damit anfangen? Die Chinesen können die Wahlen in Taiwan genau verfolgen, aber sie selbst dürfen nicht wählen. Sie dürfen nicht einmal eine Versammlung von 15 Personen abhalten, um eine Petition für Wahlen in China zu unterzeichnen. Sie können Demonstrationen in der Ukraine verfolgen, aber sie können innerhalb Chinas keine ähnlichen Proteste organisieren.

Das Internet hat die chinesische Politik tatsächlich verändert, aber in begrenzter Weise. Es hat China von der alten Ära des uninformierten Autoritarismus zu einer neuen Ära des informierten Autoritarismus geführt. Fast ein halbes Jahrhundert lang hat die Kommunistische Partei Chinas einen Einparteienstaat regiert, in dem der chinesischen Öffentlichkeit unerfreuliche Nachrichten häufig vorenthalten wurden. Nun, mit dem Internet, ist China in ein neues Zeitalter eingetreten. Hier regiert die Kommunistische Partei einen Einparteienstaat, in dem die Öffentlichkeit zunehmend besser informiert ist und die Führung dennoch nicht her-

ausfordern oder sich ihr widersetzen kann. Das leninistische System bleibt intakt.

*
* *

In den letzten Jahren haben die Verfechter des Beschwichtigungsszenarios ihre bevorzugten Patentrezepte entwickelt, um China Schritt für Schritt auf den Weg zu einer Demokratie zu helfen, ohne die bestehende autoritäre Ordnung im Geringsten herauszufordern oder zu stürzen. Besonders zwei Arten von Reformen sind unter der amerikanischen Elite in Mode gekommen: Dorfwahlen und Förderung der Rechtsstaatlichkeit.

Der Anstoß zu Dorfwahlen stammt aus den neunziger Jahren. Ihr wichtigster Verfechter war das Carter Center in Atlanta, gegründet vom ehemaligen Präsidenten Jimmy Carter (dessen bewundernswertes Engagement sich nicht, wie wir noch sehen werden, in gleicher Weise auf China wie auf andere Länder erstreckte). Diese Bemühungen wurden auch vom International Republican Institute und dem National Democratic Institute unterstützt, zwei mit der Republikanischen respektive Demokratischen Partei verbundenen Organisationen.[19]

Die Logik hinter den Dorfwahlen war eingängig genug: Wenn man in den Dörfern jeweils für ein paar Hundert Menschen Wahlen veranstaltet, wird sich langfristig der Wunsch nach Demokratie auf die höheren politischen Ebenen ausdehnen – auf Kommunen und Kreise und schließlich vielleicht auf Städte, Provinzen und die gesamte Nation.

Tatsächlich hatte China seit den achtziger Jahren, als die Kommunistische Partei unter Deng Xiaoping die von Mao Zedong eingeführten landwirtschaftlichen Volkskommunen abschaffte, mit Dorfwahlen experimentiert. Ohne die Volkskommunen zahlten die chinesischen Bauern immer häufiger ihre Steuer nicht und setzten sich über Regierungsanordnungen hinweg. Die Kommunistische Partei führte Dorfwahlen als Mittel ein, die Kontrolle über die ländlichen Gebiete zu wahren.

Das chinesische Regime stellte diese Wahlen groß heraus, um zu demonstrieren, dass das Land offener und demokratischer wurde. Das amerikanische Carter Center förderte die Dorfwahlen und machte sie zum Schwerpunkt seiner Tätigkeit in China. Es finanzierte die Ausbildung von Wahlhelfern, Kurse für Wähler und Wahlbeobachtung.

Das Problem bestand darin, dass die Dorfwahlen die einzigen geblieben sind und sich in Konzeption und Funktion von anderen Wahlen mit einer größeren Wählerzahl unterscheiden. Man begreift dieses Vorgehen, wenn man auf die organisatorischen Erfordernisse blickt. In einem Dorf kann man ohne die Hilfe einer Organisation für ein Amt kandidieren, indem man von Tür zu Tür geht, weil jeder jeden kennt. Sobald man aber eine Wahl für drei Dörfer abhalten wollte, brauchte man eine Organisation – das heißt, einen Repräsentanten für den Wahlkampf in Dorf A, einen anderen für Dorf B und einen dritten für Dorf C und so fort. Um eine Organisation zu bilden, hilft es, der Öffentlichkeit gemeinsame Ziele oder Werte zu unterbreiten, um die Wähler zu überzeugen, den eigenen Kandidaten statt einen Rivalen zu wählen.

Natürlich ist ein anderes Wort für eine Organisation, die Kandidaten für Ämter anbietet und eine Plattform für Ideen bereitstellt, eine politische Partei. Und eine neue politische Partei zu gründen ist immer noch illegal. Die Kommunistische Partei Chinas wünscht keine Konkurrenz. Sie möchte nicht die Bildung rivalisierender politischer Organisationen ermutigen oder gar genehmigen, ganz gewiss nicht einer, die in jedem Dorf ihre Repräsentanten aufstellt. So war die chinesische Führung seit den frühen neunziger Jahren also zwar willens, Dorfwahlen zu erlauben, sie blockierte jedoch jede Bewegung in Richtung Wahlen auf breiterer gesellschaftlicher Ebene.[20]

Mit anderen Worten, Wahlen sind in Ordnung, solange sie klein und unorganisiert bleiben und keine Organisation entstehen lassen, die die Herrschaft der Partei herausfordern könnte.

Tatsächlich könnte man sogar sagen, dass die Dorfwahlen die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas festigen, indem sie Ausländern den Anschein vermitteln, in ganz China breite sich Demokratie aus, obwohl in Wirklichkeit die Partei die Zügel so fest in Händen hält wie früher. In vielen Fällen wird der einzige Kandidat für eine Dorfwahl von der Kommunistischen Partei ausgewählt. Gibt es Gegenkandidaten, gewinnt gewöhnlich der Vertreter der Kommunistischen Partei die Wahlen. In einigen Fällen in jüngster Zeit kam es bei Dorfwahlen zu Blutvergießen, weil die örtlichen Behörden die Bereitschaftspolizei oder Schlägertruppen gegen die Herausforderer ihrer Herrschaft zu Hilfe riefen.[21]

Binnen weniger Jahre, nachdem das Carter Center mit der Unterstützung von Dorfwahlen begonnen hatte, äußerte sich Carter selbst pessimistisch über ihre Entwicklung. Bei einem Chinabesuch 2003 führte er Zahlen an, wonach nur 40 Prozent der chinesischen Dörfer dem Wahlgesetz Folge leisteten. Bei einem anderen Besuch gestand er, wenig hoffnungsfroh zu sein, dass die Behörden Wahlen auf höherer Ebene als den Kreisen erlauben würden. »Ich sehe dafür keine unmittelbaren Aussichten«, erklärte er.[22]

* * *

Das zweite Allheilmittel, das in den letzten Jahren angeführt wird, ist die Rechtsstaatlichkeit.

China muss dieser Vorstellung zufolge die Begriffe und geistigen Grundlagen der Demokratie verstehen lernen, vor allem, dass ein Land von abstrakten Prinzipien, nicht von den Befehlen oder Launen eines Individuums oder einer politischen Partei beherrscht werden sollte. Selbst wenn es dort derzeit kein demokratisches System gäbe, so das Argument, können Ausländer dabei helfen, einer künftigen Demokratie in China mit der Vermittlung rechtsstaatlicher Grundsätze wie »ordentliches Verfahren« und »Gleichheit vor dem Gesetz« den Weg zu bereiten.

So sind in den letzten beiden Jahrzehnten viele talentierte und

versierte Amerikaner im Rahmen von Initiativen zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit nach China gereist. Einige ihrer Bemühungen sind wirklich hilfreich, und keine von ihnen richtet sonderlich großen Schaden an. Aber in der Summe haben diese Anstrengungen im Allgemeinen dazu geführt, den Status quo zu stärken, das heißt, ein China, das mit dem Rest der Welt Handel treibt, aber auch ein Einparteienstaat bleibt.

Auf der einen Seite scheinen die Initiativen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in China in Bezug auf Wirtschaftsstreitfälle einige Fortschritte gemacht zu haben. Wenn sie weiterhin ausländische Investitionen anziehen will, muss die Führung, wie sie weiß, zeigen, dass es Gerichte und Schlichtungsstellen oder andere Mechanismen gibt, um Geldstreitigkeiten beizulegen.

Andererseits gab es weit geringere Fortschritte in anderen Rechtsgebieten wie der Strafgesetzgebung zur Verfolgung politischer Dissidenten. Vor allem gibt es keinen Fortschritt bei der Schaffung einer unabhängigen Gerichtsbarkeit; Chinas Richter bleiben unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei. Daran hat sich nichts geändert, und alle amerikanischen Initiativen zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit zusammengenommen leisten wenig, um dieses fundamentale Problem zu beheben.

Kurz, die Initiativen zur Förderung von Dorfwahlen und Rechtsstaatlichkeit haben tatsächlich einen gemeinsamen Nenner: Sie schaffen den Anschein von Wandel, während sie die Grundpfeiler des politischen Systems in China unangetastet lassen. Man kann sich China in einigen Jahrzehnten vorstellen, mit Dorfwahlen und einem mit bester ausländischer Beratung entworfenen, immer höher entwickelten Rechtssystem; und alles dient nur dazu, dasselbe autoritäre politische System zu stützen, das heute im Lande herrscht.

* * *

Warum sollten sich Amerikaner über das Dritte Szenario Gedanken machen? Welchen Unterschied macht es schon, ob China in

den nächsten 25 oder 30 Jahren ein repressives Regime bleibt oder eine lebensfähige Demokratie wird? Etwa weil China sich im Dritten Szenario in eine militärische Bedrohung für die USA verwandeln würde, wie einige Streiter auf der politischen Rechten häufig warnen? Nein, denn das ist nicht das Hauptproblem eines dauerhaft autoritären Regimes in China.

Sicherlich ist Chinas wachsende Militärmacht eine bedeutsame Entwicklung. Das letzte Jahrzehnt über hat die chinesische Volksbefreiungsarmee neue ballistische Raketen und Marschflugkörper, Unterseeboote, Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge gebaut oder gekauft. Ganz gleich, wessen Statistiken man heranzieht, hat sich Chinas Verteidigungsbudget stetig erhöht. Die Armee ist dabei, mehr als genug Kampfkraft zu entwickeln, um seine Nachbarn in Ostasien, einige von ihnen Amerikas Verbündete, einzuschüchtern. »Gegenwärtige Trends der Militärmodernisierung in China könnten dem Land eine Schlagkraft verleihen, mit der sich – weit über Taiwan hinaus – eine Reihe von militärischen Optionen in Asien verfolgen ließen, die für moderne Armeen der Region eine potenzielle Gefahr darstellen«, bekräftigte das Pentagon in einem Bericht an den Kongress 2005.

In den letzten Jahren war die chinesische Führung bestrebt, den USA und anderen Ländern zu versichern, dass China auf eine friedlichere Weise zur Weltmacht aufsteigen möchte als, sagen wir, Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts oder Japan zu Beginn des 20. Jahrhunderts. »China wird standhaft den Weg friedlicher Entwicklung beschreiten«, sagte Präsident Hu Jintao in einer typischen Rede auf einer internationalen Konferenz,[23] und einer seiner höchsten Berater hat eine ganze Theorie über Chinas »friedlichen Aufstieg« entwickelt. Einige Amerikaner, die mit Optimismus auf China blicken, neigen dazu, solchen Versicherungen Glauben zu schenken; andere sind da skeptischer.

Klar scheint, dass China gegenwärtig eifrig bestrebt ist, jeder militärischen Konfrontation mit den Vereinigten Staaten aus dem Weg zu gehen und sich stattdessen auf die wirtschaftliche Entwick-

lung des Landes konzentriert. Doch dies könnte sehr wohl nur eine zeitweilige Strategie sein, die darauf zielt, einen Konflikt mit den USA hinauszuschieben, um China die nötige Zeit zur Erhöhung seiner militärischen Schlagkraft zu verschaffen. Wer vermag schon zu sagen, welche Träume und Ambitionen chinesische Führer in 30 Jahren hegen mögen, wenn das Land erst reicher und stärker geworden ist?

Die Geschichte und ein wohl ausgebildeter Korpus politischer Theorien zeigen, dass etablierte Demokratien nur selten gegeneinander Krieg führen.[24] Wenn das stimmt, haben die USA im Hinblick auf ihre nationale Sicherheit ein klares Interesse daran, dass China zu einer etablierten Demokratie wird. Sollte dies eintreten, würde sich die Chance eines Konfliktes zwischen China und den Vereinigten Staaten beträchtlich verringern.

Man sollte allerdings die militärische Aufrüstung Chinas in die rechte Perspektive rücken. Letztendlich bleibt die Volksbefreiungsarmee weit hinter der massiven Militärmacht der USA zurück; und selbst wenn das Pentagon künftig mit einem knapperen Haushalt auskommen müsste (eine unwahrscheinliche Aussicht), hat China selbst in einem Vierteljahrhundert keine Chance, die Vereinigten Staaten einzuholen. Falls das Dritte Szenario eintritt, heißt das nicht, dass Amerika zu einem Krieg mit China verurteilt ist. Es ist vorstellbar, dass die Volksbefreiungsarmee den Weg politischer Repression weitergehen wird, den sie in der Vergangenheit beschritten hat, und doch weiterhin alles vermeidet, was zu einem militärischen Konflikt führen könnte. Die chinesische Führung scheint von der Sowjetunion die Lektion gelernt zu haben, besser jede direkte, fortdauernde Konfrontation mit den USA im Stil des Kalten Krieges zu vermeiden.

* * *

Obwohl auch ein autoritäres China keine militärische Bedrohung für die USA darstellen muss, gibt es viele andere, wichtigere Gründe, warum wir uns über seine politische Zukunft und die Aussichten

für eine chinesische Demokratie sorgen sollten. Der erste und offensichtlichste Grund sind natürlich die 1,3 Milliarden Chinesen selbst, die das Recht verdienen, ihre politische Zukunft selbst zu bestimmen, wie es Amerikaner, Westeuropäer, Japaner oder Inder tun. Chinas Wirtschaft hat sich dramatisch verändert, aber das Land wird noch immer in nichtrepräsentativer Manier von einer Kommunistischen Partei mit einer langen, abstoßenden, häufig gewalttätigen Geschichte regiert, die ihre eigenen Privilegien liebt und eine Schwäche für Korruption hat.

Gelegentlich ist das Gegenargument zu hören, dass die Kommunistische Partei immer noch, mittels eines schwammigen, unbestimmten Prozesses, das chinesische Volk repräsentiere und als sein Sprachrohr angesehen werden könne. Noch einen Schritt weiter gehen Chinareisende, die unbedingt etwas grob Verallgemeinerndes über China loswerden möchten und forsch verkünden, das chinesische Volk wolle gar keine Demokratie. Natürlich werden solche Stereotypen in jenen seltenen Phasen wie den späten achtziger Jahren, als die chinesische Führung den Menschen organisierte politische Aktivitäten erlaubte, widerlegt. In solchen Zeiten wird offensichtlich, dass sich die Chinesen in China so sehr eine Mitsprache am politischen Leben ihres Landes wünschen wie Menschen überall auf der Welt.

Darüber hinaus ist die Antwort auf die Losung, die Chinesen wollten gar keine Demokratie, einfach: Warum nicht das chinesische Volk abstimmen lassen, ob es nun gerne eine Demokratie hätte oder nicht? Wie sonst können wir erfahren, was das chinesische Volk will? Wenn die Kommunistische Partei Chinas wirklich glaubt, für das Volk von China zu sprechen und zu handeln, warum stellt sie dies nicht unter Beweis, indem sie den Menschen erlaubt, ihre Unterstützung in einer offenen Wahl zu zeigen? Ohne Zweifel gibt es *einige* Menschen in China, die keine Wahlen wollen – jene, die jetzt an der Macht sind und jene anderen, deren Privilegien und wirtschaftlichen Vergünstigungen vom gegenwärtigen Regime abhängen.

Von ebenso großer Bedeutung ist, dass Chinas existierendes undemokratisches System verderblich ist, sowohl für das Land selbst als auch für den Rest der Welt, weil es instabil ist. Es gibt keinen etablierten Prozess, um ernste Auseinandersetzungen innerhalb der chinesischen Führung zu lösen, und solche Konflikte haben im letzten halben Jahrhundert wiederholt politische Krisen ausgelöst. Chinas wachsender Wohlstand eröffnet neue Möglichkeiten für Spaltungen innerhalb der Führung der Kommunistischen Partei über Geld, Ressourcen und Wirtschaftspolitik. Der herrschenden Partei ist anzurechnen, dass sie in der Lage war, 2002/2003 eine relativ glatte und gewaltlose Machtübergabe von ihrem früheren Generalsekretär Jiang Zemin an seinen Nachfolger Hu Jintao zu bewerkstelligen. Es gibt unter dem bestehenden System jedoch keine Garantie, dass jede Erbfolge ebenso glimpflich vonstattengehen wird.

Vor allem würde, wenn das Dritte Szenario einträte, ein langwährendes autoritäres Regime in China ein beträchtliches Problem für demokratische Werte überall auf der Welt darstellen. Man nehme einen beliebigen Diktator von irgendwo auf der Welt, und die Chancen stehen gut, dass er die Unterstützung des chinesischen Regimes genießt. China hat Robert Mugabe, den Schurken, der Zimbabwe regiert, mit einem akademischen Ehrentitel belohnt. Er ist einer der wichtigsten Unterstützer des Militärregimes in Birma (Myanmar), wo die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi weiterhin unter Hauarrest steht, 16 Jahre, nachdem sie und ihre Anhänger die letzten offenen Wahlen des Landes gewannen. Als der usbekische Präsident Islam Karimow 2005 die blutige Niederschlagung von Demonstrationen befahl, verurteilten ihn die amerikanische und die europäischen Regierungen; China beeilte sich, ihn zu stützen. China hat enge Bande zur Regierung des Sudan geknüpft, die andere Nationen für einen Völkermord verantwortlich machen.

China unterstützt diese undemokratischen Regimes nicht nur symbolisch. Es gewährt greifbare Hilfe – Militärhilfe für Birma,

Wirtschaftshilfe für Zimbabwe. China steht anderen auch bei der Unterdrückung Andersdenkender tatkräftig zur Seite; so soll es 2005 Mugabe mit neuem Gerät ausgerüstet haben, um Internetseiten zu blockieren und Dissidentenradios zu stören.[25] Vor allem aber versorgt China diese Diktaturen mit so etwas wie ideologischer Schützenhilfe. Es befördert die Idee, die Demokratie sei ein fremdes, westliches Konzept, das Amerikaner und Europäer anderen aufzwängen.

Wenn China in den nächsten 30 Jahren sein gegenwärtiges politisches System beibehält, wird seine resolute Feindschaft gegenüber der Demokratie Auswirkungen auf Länder wie Ägypten, Syrien und Saudi Arabien haben. Ein permanent autoritäres China könnte auch Russland unterminieren, dessen demokratischer Elan bereits erlahmt. 1991, während des kurzen, gescheiterten Putschversuchs kommunistischer Militärs und Geheimdienstoffiziere gegen Michail Gorbatschow, würdigte die chinesische Presse die Verschwörer mit langen, wohlwollenden Berichten, während sie Boris Jeltsin oder die demokratische Opposition in Moskau kaum erwähnte und war verdutzt und enttäuscht, als der kurze Staatsstreich scheiterte.[26] Wladimir Putins jüngste Bestrebungen in Richtung eines autoritäreren Regimes in Russland sind da schon eher nach Chinas Geschmack.

* * *

Diese Gründe für ein demokratisches China – für das chinesische Volk selbst und aufgrund chinesischen Einflusses auf andere repressive Regimes der Welt – sind die bei weitem wichtigsten. Es gibt daneben noch einen dritten Faktor, einen, der in Amerikas jüngster Vergangenheit wurzelt: Bliebe Chinas politisches System ein dauerhaft repressiver Einparteienstaat, so bedeutete dies, dass die amerikanische Chinapolitik seit 1989 dem amerikanischen Volk auf der Grundlage eines Betrugs verkauft wurde – das heißt mit der falschen Prämisse, dass Handel mit China und die »Einbindung« des Landes sein politisches System verändern würden.

Die Hauptgrundlage für die amerikanische Chinapolitik von Richard Nixon in den frühen siebziger Jahren bis 1989 bestand in der Sicherung der chinesischen Unterstützung gegen die Sowjetunion. Selbst noch ein halbes Jahr nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 betrachtete die Bush-Administration China weiterhin durch diese geopolitische Brille. Doch mit dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 verschwand auch die Logik des Kalten Krieges.

Seit 1989 wurde praktisch jeder Wandel der amerikanischen Chinapolitik vor der amerikanischen Öffentlichkeit damit gerechtfertigt, dass er dazu beitragen würde, Chinas politisches System zu liberalisieren. Wann immer ein Präsident, ob Republikaner oder Demokrat, von seiner Politik der »Einbindung« Chinas sprach, wollte er dies als einen Weg zur Veränderung Chinas verstanden wissen. Als die Regierungen von George H.W. Bush und Bill Clinton die Meistbegünstigungsklausel auf China ausdehnten, bekräftigten sie, dass dies die Öffnung Chinas befördern würde. Als der amerikanische Kongress für die Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation (WTO) votierte, rechtfertigten die Kongressführer abermals ihre Zustimmung mit dem Beitrag, den die Mitgliedschaft zur Liberalisierung Chinas leisten würde. Als Folge dieser Entscheidung, den Markt für chinesische Waren zu öffnen, mussten überall in den USA Fabriken schließen, und Millionen von Amerikanern wurden arbeitslos. In der Zwischenzeit versicherte man dem amerikanischen Volk wiederholt, dass die Gründe der amerikanischen Politik nicht ausschließlich wirtschaftlicher Natur seien – nämlich das Chinageschäft amerikanischer Firmen zu fördern –, sondern auch politischer Art. Freihandel sollte den Weg zu politischer Liberalisierung ebnen; er würde den Weg zu einem pluralistischen China zum Beispiel nach Art Mexikos freimachen. »So wie der Beitritt zur NAFTA[27] die wirtschaftliche Basis der Einparteiherrschaft in Mexiko erodierte, kann die Mitgliedschaft in der WTO […] helfen, das Gleiche in China zu bewirken«, betonte Samuel R. Berger, Präsident Clintons Nationaler Sicherheitsberater, vor sieben Jahren.[28]

Diese politischen Argumente waren es, die den Ausschlag gaben. Ohne die Behauptung, dass sich durch Handel das politische System Chinas öffnen werde, hätte der amerikanische Kongress die Handelsgesetze nicht verabschiedet. Vergeblich sucht man nach amerikanischen Präsidenten oder Kongressführern, die erklärt hätten: »Anscheinend wird China ein zutiefst repressives Land bleiben, aber lassen Sie uns dieses Handelsgesetz trotzdem verabschieden.«

Wenn also das Dritte Szenario einträte, wenn die herrschende Kommunistische Partei Chinas also noch auf Jahrzehnte hin oder länger abweichende Meinungen und organisierte politische Opposition bekämpft, wird man den Schluss ziehen müssen, dass die amerikanische Öffentlichkeit getäuscht wurde.

Kapitel 2

Das Wörterbuch des Abwiegelns

In den letzten drei Jahrzehnten hat sich ein ausgedehnter Wortschatz entwickelt, um Kritiker der Volksrepublik China zu stigmatisieren. Jeder, der stark an ein demokratisches China glaubt, jeder, der China wegen seiner Unterdrückung abweichender Meinungen unverblümt kritisiert, jeder, der nahelegt, dass sich die politische Situation in China nicht verändert oder der Handel mit China nicht zu Demokratie führen wird – jeder dieser Kritiker kann mit einem Hagel von Schimpf- und Schlagwörtern, vorgefertigten Phrasen und Klischees rechnen, die darauf zielen, den Sprecher als vereinzelte Stimme abzutun, bevor man sich mit seinen Ideen ernsthaft auseinandersetzen muss.

Man könnte diese Sammlung von Klischees das »Wörterbuch des Abwiegelns« nennen. Manchmal stammen die Ausdrücke von der chinesischen Regierung, die immer eifrig bestrebt ist, Kritik an ihrer Regierungsführung und ihrem undemokratischen System abzulenken. Andere Begriffe kommen aus den USA. Woher sie auch stammen, es sind die Lieblingsbegriffe in praktisch jeder Debatte über China.

Gehen wir einige dieser Wörter durch und ergründen, was sie bedeuten und in welcher Weise sie häufig missbraucht werden.

* * *

CHINA BASHING (»CHINAPRÜGELN«) UND CHINA BASHER (»CHINAFRESSER«) Mit *bashing* ist hier das wahllose und unge-

rechte verbale Eindreschen auf einen Gegner gemeint – das sind in den USA die am häufigsten gebrauchten Allzweckbegriffe, mit denen man Kritiker der chinesischen Repressionspolitik isolieren möchte. Tatsächlich wird heutzutage praktisch jede Kritik an der Volksrepublik als *China bashing*, als Eindreschen auf China gebrandmarkt. Der Ausdruck legt nahe, dass der Kritiker für seine Besorgnis keine legitimen Gründe hat und in erster Linie aus persönlichen Motiven auf China herumhackt. Und was ist mit »China« gemeint? Für gewöhnlich zielt die fragliche Kritik auf die chinesische Regierung oder die Kommunistische Partei des Landes, aber der Ausdruck *China bashing* deutet irreführenderweise an, es handle sich um Kritik an der chinesischen Nation, dem chinesischen Volk oder der chinesischen Kultur.

Jemanden in dieser Weise als Chinafresser zu brandmarken, ist häufig eine Methode, um den ernsten Fragen eines Kritikers aus dem Weg zu gehen. Offensichtlich sind Themen wie Menschenrechte und Demokratie in China, Handel und Beschäftigung oder Währung und Wechselkurse komplex. Darüber hinaus könnte jede umfassende Untersuchung oder Debatte über diese größeren Themen die unangenehme Realität zutage fördern, dass die Öffentlichkeit in stärkerem Maße als die amerikanischen Eliten dazu neigt, Demokratie zu unterstützen, und in geringerem Maße an den Freihandel glaubt. Es ist somit leichter, einen Kritiker der Volksrepublik Chinas als Chinafresser abzutun, womit man zu verstehen gibt, dass es nichts weiter zu diskutieren gibt.

Der Vorwurf des ungerechtfertigten Herumhackens auf einer Nation entstand nicht erst im Zusammenhang mit der Kritik an China, sondern geht auf die Japan-Debatten in Washington in den achtziger Jahren zurück, bei denen der Ausdruck *Japan bashing* aufkam. Im Sommer 1987 zertrümmerten damals einige Kongressmitglieder auf dem Capital Hill in einer berühmt gewordenen Aktion mit Vorschlaghämmern ein Toshiba-Radio, nachdem bekannt geworden war, dass der Mutterkonzern der Firma sensible Technologie an die Sowjetunion geliefert hatte.[1] Das Verhalten der

Kongressmitglieder konnte man in diesem Fall im wahrsten Sinne des Wortes als Eindreschen bezeichnen. Später wurden die Metaphern *Japan basher* und *Japan bashing* unterschiedslos auf alle gemünzt, die Kritik an der japanischen Regierung oder japanischen Handelspraktiken übten. In den neunziger Jahren wurden die vergleichbaren Etiketten *China bashing* und *China basher* dann zunehmend für die Kritiker der chinesischen Regierung benutzt.

Diese Ausdrücke sind abgedroschen und werden häufig falsch benutzt, doch sie kommen immer mehr in Mode. Ursprünglich benutzte die *New York Times* den Ausdruck *China basher* nur in Anführungszeichen – womit sie kenntlich machte, dass es sich um ein Zitat, nicht einen Ausdruck der Zeitung handelte. Aber 2005 begannen die Anführungszeichen zu verschwinden, und die Kommentarseite fing an, sich den abwertenden Begriff zu eigen zu machen, womit sie zu erkennen gab, dass es sich um ein legitimes Schimpfwort handelte.[2]

Besinnen wir uns für einen Moment, um die Diskrepanz der Sprachverwendung auf uns wirken zu lassen: Wenn jemand zufällig *nicht* mit einer Kritik an der Volksrepublik China einverstanden ist, würde die *New York Times* (wie wir hoffen wollen) nicht versuchen, seine Ansichten unter Zuhilfenahme von Ausdrücken wie »chinahörig«, oder »Panda-Kuschler« abzutun, weil solche abfälligen Wörter die Kommentarseite herabwürdigen und einer echten Debatte im Weg stünden. Warum also wird *China bashing* so bereitwillig übernommen?

»Antichinesisch« Dieser Ausdruck stammt offenbar nicht aus den USA, sondern von der chinesischen Regierung. Wenn Einzelne die Politik der Volksrepublik China kritisieren, werden sie von der Staatsmacht mit dem Wort »antichinesisch« bedacht. Über die Jahre wurde der Dalai Lama regelmäßig als »antichinesisch« gebrandmarkt, ebenso die Verfechter der Demokratie in China und Hongkong und religiöse oder sektenähnliche Organisationen wie Falun Gong.

Dies ist natürlich ein eklatanter Versuch, Verwirrung zu stiften und die Politik der Parteiführung mit dem Deckmantel des Nationalismus zu verhüllen. Es ist möglich (ich spreche hier aus eigener Erfahrung), höchste Bewunderung für das chinesische Volk zu hegen und gleichzeitig die Politik des Regimes, dessen Vertreter vom Volk nie als seine Repräsentanten gewählt wurden, nicht zu mögen.

»Mentalität des Kalten Krieges« In den letzten Jahren ist ein neuer Ausdruck aufgetaucht, um Kritiker der Volksrepublik Chinas und ihrer fortdauernden Repressionen abzutun, indem man sie als vorgestrig abstempelt und ihnen eine »Mentalität des Kalten Krieges« vorwirft. Der Ausdruck wird zunehmend von chinesischen Politikern benutzt, darunter Präsident Hu Jintao, aber er wird auch von einigen amerikanischen Kommentatoren aufgegriffen. »In Amerika [...] sind viele Menschen intellektuell beschränkt durch das, was man eine residuale manichäische oder postmoderne Mentalität des Kalten Krieges nennen könnte«, schrieb der Journalist Tom Plate in einer Kolumne über China.[3]

Gemeint ist damit natürlich der Vorwurf, China werde so behandelt, wie die USA früher mit der Sowjetunion umging. Es ist ein absurder Vergleich, was am deutlichsten ein Blick auf die Wirtschaft belegt. Die Handelsprivilegien, in deren Genuss China seit den achtziger Jahren kam, gelten bis zum heutigen Tag. Im Jahr 2000 gewährten die USA diese Privilegien auf Dauer und ebneten erfolgreich den Weg zum Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation. Die Vereinigten Staaten haben ein Handelsdefizit mit China von mittlerweile 200 Milliarden Dollar pro Jahr. Chinas Fähigkeit, Waren in die USA zu verkaufen, ist eine der treibenden Kräfte hinter seinem rapiden Wirtschaftswachstum.

Angesichts der massiven chinesischen Exporte in die USA und der ebenso großen amerikanischen Investitionen in China ist jeder Versuch, die heutige US-Politik gegenüber China mit der amerikanischen Politik gegenüber der ehemaligen Sowjetunion in einen

Topf zu werfen, von Grund auf abwegig. Keiner der hartgesottensten Falken in der Administration von George W. Bush – wie Vizepräsident Dick Cheney oder der ehemalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld – hat je damit gedroht, den Handel mit China zu beenden. Das ist ein beträchtlicher Unterschied zum Kalten Krieg, als Bestrebungen, den Handel mit den Sowjets zu beschränken und die sowjetische Wirtschaft zu unterminieren, einer der Eckpfeiler der amerikanischen Strategie waren. Die Sowjetunion war nie ein großer Handelspartner der Vereinigten Staaten, China ist es seit einem Vierteljahrhundert.

Außerdem muss jedem, der mit der Geschichte des Kalten Krieges und Chinas Rolle darin vertraut ist, der Vorwurf einer »Mentalität des Kalten Krieges« ironisch vorkommen. China war der größte *Nutznießer* der amerikanischen Politik in den letzten beiden Jahrzehnten des Kalten Krieges. Etliche der politischen Ansätze, Konzepte, Ideen und Annahmen, die in den Vereinigten Staaten in Bezug auf China bestehen, kamen in jener Ära auf und haben sich bis zu einem gewissen Grad bis heute gehalten. Dies ist die wahre, die historische »Mentalität des Kalten Krieges« in Bezug auf China: eine der Volksrepublik wohlgesonnene Mentalität.

Angefangen mit der Nixon-Regierung buhlten die USA eifrig um Chinas Unterstützung gegen die Sowjetunion (und China versicherte sich umgekehrt der amerikanischen Rückendeckung). Henry Kissinger bezog sich auf China als »stillen Alliierten« im Kalten Krieg. Als ein Element ihrer umfassenderen antisowjetischen Strategie beschlossen die USA 1979, China die Meistbegünstigungsklausel einzuräumen, während sie der Sowjetunion dieses Privileg weiterhin verwährte – und diese Zollvergünstigungen trugen dazu bei, China zu dem zu machen, was es heute ist. Die klare Marschrichtung der amerikanischen Politik jener Jahre bestand darin, Konflikte mit China tunlichst gering zu halten. Das wahre Erbe der letzten beiden Jahrzehnte des Kalten Krieges in den USA ist also eine eilfertige Bereitwilligkeit, die Ansichten der chinesischen Regierung zu unterstützen, nicht sie zu diskriminieren.

Und das Erbe dieser Ära setzt sich bis heute fort. Man kann es im instinktiven Zögern finden, das amerikanische Amtsträger und Akademiker befällt, wenn es um öffentliche Kritik an der chinesischen Regierung geht. Man kann es in der Eile erkennen, mit dem die US-Regierung Konflikte mit China übertüncht. Man kann es in dem Eifer erblicken, mit dem Washington mit China in einen »strategischen Dialog« treten will, ein Ausdruck, der Erinnerungen an die Ära Kissinger weckt.

Schließlich kann man von Zeit zu Zeit sogar noch ein paar Überreste dieser alten Mentalität des Kalten Krieges in der Berichterstattung über China und seine Beziehungen zu den USA finden. Liest man die täglichen Storys, findet man gelegentlich das Klischee, dass diese oder jene Aktion der USA »China ärgern dürfte«. Als der damalige Außenminister Colin Powell dem taiwanesischen Präsidenten Chen Shui-bian in Panama die Hand schüttelte, schrieb die *Washington Post*, dass dies China ärgern könnte. Ein Leitartikel im *San Francisco Chronicle* grübelte darüber nach, was wohl passieren würde, wenn John Kamm, ein Menschenrechtsaktivist in China, einen Preis vom Außenministerium erhielte: »Wird ein staatlicher Preis China verärgern […]?«[4] Solche Pressestimmen vermitteln den Eindruck, dass sich die chinesische Regierung wie ein reizbarer, wütender Teenager verhält, der jederzeit explodieren kann.

Auch diese journalistische Konvention geht auf die Nixon-Kissinger-Ära zurück, als die sino-amerikanische Diplomatie im Höchstmaß personalisiert war. Damals fürchtete man, jede Kränkung der Gefühle eines der führenden Regierungsmitglieder, über welche Belanglosigkeit auch immer, könnte die eben erst aufkeimende Beziehung zwischen Washington und Peking verdorren lassen. Es gibt kein anderes Land auf der Welt, bei dem sich die amerikanische Presse so nervös über die wechselnden Stimmungen seiner Führer sorgt – nicht einmal die Sowjetunion auf der Höhe des Kalten Krieges.

Letztlich ist der Ausdruck »Mentalität des Kalten Krieges« eine

Art verbaler Trick. Der wahre historische Anachronismus ist Chinas leninistisches politisches System, und dieses repressive System ist in den Vereinigten Staaten die Hauptquelle der Opposition gegen China. Aber der Ausdruck »Mentalität des Kalten Krieges« legt fälschlich nahe, dass die *Opposition* gegen den Leninismus – und nicht das politische System Chinas – irgendwie veraltet sei.

»Provokativ« Dieses Wort wird gewöhnlich auf Regierungsmaßnahmen gemünzt, die das chinesische Regime herausfordern oder kritisieren, obwohl auch das Handeln von Einzelnen manchmal als »provokativ« bezeichnet wird.

Gemeint ist damit, dass die Betreffenden zu weit gegangen sind, unklug handeln oder extremistische Auffassungen vertreten. Werfen wir einen genaueren Blick auf die Bedeutung dieses Wortes. Wörtlich heißt »provokativ« herausfordern, reizen. In Bezug auf China bedeutet provokativ so viel wie »geeignet, die chinesische Führung wütend zu machen«. Das ist ein wesenhaft subjektiver Standard, denn es liegt natürlich an der chinesischen Führung, zu definieren, was sie wütend macht. Eine Handlung kann denkbar legal, gerecht, weise und wohlbegründet sein und dennoch provokativ. Manche politischen Ansätze oder Handlungen als »provokativ« zu bezeichnen, ist entweder sinnlos oder gründet, schlimmer noch, auf der Ansicht, dass sich der chinesische Staat seinem Wesen nach in ihren Führern verkörpert, auf deren Gefühle es allein ankommt.

Einzelne Personen, denen man »provokative« Handlungen anlastet, werden für gewöhnlich noch mit einem weiteren abwertenden Ausdruck bedacht: Sie sind »Störenfriede«. Taiwans zwei jüngste Präsidenten, Chen Shui-bian, und vor ihm Lee Teng-hui, waren beide »Störenfriede«. Der Dalai Lama ist ebenfalls ein »Störenfried«. Wieder handelt es sich, wörtlich genommen, um einen sinnlosen Vorwurf. Auch die chinesische Führung »stört« von Zeit zu Zeit – und könnte, wie andere internationale Störenfriede (einschließlich den USA), gelegentlich sogar Recht damit haben. Je-

manden einen »Störenfried« zu nennen, zieht die internationale Diplomatie auf Sandkastenniveau herab.

Wann immer Störenfriede etwas tun, was der Regierung der Volksrepublik China nicht gefällt, kann man damit rechnen, dass die Chinaexperten in den Vereinigten Staaten ein drittes metaphorisches Klischee benutzen: Man sagt, dass die Störenfriede »über die Grenzen hinausgehen«. Insbesondere von Vertretern Taiwans wird regelmäßig gesagt, dass sie »über die Grenzen hinausgehen«. Gemeint ist damit, dass jemand versucht, vorhandene Beschränkungen zu überwinden und zu etwas Neuem vorzudringen.

Tatsächlich beschreibt dieses abgenutzte Klischee zuweilen akkurat die Handlungen taiwanesischer Führer wie die des Präsidenten Chen Shui-bian und seines Vorgängers Lee Teng-hui. Diese versuchten wiederholt, Beschränkungen, denen sie aufgrund der Tatsache unterworfen sind, dass die meisten Länder der Welt keine diplomatischen Beziehungen zu ihnen unterhalten, zu überwinden. Es verdient Beachtung, dass auch die chinesische Führung manchmal versucht, die USA zu bewegen, Taiwan neue Grenzen aufzuerlegen, die so noch nie gezogen wurden. Doch in der Welt Washingtoner Klischees beschreibt man die Handlungen der Volksrepublik China fast nie als »Grenzüberschreitungen«. Wenn China von den USA eine neue Erklärung oder ein Kommunique zu Taiwan anstrebt, oder die amerikanische Verurteilung des Terrorismus in der Provinz Xinjiang fordert, lassen die amerikanischen Chinaexperten aus irgendeinem Grund die Metapher von der »Grenzüberschreitung« fallen und flüchten sich in Erklärungen, warum die Vereinigten Staaten aufpassen sollten, »China nicht zu verärgern«.

»Die Menschen in China machen sich nichts aus Politik. Sie sind nur daran interessiert, Geld zu verdienen.« Dies ist eine der Falschmeldungen, die amerikanische Chinareisende in die Welt setzen (darunter Touristen, Auslandsexperten und Politiker). Sie suggerieren damit, dass die chinesischen

Demokratieaktivisten irgendwie das Wesen des chinesischen Volkes verkennen.

Denkt man darüber nach, ist es an der Oberfläche ein herabsetzendes nationales Stereotyp, das so wenig Gültigkeit hat wie das ebenso generalisierende und degradierende alte Klischee, dass »den Chinesen« menschliches Leben gleichgültig sei. Natürlich interessieren sich Chinesen für Politik – einige mehr als andere, wie in allen anderen Ländern auch.

Jeder, der während einer jener kurzen und tragischen Perioden, in denen die Führung der Kommunistischen Partei den Menschen erlaubte, relativ frei ihre Meinung zu äußern, einige Zeit in der Volksrepublik China verbracht hat – während der »Hundert-Blumen-Kampagne« 1956–1957 oder in den Monaten der »Demokratischen Bewegung« 1978–1979 oder während der Zeit vor der Niederschlagung der Demonstrationen auf dem Tiananmenplatz 1989 – kann Zeugnis davon ablegen, wie intensiv sich viele Menschen in China mit Politik beschäftigen, und wie gerne sie dabei mitreden würden, wie ihr Land regiert werden soll. »Ich sah ein China heraufdämmern, das ich mir zuvor kaum je vorgestellt hatte«, schrieb der kanadische Journalist John Fraser, als er sich plötzlich inmitten der kurzen Öffnung von 1978–1979 wiederfand.[5] Wenn während anderer Phasen die Menschen in China politischer Aktivität aus dem Weg gingen und Besuchern erklärten, am Zeitgeschehen nicht interessiert zu sein, kann man dies lediglich als Reaktion auf das politische Klima in China verstehen. Menschen sind nicht versessen darauf, politisch aktiv zu werden, wenn darunter ihre Karriere leidet oder Gefängnisstrafen drohen.

»Wenn wir China als Bedrohung behandeln, wird es zu einer Bedrohung werden.« In den letzten Jahren sind verschiedene Versionen dieses Satzes in den politischen Sprachgebrauch eingegangen. »Wir müssen unsere Interessen verteidigen, aber wenn wir die Chinesen reflexartig als Bedrohung behandeln,

wird sich unsere Frage von selbst beantworten: Sie werden zu einer Bedrohung werden«, bekräftigte der Kolumnist Robert J. Samuelson.[6]

In klassischen militärischen Begriffen hängt die Frage, ob ein Land als Bedrohung empfunden wird, von zweierlei ab: seinen Fähigkeiten und seinen Absichten. Wie ich im ersten Kapitel erläutert habe, sollten wir nicht annehmen, dass China für die Vereinigten Staaten zu einer militärischen Bedrohung wird, da Amerikas eigene militärische Fähigkeiten weit über denen aller anderen Länder bleiben werden. Aber der scheinbar so plausible Aphorismus »Wenn wir China als Bedrohung behandeln, wird es zu einer Bedrohung werden« verdient eine genauere Betrachtung, behauptet er doch, dass auch das Gegenteil wahr ist: »Wenn wir China nicht bedrohen, wird es auch für uns nicht zur Bedrohung«. Doch mit dieser Aussage gibt es allerhand logische Probleme, weil man sich auch noch andere Möglichkeiten vorstellen kann. Wie China seine Streitkräfte ausbaut, hängt nicht gänzlich vom Verhalten der USA ab. Darüber hinaus könnte China auf andere Weise auf amerikanische Handlungen reagieren: Es ist zum Beispiel denkbar, dass sich China davon abbringen ließe, tatsächlich zur Bedrohung zu werden, falls die Vereinigten Staaten es als eine ernste Bedrohung behandeln würden.

Um die Schwierigkeiten zu sehen, lassen Sie uns die Sache umkehren. Es scheint evident, dass etliche Führer der Kommunistischen Partei Chinas die USA als politische »Bedrohung« betrachtet haben, seit riesige Menschenansammlungen auf dem Tiananmenplatz in der Krise von 1989 westliche Ideale zitierten. Wenn China die USA also als »politische Bedrohung« behandelt, bedeutet dies dann, dass wir auch zu einer werden? Nein. Wer wir sind und was wir tun, hängt nicht von Chinas Bedrohungswahrnehmung ab.

Der »Bedrohungs«-Aphorismus ist eine aufgefrischte Variante eines früheren, kohärenteren Klischees. Mitte der neunziger Jahre prägte Professor Joseph Nye, damals in der Clinton-Regierung, den Satz: »Wenn man China wie einen Feind behandelt, wird es

ein Feind werden.« Ob irgendeine Person oder irgendein Land ein Feind ist, ist in erster Linie eine Frage subjektiver Definition, eine Einstellung; ein Land ist ein Feind, wenn wir es sagen – daher machte Neys Formulierung mehr Sinn. Diese Unterscheidung sollte man im Gedächtnis behalten. Eine Bedrohung muss kein Feind sein, und ein Feind keine Bedrohung.

»Ideologisch« Wer in den USA für die Förderung der Menschenrechte und die Demokratie in China eintritt, wurde in den letzten Jahren zuweilen mit einem neuen Etikett bedacht: »ideologisch«. Das ist ein seltsamer Wortgebrauch, da »ideologisch« ursprünglich eine umfassende Weltsicht wie den Marxismus oder den Nationalsozialismus bezeichnete, nicht einfach den Glauben an eine demokratische Regierung oder an Selbstbestimmung. Unter dieser neuen Definition war auch Woodrow Wilson »ideologisch«, so wie Thomas Jefferson, Mahatma Gandhi oder Martin Luther King jr.

Leider wurde aufgrund der Art, wie die Regierung von George W. Bush und ihre neokonservativen Anhänger den Regimewechsel im Irak betrieben, die Sache der Demokratieförderung beschädigt und geriet als »ideologisch« in Verruf. Erst als sich die ursprünglich angeführten Kriegsgründe (Saddam Husseins angebliche Massenvernichtungswaffen und seine vermeintlichen Verbindungen zu Al-Qaida) als haltlos erwiesen hatten, verlegte sich Bush auf die Herstellung demokratischer Verhältnisse als Hauptgrund für den Irakkrieg. Die Neokonservativen hatten schon vor dem letzten Irakkrieg die Demokratieideale von Woodrow Wilson für sich wiederentdeckt, verknüpften sie aber so eng mit dem Einsatz militärischer Gewalt und der Verfolgung amerikanischer Interessen, dass als dadurch die Unterstützung für die Sache der Demokratie in anderen Teilen der Welt wie China geschwächt wurde.

Veränderungen in einem politischen System anzustreben, das jede organisierte Opposition ausmerzt, ist nicht »ideologisch« im ursprünglichen Sinne des Wortes; »idealistisch« wäre ein zutref-

fenderer und angemessenerer Terminus. Doch in Amerikas gegenwärtigem Sprachgebrauch wird die Förderung der Demokratie zunehmend als »ideologisch« verunglimpft.

Es ist interessant zu beobachten, dass im herrschenden Sprachgebrauch hingegen nicht als ideologisch gilt, was sehr wohl ideologisch sein könnte: die unbeirrbare Verpflichtung zum Freihandel. Jene, die im Freihandel den unfehlbaren Wegbereiter der Demokratie sehen oder alle anderen Prioritäten den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit untergeordnet wissen möchten, sind keinen Deut weniger doktrinär als die Verfechter der Demokratie. Doch unser gegenwärtiger Sprachgebrauch suggeriert, dass die Fürsprecher des Freihandels irgendwie von Natur aus vernünftig und nüchtern sind, während jene, die auf demokratischen Prinzipien beharren, als realitätsfremd gelten. In Wirklichkeit ist zuweilen genau das Gegenteil der Fall.

* * *

Die fortgesetzte Verwendung dieses verharmlosenden Wortschatzes wirft eine breitere Frage auf: Wie lässt sich der gediegene intellektuelle Überbau erklären, der dazu dient, eine öffentliche Diskussion über den Mangel an Demokratie in China zu vermeiden? Warum zeigen sich so viele führende amerikanische Experten und Intellektuelle so bemerkenswert gleichgültig gegenüber der fortdauernden Unterdrückung jeder organisierten Opposition im bevölkerungsreichsten Land der Welt? Es stimmt schon, dass etliche dieser Fachleute auf eine Arbeit verweisen können, die sie zu diesem Thema veröffentlicht haben; gewöhnlich jedoch wird solche Kritik nur beiläufig, im Privaten oder im Kreis der Fachkollegen geäußert. Die Volksrepublik China verurteilen? Öffentlich Entrüstung bekunden? Vor dem Kongress aussagen oder mit der Presse sprechen? Nur wenige sind dazu bereit. Warum?

Der beste Einstieg zum Verständnis der Einstellungen, die Chinaexperten gegenüber der Volksrepublik hegen, besteht darin, die Spannung zwischen zwei Denkansätzen in Bezug auf die amerika-

nisch-chinesischen Beziehungen zu untersuchen, die scheinbar in Konflikt miteinander liegen und häufig, aber jeweils in unterschiedlichen Kontexten, von führenden amerikanischen Experten vertreten werden.

Einerseits suggerieren die Chinaexperten regelmäßig, dass die Bande zwischen Washington und Peking schrecklich fragil seien. Häufig hat man uns gewarnt, die Beziehung könnte auseinanderbrechen. Harry Harding, einer der führenden Chinaexperten der USA, nannte seine Geschichte der neueren amerikanisch-chinesischen Beziehungen *A Fragile Relationship* (»Eine zerbrechliche Beziehung«). Wann immer im Kongress oder der Presse ein öffentlicher Streit über China entbrennt, wird der eine oder andere Chinaexperte seine Kollegen warnen: »Halten Sie Ihre Hüte fest, wir kommen in stürmische See« – eine Metapher, die gut zum Ausdruck bringt, dass für viele Chinaexperten Kritik an der Volksrepublik China wie ein Unwetter ist, und das vorrangige Ziel der amerikanischen Chinapolitik darin bestehen sollte, Kontroversen zu vermeiden.

Zu dieser Auffassung gehört häufig die Behauptung, in Washington hätten sich mächtige Kräfte versammelt, um die amerikanische Beziehung zur chinesischen Führung zu zerstören. Man darf raten, welche Kräfte damit gemeint sein könnten, denn sie wechseln von Jahr zu Jahr: Menschenrechtsorgansationen, voreingenommene Demokraten, voreingenommene Republikaner, die »Taiwan-Lobby«, engstirnige Fabrikanten, Gewerkschaften. Im Gegensatz dazu präsentieren sich die Befürworter der herrschenden Politik der Einbindung gegenüber Peking gerne als isoliert und politisch schwach.

Stellen wir nun dem beständigen Eindruck der Chinaexperten von der Fragilität der amerikanisch-chinesischen Beziehungen eine andere, damit kontrastierende Idee gegenüber, die ebenfalls von führenden amerikanischen Sinologen geäußert wird: Dass nämlich die amerikanische Chinapolitik in den letzten 35 Jahren seit Nixons Öffnung Anfang der siebziger Jahre im Wesentlichen unverändert geblieben sei. »In sieben Legislaturperioden ist die US-Politik ge-

genüber China bemerkenswert stabil geblieben und könnte als ›abgesicherte Integration‹ bezeichnet werden«, schrieb der bedeutende Chinakenner David M. Lampton kürzlich in einem Essay.[7]

An Lamptons Feststellung sind Abstriche erlaubt, denn es gab, wie wir noch im vierten Kapitel sehen werden, gelegentliche Störungen in der amerikanischen Chinapolitik. Im Großen und Ganzen ist Lamptons These jedoch zutreffend: Die Grundzüge der Chinapolitik von Nixon und Kissinger sind in den letzten 35 Jahren gleich geblieben. Und die Vertreter dieser Politik – ob wir sie wie üblich »Einbindung« nennen oder, mit Lampton, »abgesicherte Integration« – geben in der amerikanischen Chinapolitik heute den Ton an.

Doch, halt: Wenn die amerikanische Politik so stabil erscheint und es tatsächlich auch war, warum gilt sie dann als zerbrechlich? Und warum stellen sich die Vertreter dieser Politik als politisch schwach dar? Unter jeder Regierung, ob demokratisch oder republikanisch, bekleiden die Verfechter der Einbindung Chinas die meisten, wenn nicht alle Top-Positionen in der Chinapolitik. Auf der Arbeitsebene der Regierung im Weißen Haus, im Außenministerium und der CIA und häufig auch im Pentagon besetzen die Einbindungsbefürworter fast immer die Schlüsselposten. Die meisten Chinaexperten in Universitäten und Denkfabriken der USA sind ebenfalls nachdrücklich für die Idee der Einbindung, wie auch die Aufsichtsräte und Vorstände der meisten Fortune-500-Unternehmen.

Kurz, wo es um die Chinapolitik geht, beherrschen die Vertreter der Einbindung unangefochten das Feld. Warum haben sie dann ein so übertriebenes Gefühl der Verwundbarkeit? Wie können wir diesen scheinbaren Widerspruch erklären? Um dies zu verstehen, müssen wir auf das letzte halbe Jahrhundert der amerikanischen Geschichte zurückblicken und darauf, wie es die gegenwärtige Generation der Chinaexperten erlebt hat.

* * *

Jede Untersuchung der Chinaexperten muss mit dem bitteren Erbe der McCarthy-Zeit beginnen. Am 1. Oktober 1949 gaben Mao Zedong und seine Kommunistische Partei die Gründung der Volksrepublik China bekannt, nachdem sie im Bürgerkrieg gegen Chiang Kai-sheks nationalistisches Regime (Kuomintang) obsiegt hatten. Chiang Kai-shek hatte beträchtliche amerikanische Hilfe erhalten, und im Gefolge seiner Niederlage entbrannte in den USA eine bittere Debatte darüber, wer China »verloren« hatte. In den frühen fünfziger Jahren zettelte Senator Joseph McCarthy seinen Kreuzzug gegen mutmaßliche kommunistische Agenten und andere Subversive in der US-Regierung an.

In jenem Jahrzehnt wurden mehrere führende Chinaspezialisten Amerikas aus ihren Ämtern im Außenministerium gedrängt. Wer in den dreißiger und vierziger Jahren Sympathien für die chinesischen Kommunisten geäußert hatte, war in Gefahr. In der Zwischenzeit waren Beziehungen zwischen Amerika und China praktisch nicht vorhanden. Die Vereinigten Staaten unterhielten keine diplomatischen Beziehungen und tatsächlich keinerlei wie immer gearteten Kontakte zu Peking. Vertreter der beiden Länder trafen nur auf internationalen Konferenzen in Genf aufeinander – zumeist nur, um sich böse Blicke zuzuwerfen –, gelegentlich kam es zu kurzen Treffen in Warschau. In der akademischen Welt war China ein enges und eingegrabenes Spezialgebiet.

Dann änderte sich die Lage schlagartig. 1971 gab Präsident Nixon bekannt, dass er seinen Nationalen Sicherheitsberater Henry Kissinger auf geheime Mission nach China geschickt habe und er selbst im darauffolgenden Jahr nach China reisen würde. Bis 1973 hatten die USA eine Vertretung (eine inoffizielle ständige Gesandtschaft) in Peking, und Ende 1978 gab Präsident Carter die Aufnahme formeller diplomatischer Beziehungen mit China bekannt.

Diese Entwicklung führte zur Wiederbelebung der Sinologie in den USA. Es ist kaum möglich, die Aufgeregtheit und den Zauber zu beschreiben, die Chinas Öffnung damals heraufbeschwor. Wer die Volksrepublik China bis dahin nur aus Büchern kannte und

nur von außen hatte studieren können – von Taiwan oder Hongkong aus –, konnte nun nach Peking oder Schanghai reisen. Diese Kontakte wurden für gewöhnlich kontrolliert; tatsächlich gründeten die Regierungen der USA und Chinas offizielle Stellen, die Reisen für Wissenschaftler und andere arrangierten. Aber trotz der Kontrollen waren diese Reisen vom Standpunkt der Wissenschaftler zweifellos besser als nichts. Daheim in den USA eröffneten sich nun neue Karrierechancen; die US-Regierung fing wieder an, Chinakenner einzustellen. Doch wieder wusste niemand, wie lange all diese Veränderungen anhalten würden. In dieser Frühphase war die Beziehung zwischen den USA und China in der Tat zerbrechlich.

So sah das Klima für junge Sinologen Anfang der siebziger Jahre aus. Die angehenden Chinaexperten, die damals studierten, besetzen heute hochrangige Positionen auf diesem Gebiet. Wer zur Zeit von Nixons Chinareise 1972 zwischen 20 und 30 war, der war im Jahr 2007 zwischen 55 und 65. Diese Menschen wurden zu einer Zeit erwachsen, als Amerika aufregende neue Beziehungen zu China aufgenommen hatte, gleichzeitig die McCarthy-Ära mit all ihrer Hässlichkeit jedoch noch frisch im Gedächtnis war. Das Gefühl, dass irgendein Demagoge oder irgendwelche Kongressanhörungen die amerikanisch-chinesischen Beziehungen jederzeit in eine Eiszeit wie in den fünfziger Jahren zurückwerfen könnten, hatte sich ihnen tief eingegraben.

Dazu kam es natürlich nie. Jahrzehntelang machten die Chinaexperten ungehindert Karriere. Einige von ihnen etablierten sich so gut und knüpften so enge Bande zur amerikanischen Politik, dass sie zwischen Universität und Regierung hin- und herwechselten. Doch immerzu begleitete sie die Sorge um einen Rückfall in die McCarthy-Zeit. Wann immer, besonders im Kongress oder in den Nachrichtenmedien, Kritik am chinesischen Regime auflebte, sah man dies folglich als bedrohlich an, überzeugt, dass die Chinapolitik im Stillen betrieben werden und so weit wie möglich in der Hand der Exekutive belassen werden sollte.

Dies ist der Hintergrund, vor dem wir das Bemühen amerikanischer Intellektueller in den letzten Jahrzehnten, die fortdauernde Unterdrückung anderer Meinungen durch das chinesische Regime wegzuerklären, untersuchen müssen. Die amerikanische Öffentlichkeit allgemein ist vehement gegen politische Repression, und der Kongress neigt dazu, diese öffentliche Meinung weit getreuer widerzuspiegeln als etwa das Außenministerium oder der Nationale Sicherheitsrat. Folglich ist die Erinnerung an das Wesen des chinesischen Systems – wann immer wieder einmal chinesische Regimegegner ins Gefängnis geworfen werden oder sich die Kommunisten zur einzigen erlaubten politische Kraft erklären – amerikanischen Chinaexperten etwas unangenehm. Sie weckt die Angst, das alte Gespenst, dass sich der Kongress und die öffentliche Meinung in Amerika zu sehr über China erregen.

So haben die Chinaexperten über die Jahre eine Reihe von Erklärungen geliefert. Zuerst behauptete man, in Mao Zedongs Regime spiegele sich tatsächlich der allgemeine Wille des chinesischen Volkes wider, auch wenn es keine Wahlen gab, um diese Behauptung zu beweisen. China, so wurde gesagt, sei in kultureller Hinsicht anders als der Westen; es gäbe hier keine Notwendigkeit für Formalitäten wie Abstimmungen, Meinungsumfragen oder Wahllokale.

Anfang der achtziger Jahre, nach Maos Tod und Deng Xiaopings Übernahme der Parteiführung, begannen Amerikas Chinaexperten anzudeuten, Deng trage sich mit der Absicht einer Liberalisierung des politischen Systems. Tatsächlich war Deng Xiaoping dabei, die chinesische Wirtschaft radikal umzukrempeln; in den USA äußerten einige Chinaexperten die Ansicht, dass er zusammen mit den Wirtschaftsreformen ausgedehnte politische Reformen im Sinn habe.[8]

Dieser Glaube zerstob 1989, als Deng Xiaoping die Volksarmee in Marsch setzte, um sich den Weg durch das Pekinger Stadtzentrum freizuschießen und die Protestdemonstrationen zu beenden, die bis zu einer Millionen Menschen auf dem Tiananmenplatz zu-

sammengeführt hatten. In den Wochen und Monaten nach dem Massaker änderten einige amerikanische Chinaexperten ihre Meinung über den gebotenen Umgang mit dem Regime.[9] Viele andere jedoch beschränkten ihre Verurteilungen auf ein Minimum und widmeten ihre Energien stattdessen rasch der Bewahrung des Status quo, besonders den in den siebziger Jahren zu China geknüpften Banden.

Es war nicht mehr plausibel zu behaupten, die chinesische Regierung genieße die Unterstützung der Öffentlichkeit. Deng Xiaoping war, wie sich herausstellte, kein Befürworter einer politischen Liberalisierung. Das brutal undemokratische Wesen dieses Regimes lag für alle offen zutage. In der Zwischenzeit bewiesen die Geschehnisse in Nachbarländern Chinas wie Südkorea und den Philippinen, dass Demokratie nicht nur ein westliches Konstrukt war, sondern auch zu Ostasien passte.

Die alte Losung, die Kommunistische Partei Chinas verkörpere den Willen des chinesischen Volkes, wurde mit dem Massaker von 1989 unhaltbar, und das Gleiche gilt für die Hoffnung, die Kommunistische Partei stünde kurz davor, einen politischen Wandel in die Wege zu leiten. Was war zu tun? Es dauerte ein paar Jahre, doch schließlich tauchte eine Lösung auf. Das Argument lautete wie folgt: Selbst wenn Chinas Regime höchst repressiv war und es keinerlei Belege für seine Absicht gab, das System in naher Zukunft zu ändern, würde die Demokratie trotzdem zwangsläufig nach China kommen. Handel und zunehmender Wohlstand würden im Zusammenspiel einen dramatischen politischen Wandel herbeiführen, selbst wenn ihn die chinesische Führung nicht wolle oder sich ihm widersetze.

Das Schöne an dieser Argumentation war aus Sicht ihrer Vertreter, dass sie sich nicht ganz so leicht widerlegen ließ wie die früheren. Wenn man behauptet, die Kommunistische Partei Chinas verkörpere die Gefühle des Volkes, wird man früher oder später durch einen widrigen Vorfall wie das Tiananmen-Massaker Lügen gestraft. Wenn man prognostiziert, dass sich die gegenwär-

tige chinesische Regierung mit der Absicht trage, die Demokratie einzuführen, kann man vielleicht einige Leute überzeugen, eine Zeit lang darauf zu warten, aber nach ein paar Jahren werden womöglich selbst die leichtgläubigsten Zuhörer fragen, warum die chinesische Führung weiterhin jede organisierte politische Opposition verbietet.

Behauptet man aber, dass die Demokratie durch das Wirken tiefgreifender historischer Kräfte und die Magie des Handels eines Tages in ferner Zukunft unweigerlich in China Einzug halten wird, ist man aus dem Schneider. Die heutige Realität fortgesetzter Repression widerspricht der eigenen Argumentation nicht, weil nach dieser These die Handlungen und Absichten der chinesischen Führung irrelevant sind. Die Demokratie – so lautet die Theorie – wird einfach in diesem oder einem anderen Jahrzehnt ankommen, mit oder ohne Unterstützung der Führung. Besser noch, niemand außerhalb Chinas muss irgendetwas dafür tun oder auch nur länger darüber nachdenken. Warum sich die Mühe machen, gegen eine Unterdrückungsmaßnahme zu protestieren oder China zu drängen, eine politische Opposition zuzulassen, wenn man weiß, dass die Demokratie aufgrund der unerbittlichen Gesetze der Geschichte sowieso kommen wird?

Dieses letzte Argument, dass die Demokratie irgendwann nach China kommt, ganz gleich was seine Führung tut oder will, ist natürlich das Beschwichtigungsszenario. Damit haben die Chinaexperten endlich eine Formel, die es Amerika erlaubt, Beziehungen zur Volksrepublik China zu pflegen, ohne sich allzu sehr um ihren Mangel an Demokratie zu grämen; das politische System wird sich wandeln, ganz gleich, was wir tun. Langfristig wird alles gut. Fürs Erste ist das Beste, was wir tun können, weiter Handel mit China zu treiben, weil der Handel eines Tages zur Demokratie führen wird. Dies ist die Glaubenslehre, der die amerikanische Chinapolitik seit beinahe 15 Jahren folgt.

* * *

Am 22. Februar 2000 veröffentlichte die *Washington Post* auf ihrer Titelseite einen interessanten Bericht über China, der ein Eigenleben entwickelte. Die Zeitung berichtete über eine Gruppe in Washington namens »Blue Team«, eine »lose Allianz von Kongressmitgliedern, Kongressmitarbeitern, Experten aus Denkfabriken, republikanischen Parteifunktionären, konservativen Journalisten, Taiwan-Lobbyisten, ehemaligen Nachrichtendienstoffizieren und einer Hand voll Akademikern«. Sie alle, so berichtete die Zeitung, »teilen die Ansicht, dass ein aufstrebendes China große Risiken für die vitalen Interessen Amerikas berge«.[10]

Die Story stimmte. Es gab tatsächlich eine lockere Allianz von Falken, die vor China warnten. Einige ihrer Mitglieder befleißigten sich extravaganter Übertreibungen über das Ausmaß der chinesischen Bedrohung für die USA und mühten sich, Leute mit gegenteiliger Meinung mit Schimpfwörtern wie »Panda-Kuschler« zu verunglimpfen. Einige dieser Falken nannten sich in einem Anfall von Selbstüberhöhung das »Blue Team«.[11]

Doch die Bezeichnung »Team« war etwas überzogen. Der Artikel der *Washington Post* räumte auch ein, dass die Gruppe weniger organisiert war, als der Ausdruck nahelegte. Das angebliche Team hatte keine Mitgliedsausweise und hielt keine formellen Treffen ab, einige seiner angeblichen Mitglieder vertraten vehement andere Meinungen als andere. Aber solche Feinheiten gingen in der sich anschließenden Debatte unter, und in den folgenden Monaten und Jahren sprachen Kommentatoren in den Vereinigten Staaten und Asien vom Blue Team, als wäre es eine einzelne, gut organisierte Verschwörergruppe.

Wegen der großen öffentlichen Aufmerksamkeit für das Blue Team übersah man gewöhnlich den Rest der Geschichte, nämlich jene Personengruppe, die in den Chinadebatten auf der anderen Seite steht und im Gegenteil bestrebt ist, Konflikten mit der Volksrepublik China aus dem Weg zu gehen. Auch sie bildeten mit den Worten der Zeitung eine »lockere Allianz« von Kongressmitgliedern, Kongressmitarbeitern, Mitgliedern von Denkfabriken, Aka-

demikern, Lobbyisten für die Volksrepublik China und Managern oder Rechtsanwälten von in China tätigen multinationalen Konzernen. Auch sie neigten dazu, zusammenzuarbeiten, einander zu konsultieren, Pläne und Strategien auszutauschen und sich täglich über ihre kleinen Mailboxnetze miteinander auszutauschen.

Die Anführer vom Blue Team gaben dieser rivalisierenden Gruppe von Chinaspezialisten den Spitznamen »Red Team«. Auch dies war eine Übertreibung: Das Red Team war ebenfalls keine organisierte Verschwörung. Doch das fortwährende Trauerspiel der amerikanischen Unfähigkeit, mit China umzugehen, lag in den endlosen Manövern dieser beiden rivalisierenden Lager. Jede Gruppe fühlte sich mit mehr als nur ein bisschen Selbstmitleid schwach, unorganisiert und hilflos angesichts der überwältigenden Macht ihres Gegners.

Die Polarisierung war so groß, dass sich jedes neue Ereignis oder Thema, das mit China zu tun hatte, in Washington rasch zu einer giftigen Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen auswuchs. Mitglieder des Blue Team bezeichneten ihre Gegner nicht selten als Werkzeuge Pekings oder »Panda-Kuschler«, Angehörige des Red Team nannten ihre Gegner »Chinafresser«. Inmitten dieser Beschimpfungen und Parteistreitigkeiten war es in Washington häufig schwer, sich mit China selbst auseinanderzusetzen.

Kapitel 3

Der Starbucks-Trugschluss

Vor ein paar Jahren, im Juni 2004, stellte der Kolumnist Nicholas D. Kristof zum 15. Jahrestag des Tiananmen-Massakers in der *New York Times* Überlegungen an, welche Fortschritte China seither gemacht hatte und wohin es steuerte. Dabei äußerte er auch einen der verbreitetsten amerikanischen Irrtümer über die politische Zukunft Chinas.

Mit einem, so betonte Kristof, hätten die Hardliner in der Führung der Kommunistische Partei, die den gewaltsamen Einsatz der Volksbefreiungsarmee 1989 unterstützt hatten, Recht gehabt. Dass nämlich die westlichen Investitionen in China den Wunsch nach »bourgeoisen« demokratischen Freiheiten mit sich bringen würden. »Sie [die Hardliner] wussten, dass die Revolution am Ende war, nachdem die Chinesen Eddie Murphy sahen, enge pinkfarbene Kleider trugen und sich durch die große Auswahl bei Starbucks probieren konnten. *Keine Mittelschicht gibt sich mit einer größeren Auswahl von Kaffee als von Kandidaten auf einem Stimmzettel zufrieden.*«[1]

In einer Hinsicht war dies lediglich eine andere Version der im ersten Kapitel beschriebenen McDonald's-Euphorie: Sobald die Menschen bei McDonald's essen oder Kleider von Gap tragen, verkünden amerikanische Beobachter eilends, dass sie sich uns angleichen und ihr politisches System deshalb wie das unsrige wird. Doch Kristofs Worte lohnen eine eingehendere Betrachtung, weil sie ein Fenster zu unseren verborgenen, fragwürdigen Annahmen über die chinesische Mittelschicht öffnen.

Noch einmal: »*Keine Mittelschicht gibt sich mit einer größeren Auswahl von Kaffee als von Kandidaten auf einem Stimmzettel zufrieden.*« Hier wollte Kristof, ausgehend von der jüngsten Geschichte in anderen Weltteilen, etwas für ihn Offensichtliches zum Ausdruck bringen: Sobald das chinesische Volk genug Geld für Konsumgüter und andere Attribute des Lebensstils der Mittelschicht hat, wird es früher oder später auf ein demokratisches System drängen.

Wird es das wirklich? Werden die neureichen, Starbucks-Kaffee schlürfenden, Wohnungen kaufenden und Auto fahrenden Bewohner von Chinas größten Städten tatsächlich zur Avantgarde der Demokratie in China werden? Oder wäre es möglich, dass diese chinesische Elite der Mittelschicht sich entweder dem Ruf nach Demokratie verschließt oder sogar zur treibenden *antidemokratischen* Kraft wird?

Die chinesische Zukunft, die Amerikanern vorschwebt, folgt einer simplen Logik. Erstens: China wird heute von der Kommunistischen Partei beherrscht. Zweitens: In China entsteht eine Mittelschicht. Drittens: Letztendlich werden diese beiden Kräfte aufeinanderprallen, und die Mittelklasse wird die Kommunistische Partei zwingen, den Weg zur Demokratie freizumachen.

Was China betrifft, läuft eine solche Vision auf Wunschdenken hinaus, das zu viele Unwägbarkeiten außer Acht lässt. Keine Erwähnung findet zum Beispiel Chinas Landbevölkerung, seine städtischen Arbeiter und die Dutzende von Millionen Arbeitsmigranten, die heute in chinesischen Städten leben. Übersehen wird dabei auch die entscheidende Wirkung, die diese anderen Gruppen innerhalb der chinesischen Gesellschaft auf Chinas Mittelschicht und ihre Einstellung zur Demokratie ausüben könnten.

* * *

Um dies zu verdeutlichen, wende ich mich noch einmal den Nachbarländern Chinas in Ostasien zu. In seiner Kolumne brachte Kri-

stof die landläufige Meinung zum Ausdruck, dass die Demokratie »in etwa auf die gleiche Weise« nach China kommen werde, »wie die Demokratie Südkorea und Taiwan infiltrierte«.[2]

Wie im ersten Kapitel gesehen, unterscheiden sich Südkorea und Taiwan in mehrerlei Hinsicht von China. Chinas Sicherheit hängt nicht von den USA ab, die während der achtziger Jahre in entscheidenden Momenten sowohl in Taiwan als auch in Südkorea vehement auf eine Öffnung zur Demokratie drängten. Darüber hinaus ist China geografisch viel größer als Taiwan und Südkorea; es hat ein riesiges Binnenland, das nicht von den intellektuellen und politischen Strömungen der ostasiatischen Küstengebiete losgekoppelt ist.

Es gibt außerdem noch einen weiteren Unterschied zwischen China auf der einen und Südkorea und Taiwan auf der anderen Seite. Dieser Faktor hat enorme Bedeutung für jede Erwägung, wie die chinesische Mittelschicht auf die Idee der Demokratie reagieren wird. Chinas entstehende urbane Mittelklasse ist lediglich ein winziger Bruchteil der Gesamtbevölkerung des Landes – viel kleiner als in Taiwan oder Südkorea. In China leben schätzungsweise 800 bis 900 Millionen Bauern. Die meisten von ihnen leben in ländlichen Regionen, obwohl 100 Millionen oder mehr als Migranten an den Rändern chinesischer Städte arbeiten oder nach Arbeit suchen.

Das alte Verhältnis von Land- zu Stadtbevölkerung in der Ära von Mao Zedong war grob gerechnet eins zu vier: Vier Bauern auf dem Land kamen auf einen Stadtbewohner. Heute ist das Verhältnis, vor allem aufgrund der Landflucht, erheblich kleiner, grob gerechnet zwei zu eins. Aber an der Bedeutung dieses gewaltigen Ungleichgewichts hat sich nichts geändert: Wenn China landesweite Wahlen abhielte und die Bauern nach ihren eigenen Interessen abstimmten, die sich von jenen der Starbucks-Schlürfer in den Städten unterscheiden, würde die städtische Mittelschicht verlieren. Die Marge wäre nicht klein, wie etwa zwischen den roten und blauen Staaten bei den jüngsten amerikanischen Wahlen. Auf einer Wahlkreiskarte Chinas würden die größten Städte wie Schanghai,

Peking, Tianjin und Guangzhou wie kleine Goldsterne auf der chinesischen Flagge wirken – umzingelt von einem Meer aus Rot.

Rechnet man die Bevölkerung von Chinas zehn größten Städten zusammen – Schanghai, Peking, Tianjin, Wuhan, Shenyang, Chongqing, Guangzhou, Chengdu, Xi'an und Changchun –, erhält man eine Gesamteinwohnerzahl von rund 62 Millionen Menschen. Diese Zahl ist größer als die Bevölkerung Frankreichs, Großbritanniens oder Italiens. Aber für China ist das nicht viel. Es sind lediglich 5 Prozent der chinesischen Gesamtbevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen.

Daher das Paradox: Die Entstehung einer chinesischen Mittelschicht in den Städten ist weit signifikanter, verglichen mit dem Rest der Welt als im Verhältnis zur chinesischen Gesamtbevölkerung. Für multinationale Konzerne, die Konsumgüter wie Seife, Autos oder Deodorant verkaufen, ist der rapide Anstieg des verfügbaren Einkommens in den größten Städten Chinas von immenser Bedeutung. Allein Schanghai ist als Markt mit Seoul, Taipeh oder Tokio vergleichbar und nach Schanghai kommen noch viele andere Städte. Die Rechnung ändert sich jedoch, wenn man statt auf die Vermarktung von Konsumgütern auf die Demokratie schaut. Bei nationalen Wahlen wäre die neue chinesische Mittelschicht, die Starbucks-Klientel, eine unbedeutende Größe. Die Angehörigen der Mittelschichtavantgarde in den chinesischen Städten haben allen Grund zu befürchten, bei nationalen Wahlen überstimmt zu werden.

Dazu reichte schon ein Blick auf die Bevölkerungsstatistik. Zudem haben die Stadtbewohner noch einen gewichtigeren Grund, die Demokratie zu fürchten. Die Kommunistische Partei Chinas war nicht gerade unparteiisch bei der Behandlung von Stadt- und Landbevölkerung, im Gegenteil: Ihre Politik hat die Städte gegenüber dem Land stark bevorzugt. Das galt selbst unter Mao Zedong, als das Regime dafür sorgte, dass Brot und Reis in den chinesischen Städten billig blieben, und es gilt in immer stärkerem Maße für die drei Jahrzehnte seit Maos Tod. Als sich China von

einer Plan- auf eine Marktwirtschaft umstellte und seine Wirtschaft der Außenwelt öffnete, worauf das Land mit bemerkenswerten Wachstumsraten reagierte, waren es die Stadtbewohner, die dadurch reich wurden – oder zumindest viel wohlhabender, als sie es zuvor waren.

Der Landbevölkerung erging es nicht annähernd so gut. Das ist der Grund, warum es auf dem Land eine Welle von Protesten gab, ausgelöst von Landenteignungen, lokalen Steuern, Streitigkeiten über Dorfwahlen und ähnlichem Zwist. Und das ist auch der Grund, warum das chinesische Regime in den letzten Jahren besonders vor Massenbewegungen Angst hatte, die auf breiter Linie die Landbevölkerung erfassen und die Kontrolle der Kommunistischen Partei untergraben könnten. Angesichts von Falun Gong – jener quasi-religiösen Bewegung, die sich in den neunziger Jahren ausbreitete – befiel die chinesische Führung der Schrecken vor einem Gespenst aus der Vergangenheit: der Taipingaufstand, der im 19. Jahrhundert von Mittelchina aus die Qing-Dynastie in ihren Grundfesten erschütterte.

Kehren wir zu Kristofs Idee zurück, dass sich die chinesische Mittelschicht zusammen mit ihrer Kaffeeauswahl bei Starbucks eine Vielfalt politischer Kandidaten wünscht. Das könnte sich sehr wohl als richtig erweisen, wenn es in Wohngebieten der Mittelklasse, sagen wir in Pekings elegantem Haidian-Bezirk oder im ganzen Stadtgebiet Schanghais, zu Lokalwahlen käme. Es dürfte sich hingegen kaum bewahrheiten, wenn die Mittelschicht die Idee nationaler Wahlen erwägt, die darüber entscheiden, wer die Nation führen soll. Um ihre wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen, könnte sich die städtische Elite Chinas für einen Einparteienstaat statt für die Option »ein Bürger, eine Stimme« entscheiden.

*
* *

Um einen Blick in Chinas Zukunft zu werfen, brauchen wir ein besseres Verständnis davon, was derzeit das politische System Chi-

nas in Gang hält. Was steckt hinter dem Machtmonopol der Kommunistischen Partei und ihrer Unterdrückung Andersdenkender? Die übliche Antwort darauf ist die Kommunistische Partei selbst. Es wird häufig gesagt, dass sich die Partei und ihre 69 Millionen Mitglieder an ihre Macht und ihre Privilegien klammerten. Das beantwortet die Frage sicherlich zum Teil, aber nicht vollständig. Während die chinesische Wirtschaft in den letzten Jahren aufblühte, bildeten sich in der Gesellschaft auch starke wirtschaftliche und soziale Kräfte heraus, die bestrebt sein werden, die vorhandene Ordnung und ihre eigenen ökonomischen Interessen zu schützen. Die neue Mittelschicht in den Städten ist dabei, den Status quo ebenso lieb zu gewinnen wie die Kommunistische Partei selbst.

Danach könnte man für China für die kommenden Jahre zwei verschiedene Szenarien einer nichtdemokratischen Zukunft entwerfen. Erstens könnte die Kommunistische Partei mit Unterstützung der städtischen Eliten auf einige Jahrzehnte weiterhin die Macht in Händen halten. Zweitens könnte die Kommunistische Partei ihre Macht aufgeben oder zur Machtaufgabe gezwungen sein, jedoch durch ein Nachfolgeregime ersetzt werden, das ebenfalls keine Meinungsvielfalt und politische Opposition zulässt.

Warum nehmen wir an, dass notwendigerweise eine politische Liberalisierung oder eine Demokratie folgen würde, falls die Kommunistische Partei eines Tages ihre Macht verlieren sollte? Es sind andere Möglichkeiten vorstellbar. Nehmen wir zum Beispiel an, dass es der Kommunistischen Partei Chinas im nächsten Jahrzehnt nicht besser als in der vergangenen Dekade gelingt, die endemische Korruption im Land zu bekämpfen. Schließlich könnte die öffentliche Abscheu vor dieser Korruption einen Punkt erreichen, wo das chinesische Volk auf die Straße geht. Die chinesische Führung droht damit, die Armee zu rufen, erkennt jedoch, dass sie sich weder auf die Loyalität der Offiziere noch auf die der Soldaten verlassen kann. Und so müsste die Kommunistische Partei früher oder später weichen. Doch selbst dann: Wäre das Ergebnis eine chine-

sische Demokratie? Nicht notwendigerweise. Die städtische Mittelschicht Chinas könnte sich für ein Bündnis mit dem Militär und dem Sicherheitsapparat entschließen, um eine andere Form von autoritärem Regime zu stützen und sich darauf berufen, dies sei notwendig, um die Wirtschaft in Gang zu halten.

* * *

Die Amerikaner haben sich ihre Meinung über China häufig auf der Grundlage beschränkter oder verdrehter Informationen gebildet. Anfang der siebziger Jahre, zur Zeit von Nixons neuer Chinapolitik, als die ersten Gruppen von Amerikanern China besuchten, sprachen sie in erster Linie mit Kadern der Kommunistischen Partei oder mit Personen, die von der Partei ausgewählt worden waren. Diese Besucher hatten damals kaum eine Wahl: Ihre Reisen wurden kontrolliert, ihre Treffen unterlagen sorgfältigen Beschränkungen.

Was die Amerikaner in jenen Tagen von China sahen und erfuhren, war folglich nahezu ausschließlich das, was die Führung der Kommunistischen Partei Ausländern glauben machen wollte. Einige Patzer, die den Kadern dabei unterliefen, sind heute Legende. Während der Kulturrevolution stellten Parteifunktionäre der amerikanischen Schauspielerin Shirley MacLaine, die damals einen Dokumentarfilm über China drehte, einen chinesischen Nuklearwissenschaftler vor, den man zum Tomatenanbau in eine Volkskommune auf dem Land geschickt hatte. Der Wissenschaftler erklärte ihr, dass für ihn die Landarbeit genauso sinnvoll sei wie die Forschung über die Atomspaltung. Als MacLaine die Geschichte einige Jahre später dem neuen chinesischen Führer Deng Xiaoping erzählte, erwiderte dieser: »Er hat Sie angeschwindelt.«[3]

Entsprechend irrig waren die Vorhersagen, die die Amerikaner nach diesen ersten Chinareisen trafen. Am 10. September 1976, am Tag nach Maos Tod, schrieb der amerikanische Journalist Or-

ville Schell, der soeben in China ein Buch verfasst hatte, dass sich Maos Erbe und sein revolutionärer Geist als dauerhaft erweisen würden. »Ich glaube, dass […] Chinas politische Züge und das Leben des Durchschnittsmenschen weitgehend so bleiben werden, wie ich sie erlebt habe«, gab sich Schell überzeugt.[4] Nur wenige Jahre später berichteten amerikanische Autoren, darunter auch Schell selbst, mit flinker Feder von Chinas vollständiger Abkehr vom Maoismus.

Heute können Besucher viel mehr von China sehen. Annähernd eine Millionen Amerikaner reisen jedes Jahr ins Land. Das chinesische Ministerium für Staatssicherheit mag zwar immer noch im Hintergrund Wache stehen, dennoch genießen die Besucher unvergleichlich größere Freiheiten. Touristen können praktisch nach Belieben China durchstreifen. Amerikanische Forscher kontaktieren regelmäßig chinesische Forscher, Manager sprechen mit ihren chinesischen Partneren, stellen Chinesen ein und arbeiten Seite an Seite mit ihnen.

Doch trotz all dieser vermehrten Kontakte und Bewegungsfreiheiten reisen Amerikaner aus China mit einem Bild des Landes ab, das immer noch schief ist, wenngleich auf andere Weise. Die Amerikaner verbringen die meiste oder gar die gesamte Zeit in den größten Städten, nicht den ländlichen Gebieten. Tatsächlich beschränken sich Reisende häufig auf Peking, Schanghai und eine Hand voll touristischer Sehenswürdigkeiten wie Xi'an, Hangzhou und Guilin. Amerikanische Forscher reisen regelmäßig nach China, aber ihre Konferenzen und ihr fachkollegialer Austausch finden gewöhnlich in Peking oder Schanghai statt. Die meisten ihrer Gespräche führen Amerikaner in China unweigerlich mit Regierungsvertretern und Staatsbediensteten, mit Forschern, Investmentberatern, Managern und Museumsführern, nicht mit Müllmännern, Bauarbeitern oder Straßenfegern.

Wenn daher Amerikaner von ihrer Ferien- oder Geschäftsreise nach China heimkehren und grobe Verallgemeinerungen über Land und Leute von sich geben, beruhen ihre Ansichten meist auf

ihrem Eindruck von der urbanen Mittelschicht in China. Die Heimkehrer erzählen dann, dass alles in »China« wie geschmiert laufe oder »die Chinesen« reich würden, in Wirklichkeit meinen sie jedoch die Eliten der Großstädte. Amerikanische Rückkehrer berichten manchmal, dass »die Chinesen, mit denen wir geredet haben«, glauben, dass die Demokratie ins Chaos führen oder dem Wirtschaftsboom schaden würde. Doch die Chinesen, die die Besucher zu Gesicht bekommen, sind nicht notwendigerweise repräsentativ für das gesamte Land. Es gibt andere Chinesen auf dem Land und Gemeinden von Arbeitsmigranten in den chinesischen Städten, die wenig oder gar nicht vom Wirtschaftsaufschwung profitieren.

Indem sie die ländlichen Gebiete ignorieren und annehmen, die städtischen Eliten repräsentierten China als Ganzes, wiederholen die Vereinigten Staaten ironischerweise einen alten Fehler. In den dreißiger Jahren knüpften die Amerikaner enge Bande zu Chiang Kai-sheks Kuomintang-Regierung und zur urbanen Mittelschicht, die unter ihrer Herrschaft aufzublühen schien. Dabei übersahen sie, wie die Politik der Kuomintang auf dem Land scheiterte und jenen Groll weckte, der zur chinesischen Revolution führte. Heute scheint die Kommunistische Partei Chinas, die Avantgarde der dreißiger und vierziger Jahre, das ländliche China so stark zu entfremden wie zuvor die Kuomintang.

Dies bedeutet nicht, dass es wie vor 60 Jahren abermals eine politische Revolution auf dem Land geben wird. Tatsächlich ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass Chinas gegenwärtiges Regime in der Lage sein wird, abweichende Meinungen und Proteste mithilfe der Polizei und der Sicherheitskräfte zu unterdrücken. Der Punkt ist vielmehr, dass die Verallgemeinerungen der Chinareisenden über ein glitzerndes, modernes China gewöhnlich die Hunderte von Millionen Chinesen auf dem Land außer Acht lassen, denen die Besucher bei ihren Reisen nach Peking und Schanghai nicht begegnet sind. In der Aufregung über den Anblick von Wolkenkratzern, Neonlicht, Fast Food und Mode gewinnen die amerika-

nischen Besucher Eindrücke von China, die nahezu ausschließlich von der Mittelschicht und den Eliten beeinflusst sind.

* * *

Die Unfähigkeit gewöhnlicher Amerikaner, sich mit dem chinesischen Einparteienstaat auseinanderzusetzen, beruht schlicht auf Fehleinschätzungen: auf der Illusion, dass China dem Modell von Taiwan und Südkorea folge; auf der Überschätzung der Bedeutung der chinesischen Mittelklasse. Unter führenden amerikanischen Intellektuellen, Politikern und Wirtschaftsvertretern sind die Ursachen indes komplexer. Hier findet man einen starken Unwillen, den Status quo in China infrage zu stellen, sowie die Bereitschaft, die fortdauernde Repression in China zu ignorieren oder wegzuerklären. Nicht selten stößt man, trotz des autoritären Wesens des Systems, auch auf eine ausgeprägte Sympathie mit den chinesischen Führern und ihren Problemen.

Lauscht man in den USA angestrengt der öffentlichen Debatte über die Chinapolitik, kann man manchmal eine Haltung heraushören, die man als »Solidargemeinschaft bedrängter Eliten« bezeichnen könnte. Ihre Botschaft lautet wie folgt:

> Die Guten in Amerika und die Guten in China müssen sich zusammenraufen, um ihre Gegner in beiden Ländern zu bekämpfen. Es gibt Kritiker in den USA, die eine härtere Politik gegenüber China wollen, und Falken in China, die eine härtere Politik gegenüber Amerika anstreben. Schließen wir uns gegen sie zusammen.

Das ist eine ungewöhnliche Version einer »Wir-gegen-sie-Mentalität«. Alle, Amerikaner wie Chinesen, werden nach einem schlichten Muster gemäß ihren Ansichten über die sino-amerikanischen Beziehungen eingeordnet. Wer enge Beziehungen zwischen den beiden Regierungen befürwortet, gehört zum eigenen Team. Ist dies nicht der Fall und stellt man, aus welchen Gründen auch immer, die herrschende Ordnung infrage, gehört man zum gegne-

rischen Team, egal, ob Amerikaner oder Chinese, und ganz gleich, welche Meinungen man im Einzelnen vertritt.

Betrachten wir die folgende Passage aus einem Buch des amerikanischen Sinologen und ehemaligen Präsidenten des National Committee for U.S.-China Relations David M. Lampton:

> Ein chinesischer Bekannter kommentierte mit Bezug auf den amerikanischen Nationalisten Patrick Buchanan und sein Pendant in der Volksrepublik China, Deng Liqun: »Ihr Amerikaner habt eure Fundamentalisten, wir haben die unsrigen«.[5]

Sein Name ist im Westen nicht sehr bekannt, aber Deng Liqun (mit Deng Xiaoping weder verwandt noch verschwägert) war in der Kommunistischen Partei Chinas jahrelang der prominenteste Vertreter der marxistischen Orthodoxie alter Prägung; in den achtziger und neunziger Jahren führte er mehrere Kampagnen gegen westliche oder kapitalistische Einflüsse in China. Buchanan ist ein führender amerikanischer Isolationist und Antikommunist. Diese beiden Männer haben fast entgegengesetzte Glaubensüberzeugungen, doch nach Lamptons Schema sind sie »Entsprechungen«, die in einen Topf geworfen werden, weil beide (aus unterschiedlichen Richtungen) die bestehende Beziehung zwischen Washington und Peking heftig kritisierten. Woraus wir schließen, dass ein »Fundamentalist« oder Extremist ist, wer sich gegen eine enge sino-amerikanische Partnerschaft ausspricht.

Eine irrige Behauptung, die von der Solidargemeinschaft bedrängter Eliten in den letzten Jahren in Umlauf gebracht wurde, lautet: »Die chinesischen Führer müssen genau wie die amerikanischen mit der öffentlichen Meinung in ihrem Land fertig werden.« Diese Aussage hat dabei durchaus ihren wahren Kern. Die öffentliche Meinung in China ist in der Tat zu einem wichtigeren Faktor geworden als früher. Moderne Kommunikationsmittel, einschließlich Internet und Handys, haben es leichter gemacht, außerhalb der offiziellen Presse private Meinungen zu verbreiten. Zudem nimmt die Kommunistische Partei Chinas zuweilen zur

Aufstachelung nationalistischer Gefühle Zuflucht (gegen Japan oder, weniger häufig, gegen die USA), um Unterstützung für das Regime zu mobilisieren. Und wann immer sie das tut, läuft sie Gefahr, dass diese Gefühle aus dem Ruder laufen.

Das Problem liegt beim nächsten Schritt, nämlich der Andeutung, dass chinesische und amerikanische Politiker im selben Boot säßen, weil beide Länder mit der öffentlichen Meinung und heimischer Opposition gegen ihre Politik fertig werden müssten. Damit übertüncht man den fundamentalen Unterschied zwischen den beiden politischen Systemen, denn das eine ist demokratisch, das andere noch immer leninistisch. Die heimische Opposition, die der chinesischen Führung Sorge bereitet, kommt aus dem Innern von Partei und Armee; eine andere Opposition ist nicht erlaubt, zumindest nicht in organisierter Form. Wenn die öffentliche Meinung der obersten chinesischen Führung lästig wird, kann sie sie durch Blockierung von Internetseiten und das Verbot öffentlicher Demonstrationen in die Schranken weisen – so geschehen im Frühjahr 2005, als eine Welle antijapanischer Demonstrationen ein bisschen über das von der Führung gewünschte Maß hinausschwappte.

*
* *

Die Neigung amerikanischer Eliten, sich mit öffentlicher Kritik an Chinas repressivem System zurückzuhalten, wird durch den Einfluss des Geldes nur noch verstärkt. Es gibt enorme und zunehmende Anreize für tonangebende Amerikaner, den Status quo in China zu stützen (oder zu argumentieren, dass er nicht infrage gestellt werden müsse, weil Handel und Investitionen die Lage irgendwie verbessern würden).

Die führenden Politiker und Kabinettsmitglieder in Washington wissen: Wer auf dem Feld der sino-amerikanischen Beziehungen aktiv wird und sich nicht als Pekingkritiker zu erkennen gibt, auf den warten nach dem Ausscheiden aus dem Staatsdienst lukrative Posten als Berater oder Fürsprecher von Managern, die unbedingt

ins Chinageschäft einsteigen möchten. Das ist natürlich eine alte Geschichte: Es war Henry Kissinger, der nach seinem Rücktritt als Außenminister vor langer Zeit mit seiner eigenen Beraterfirma, Kissinger Associates, amerikanische Bankiers und andere Manager nach Peking begleitete und das leuchtende Vorbild für diesen Karriereweg setzte.

Nun sticht Kissinger mit seiner Beratungstätigkeit nur aufgrund seiner überragenden Gebühren ins Auge; längst ist eine stetig wachsende Zahl ehemaliger amerikanischer Regierungsoffizieller seinem Beispiel gefolgt. Als die Clinton-Administration aus dem Amt schied, gründete ihr Nationaler Sicherheitsberater Samuel R. Berger die Firma Stonebridge International, die nach Art Kissingers Beratung über und Hilfe in China anbietet. Wie Kissinger hält sich Berger regelmäßig in China auf, wo er sich mit chinesischen Amtsträgern trifft; gleichzeitig kann er den Interessen seiner Geschäftskunden dienen. »Ich bin Regierungs- und Unternehmensberater und in der politischen wie der wirtschaftlichen Sphäre tätig«, erklärte Berger dem staatlichen Xinhua News Service auf einer seiner Chinareisen. »Meine zwei Identitäten sind wie zwei Hüte, aber sie fungieren beide als Brücke bei der Entwicklung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen.«[6]

Es wäre unfair, sich allein Berger herauszugreifen. Nachdem Clinton aus dem Amt geschieden war, gründete seine Außenministerin Madeleine K. Albright die Albright Group, sein Verteidigungsminister William S. Cohen rief die Cohen Group ins Leben. Beide Firmen beraten Unternehmen, die gerne ins Chinageschäft einsteigen möchten. Unternehmen, die eine Beratung über China mit eher republikanischem Einschlag suchen, können sich an Hills & Co. wenden (deren Direktorin die ehemalige amerikanische Handelsbeauftragte Carla A. Hills ist), an die Scowcroft Group (des ehemaligen Nationalen Sicherheitsberaters Brent Scowcroft) oder natürlich an Kissinger Associates.[7]

Washingtons führende Anwaltssozietäten konkurrieren in der Zwischenzeit ebenfalls um ehemalige Kabinettsmitglieder, die in

der Chinapolitik aktiv waren, und können sich wie Berger mit den »beiden Hüten« der Regierung und der Privatwirtschaft schmücken. Während Clintons erster Amtszeit diente Michael Kantor als amerikanischer Handelsbeauftragter und Handelsminister und verhandelte mit China über eine Reihe von Streitfällen um geistiges Eigentum. Dann wechselte er zu einer privaten Anwaltskanzlei, Mayer, Brown, Rowe & Maw, und nahm die beiden höchsten Chinaspezialisten aus dem Büro des US-Handelsbeauftragten mit. Kantors Nachfolgerin als Handelsbeauftragte, Charlene Barshefsky, handelte Chinas Eintritt in die Welthandelsorganisation aus und trat nach Clintons Ausscheiden aus dem Amt 2001 in eine andere private Washingtoner Wirtschaftssozietät ein, WilmerHale, wo sie die Leitung des Chinateams übernahm.

In den letzten Jahren wirken der Reiz und die finanziellen Verlockungen des Chinageschäfts nicht mehr nur auf die Spitzen der US-Regierung, sondern zunehmend auch auf gewöhnliche Beamte der Arbeitsebene. Vor 20 Jahren konnte ein Chinaspezialist, der das Außenministerium, die CIA oder das Pentagon verließ, chinesische Geschichte oder Mandarin an einer Universität unterrichten. Heute ist das üblichere Karrieremuster, sich aus öffentlichen Ämtern zurückzuziehen und als Chinaexperte bei einer Washingtoner Sozietät oder Beratungsfirma anzuheuern. Auch führende Chinaforscher haben entdeckt, dass sie nebenher Geld als Berater für Unternehmen verdienen können, die Geschäfte in China machen. Wenn Sinologen Zeitungskommentare schreiben, im Kongress aussagen oder an Seminaren teilnehmen, firmieren sie unter ihren Universitätstiteln. Nur selten werden ihre zusätzlichen finanziellen Interessen im Chinageschäft oder in der Beratung erwähnt. Um ein Beispiel zu nennen: In Zeitungsberichten und -kommentaren wird der Chinaexperte Kenneth Lieberthal im Allgemeinen als führender Sinologe oder Chinaspezialist der Universität von Michigan oder ehemaliger Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates beschrieben. Alle diese Bezeichnungen sind zutreffend, selten jedoch wird erwähnt, dass er auch die Funktion eines Direktors bei

Stonebridge International bekleidete, Bergers Beratungsfirma. (Tatsächlich ist Kissinger Gegenstand einer seltsamen Art von Diskriminierung: Bei seinen Zeitungskommentaren zu China muss er offenbaren, dass er mit dem Thema mögliche finanzielle Interessen verbindet. Von den meisten anderen Chinakommentatoren wird das nicht verlangt.)

Viele amerikanische Denkfabriken erhalten beachtliche Spenden von Managern und Unternehmen, die in China Geschäfte machen, und die Spender sind bestrebt, eine Politik zu fördern, die ihren finanziellen Interessen Schutz und Nutzen bietet. Die Denkfabriken wiederum veröffentlichen eine Flut von Studien und Berichten, die den Handel mit China und andere der amerikanischen Wirtschaft zuträgliche Politikfelder beackern. Einige der Institute gehen noch einen Schritt weiter, indem sie Großsponsoren mit ihren eigenen kommerziellen oder finanziellen Interessen in China eine Plattform und somit den Anschein von Objektivität und Unparteilichkeit geben.

Am eklatantesten war das Beispiel von Maurice (Hank) Greenberg, dem ehemaligen Chairman und CEO einer der größten amerikanischen Versicherer, American International Group (AIG). Die Firma hat große Tochterunternehmen in China; sie war der erste amerikanische Versicherer, der nach der chinesischen Revolution in der Volksrepublik tätig werden durfte. AIG wurde von Cornelius V. Starr gegründet, der sein erstes Versicherungsunternehmen 1919 in Schanghai aufbaute. Bei seinem Tod hinterließ er sein Vermögen einer Stiftung, der C.V. Starr Foundation. Greenberg war deren Direktor.[8]

Greenberg ist ein Mann von ausgeprägten Ansichten, besonders über China. Über die Jahre hat er Sympathie für die chinesische Führung und ihre Probleme geäußert und wiederholt die Idee verächtlich abgetan , dass die USA ihre Chinapolitik auf Menschenrechte und Demokratie ausrichten sollten. »Es gibt riesige Unterschiede in der Geschichte und Kultur verschiedener Länder, daher ist es unrealistisch, von China ein politisches System zu erwarten,

das mit irgendeinem anderen vergleichbar ist«, schrieb er kürzlich.[9] Mit dieser Meinung steht Greenberg kaum allein, allerdings hat er bei ihrer Verbreitung eine außerordentliche Rolle gespielt. Durch seine Funktion als Direktor der C.V. Starr Foundation wurde er zu einem der größten Spender des Council on Foreign Relations, der Asia Society, des Nixon Center (das die Zeitschrift *National Interest* herausgibt), des Atlantic Council und mehrerer Washingtoner Denkfabriken, angefangen von der liberalen Brookings Institution bis zur konservativen Heritage Foundation. Einige Spendenempfänger gaben Greenberg Leitungsfunktionen in ihren Gremien. So diente er als stellvertretender Direktor des Council on Foreign Releations, Präsident des Nixon Center und Direktor der Asia Society. Zuweilen versuchte Greenberg aggressiv, diesen Instituten seine eigenen Ansichten über Chinapolitik aufzuzwingen. In einem Fall drohte er der Heritage Foundation in einem Brief damit, die Spenden der Starr Foundation zu streichen, nachdem ein Chinaexperte der Stiftung die Empfehlung ausgesprochen hatte, eine Abstimmung im Kongress zur Gewährung dauerhafter Handelsrechte an China zu verschieben.[10]

Dieses starke Wachstum von Spenden, Beratungsfirmen und Honoraren für Arbeiten, die sich auf China beziehen, ist nicht illegal. Manager wie Greenberg können Spenden verteilen, an wen sie wollen. Chinaexperten haben das gesetzlich verbriefte Recht, Geld zu verdienen, wie alle anderen auch. Und lediglich normale Geschäfte in China zu machen oder anderen dabei mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, ist für sich genommen nicht falsch. (Eine andere Geschichte ist es, wenn amerikanische Unternehmen Chinas Polizei und Sicherheitsapparat bei ihrem Zensursystem helfen, wie es einige große Internet- und Computerfirmen getan haben.) Die amerikanischen Chinaexperten, die Beratungsfirmen und Denkfabriken mit ihren Beiträgen unterstützen, berufen sich aufrichtig auf ihre geistige Unabhängigkeit und bestehen darauf, dass ihre Ansichten über China nicht von ihren Honoraren oder Vergütungen kompromittiert werden.

Dies ist jedoch eine bemerkenswerte Wende. Mehrere Jahrzehnte lang, von den vierziger bis mindestens zu den achtziger Jahren, argumentierten führende amerikanische Sinologen gewöhnlich überzeugend, dass die amerikanische Chinapolitik durch ein Netz von Geldinteressen, Geschäftsverbindungen und politischen Beziehungen in Washington unstatthaft beeinflusst werde. Dieses Netzwerk hieß ursprünglich – zu jener Zeit, als Chiang Kai-sheks Nationalistenregime auf dem chinesischen Festland an der Macht war – »China-Lobby«. Später, nach dem Ende des chinesischen Bürgerkrieges, wurde es häufig als »Taiwan-Lobby« bezeichnet.[11]

Heute ist die Macht dieser Lobby dramatisch geschrumpft.[12] Es gibt ein viel größeres, mächtigeres Netzwerk von Geld, Forschung und Geschäftschancen in Washington, das jene trägt, die für eine Politik der »Einbindung« mit der Volksrepublik China eintreten. Doch irgendwie sind inmitten dieses Wandels die alten, legitimen Sorgen der Sinologen über den schädlichen Einfluss des Geldes auf die amerikanische Chinapolitik verstummt.

* * *

Diese Geldflut hatte die Wirkung, die amerikanischen Diskussionen über China auf einen optimistischen, wirtschaftsfreundlichen Kurs zu bringen. Es gibt eine charakteristische Grundhaltung, die in etablierten Washingtoner Institutionen, in der amerikanischen Wirtschaft und in prestigeträchtigen Instituten wie dem Council on Foreign Relations, der Asia Society oder dem Business Roundtable vorherrscht. Natürlich denken nicht alle Chinaspezialisten gleich; dennoch findet man eine Reihe wiederkehrender Ideen, Themen und Haltungen. Den Grundton bildet eine verteidigende Haltung gegenüber dem chinesischen Einparteienstaat und der instinktive Widerwille, insbesondere in der Öffentlichkeit die Unterdrückung Andersdenkender in China zu kritisieren oder auch nur darauf aufmerksam zu machen. In Diskussionen über China werden bestimmte Gegenstände und Themen hervorgehoben, an-

dere dagegen heruntergespielt oder ignoriert. Einige Annahmen werden niemals infrage gestellt.

Listen wir so viele dieser unterschwelligen Haltungen auf wie möglich. Zusammen bilden sie, was ich das »Credo der Chinaelite« nenne. Es beschreibt nicht die Ansichten einer bestimmten Person; niemand glaubt an die ganze Liste. Es ist vielmehr ein aus Versatzstücken erstelltes Phantombild, das Kondensat unzähliger Unterhaltungen aus vielen Jahren mit Leuten, die sich die »Einbindung« von Chinas Kommunistenregime wünschenund ihm Kritik ersparen.

1. *Chinas höchste Staatsführer (oder wer immer es war, zu dem die hochgestellten Amerikaner bei ihrem letzten Besuch in Peking oder Schanghai Zugang erhielten) sind weise, aber gebeutelt.* Sie haben das beste Interesse ihres Landes im Sinn.

2. *Im Gegensatz dazu sollten Regimegegner mit Skepsis, wenn nicht geradezu mit Feindseligkeit betrachtet werden.* Jene, die auf Veränderungen in Chinas Einparteiensystem drängen, sind entweder eigennützig oder verrückt. Politische Dissidenten in der ehemaligen Sowjetunion oder in Osteuropa vor beinahe 20 Jahren verdienten Respekt, jene in China sind weit weniger honorig.

3. *Es mag in China zügellose Korruption geben, aber sie ist das Ergebnis gesichtsloser unterer Funktionäre.* Sie hat nichts mit der Führung der Kommunistischen Partei oder mit ihrem Machtmonopol zu tun. Obwohl Chinas Führer im Allgemeinen früher selbst untere Funktionäre waren, sind sie sauber; nichts von der endemischen Korruption gelangte mit ihnen an die Spitze.

4. *Repression und Zensur in China sollten nicht überbetont werden.* Wenn sie über China reden, sollten Amerikaner vielmehr jedes Anzeichen, und sei es noch so gering, für eine künftige politische Liberalisierung hervorheben. Die Inhaftierung von Regime-

gegnern ist weniger bedeutsam als die vagen Andeutungen chinesischer Politiker, dass es zu irgendeinem unbestimmten Zeitpunkt in der Zukunft zu einem Wandel des politischen Systems kommen werde.

5. *Jede Spannung zwischen Amerika und China ist von großem Übel und liegt in der Verantwortung der USA.* Wenn es bei der Konfrontation jedoch um geistige Eigentumsrechte oder amerikanische Handelsinteressen geht, ist dies Chinas Fehler und ein legitimes und vordringliches Gesprächsthema.

6. *Der Kongress ist gefährlich und sollte so wenig wie möglich in die Chinapolitik einbezogen werden.* Gewiss muss man bei anderen Themen wie Irak, Terrorismus, Geheimdienste oder Verteidigungsbudget der Macht des Präsidenten misstrauen, und es ist dringend eine größere Aufsicht der Legislative vonnöten. Je mehr jedoch die Exekutive ohne Beteiligung des Kongresses in der Chinapolitik unternehmen kann, desto besser.

7. *Die öffentliche Meinung in Amerika ist ähnlich gefährlich.* Je weniger sie sich mit China befasst, desto besser. Insbesondere sollte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von Verhaftungen, Gefängnisstrafen, Zensur und allem abgelenkt werden, was Fragen über das Wesen des politischen Systems in China aufwerfen könnte.

8. *Was in China heute geschieht, ist identisch mit dem, was hohe chinesische Politiker ihren amerikanischen Gästen weismachen.* Alles ist in China unter Kontrolle. Die Aufstände, über die man in der Zeitung liest – Krawalle, Streiks, Landbesetzungen –, ereignen sich in entfernten Gegenden und sollten nicht allzu ernst genommen werden, da sie nicht in den Stadtzentren von Peking oder Schanghai stattfinden.

9. *Demokratie wäre schädlich für China.* Oder, alternativ: Demokratie wäre gut für China und der gegenwärtigen Führung gefällt die Idee so sehr, dass sie ihre Einführung in vielen Jahrzehnten

plant – nachdem wir (und sie) gestorben sind. Oder, als dritte Alternative: Die Demokratie wäre gut für China, und obwohl die Führung vehement dagegen ist, wird sie unweigerlich nach China kommen.

10. *Das chinesische Regime genießt innerhalb Chinas breite öffentliche Unterstützung*. Wirklich, das stimmt. Der einzige Grund, warum das Regime diese breite öffentliche Unterstützung nicht der übrigen Welt durch freie Wahlen demonstriert, ist, dass … sie es nicht tut.

* * *

Ausländische Investitionen in China bescheren den aufstrebenden Eliten in Chinas Großstädten gewaltige finanzielle Ressourcen. Sie bereichern die chinesischen Berater, die westlichen Unternehmen ihre Dienste feilbieten, die chinesischen Unternehmer, die neue Firmen gründen, und häufig die kommunistischen Parteikader, die Kredite billigen oder Genehmigungen für chinesische Firmengründungen erteilen (die nicht selten von ihren Kindern oder Freunden geführt werden). Diese Eliten müssen das Lohnniveau in China niedrig halten, damit ausländische Investoren weiter massenweise ins Land strömen. Sie haben ein Interesse daran, abweichende politische Meinungen zu unterdrücken, damit das Land für künftige Investoren ruhig und stabil aussieht. Es erübrigt sich zu erwähnen, dass die chinesische Wirtschaftselite vehement die Fortschreibung des derzeitigen Zustands auf möglichst lange Zeit hin unterstützt.

Die amerikanischen Eliten sind in ähnlicher Weise mit dem Status quo zufrieden. Er ermöglicht es amerikanischen Firmen, ihre Produktion nach China auszulagern, wo die Arbeitskosten niedrig sind und Unternehmensbosse sich nicht mit unabhängigen Gewerkschaften herumzuschlagen brauchen.

Natürlich sind die amerikanische und die chinesische Wirtschaftselite nicht immer einer Meinung. Amerikanische Unternehmen beklagen zuweilen, dass ihre chinesischen Geschäftspartner ihre Entwürfe zerreißen oder Geld aus Joint Ventures abzweigen.

Die chinesischen Manager beschweren sich, dass Amerikaner die chinesische Kultur oder die verwickelte Funktionsweise des chinesischen Systems nicht begreifen. Aber das sind geschäftliche Meinungsverschiedenheiten. In einem weiteren Sinne teilen die chinesische und die amerikanische Elite ein Interesse an der bestehenden Wirtschaftsordnung, in der China als Allzweckwerkbank mit niedrigen Löhnen und hohem Ausstoß dient.

An der Oberfläche sieht es also so aus, als würden sich Amerikaner aus der Mittelschicht mit Chinesen aus der Mittelschicht identifizieren und davon träumen, dass auch die Chinesen eines Tages auf der freien Wahl zwischen verschiedenen politischen Kandidaten bestehen werden, so wie sie heute in der Lage sind, sich bei Starbucks zwischen Latte macchiato und Mokka zu entscheiden. Blickt man jedoch unter die Oberfläche, stößt man auf eine beunruhigende Realität: Die Wirtschaftseliten Chinas und Amerikas hegen keine solchen Demokratieträume. Beide profitieren von einem chinesischen System, das keine politische Opposition zulässt, und beide sind – zumindest vorläufig – damit zufrieden.

Kapitel 4

Der P-Faktor

Eines Tages im Jahr 1992 beklagte sich ein chinesischer Regierungsvertreter beim Lunch, dass die Dinge für seine Regierung in den USA nicht allzu gut stünden. Die Administration von George H.W. Bush bereitete den Verkauf von F-16-Kampfflugzeugen an Taiwan vor, ein politischer Bruch, der alle früheren Beschränkungen amerikanischer Waffenverkäufe auf die Insel sprengte. Gleichzeitig geißelte der demokratische Präsidentschaftskandidat Bill Clinton die Republikaner für ihre Geheimdiplomatie mit China. Clinton schlug vor, die jährliche Erneuerung der Handelserleichterungen für China an neue Bedingungen zur Einhaltung der Menschenrechte zu knüpfen. Der Diplomat stellte eine Frage, die ich zunächst nicht verstand: »Was ist mit dem P-Faktor passiert?«, wunderte er sich.

»P-Faktor«? Wovon redete er? Schließlich klärte er mich auf. In den beiden Jahrzehnten seit Nixons neuer Chinapolitik hatte die Volksrepublik entdeckt, dass sie, wann immer sie Schwierigkeiten mit den unteren Ebenen der US-Regierung hatte, auf den amerikanischen Präsidenten oder seine höchsten Mitarbeiter zählen konnte, um zu Chinas Gunsten zu intervenieren.

Streitfragen der Außen- und Wirtschaftspolitik sind häufig verwickelt und vielgestaltig. Bei einer Kontroverse innerhalb der Exekutive – bei der es zum Beispiel um eine Weltregion, eine bestimmte Industrie oder ein Gesundheitsthema geht – sind der Präsident und seine höchsten Berater unter Umständen weit weniger über die Details im Bilde als ihre Untergebenen. Dennoch werden die höchsten

politischen Entscheidungsträger häufig sehr wohl wissen, welcher Lösung sie eher zuneigen und welche Seite sie als Gewinner sehen wollen.

Das ist der P-Faktor: eine Intervention des Weißen Hauses, die sich über die Arbeitsebenen der Regierung hinwegsetzt, komplexe Sachverhalte beiseite wischt und, im Falle Chinas, das Ergebnis zugunsten der Volksrepublik beeinflusst. Der P-Faktor in den amerikanischen Beziehungen zu China ist seit den frühesten Tagen von Nixons neuer Chinapolitik erkennbar. Ende 1971, ein paar Monate nach Henry Kissingers Antrittsbesuch in Peking, brach zwischen Indien und Pakistan Krieg aus (Bangladeschkrieg, dritter indisch-pakistanischer Krieg). Die amerikanische Regierung – das Außenministerium und die Arbeitsebene des Nationalen Sicherheitsrates – verfolgte die Ereignisse auf dem indischen Subkontinent genau und war fest entschlossen, die Vereinigten Staaten aus dem Konflikt herauszuhalten. Pakistan war jedoch ein enger Freund und Verbündeter Chinas und spielte eine entscheidende Rolle bei der Einfädelung von Kissingers historischer Chinareise. Aus Dank gegenüber den Pakistanis setzten sich Nixon und Kissinger über ihre untergebenen Experten hinweg und verkündeten, dass die USA eher Pakistan als Indien »zuneigten« – nicht aufgrund der Details des indisch-pakistanischen Krieges, sondern als Begleiteffekt ihres Wunsches nach engen Beziehungen zu China.

Von kurzen Ausnahmen abgesehen war der P-Faktor in den sino-amerikanischen Beziehungen während der letzten 35 Jahre, nicht nur in den siebziger und achtziger Jahren, als Washington sich der Hilfe Chinas gegen die Sowjetunion versichern wollte, immer wieder wirksam. Obwohl Washington in der gegenwärtigen populären Vorstellung von feuerspeienden, gegen China wetternden Falken beherrscht wird, entspricht die Realität nicht dieser Karikatur. George W. Bush schaltete sich wie alle seine Vorgänger seit der Nixon-Ära persönlich in die Chinapolitik ein und hat sich beträchtliche Mühe gegeben, die chinesische Führung nicht zu vergraulen.

Grundsätzlich gibt es am P-Faktor nichts auszusetzen. Amerikanische Präsidenten und ihre höchsten Mitarbeiter haben das Recht, Prioritäten vorzugeben und sich über ihre Untergebenen hinwegzusetzen. Genau das wird von ihnen erwartet; aus diesem Grund werden ja Wahlen abgehalten. Die Schwierigkeiten stecken im Detail. Sobald ein Präsident in einer internen Meinungsverschiedenheit seiner Regierung für eine Seite Partei ergreift, hat er vielleicht wenig Zeit, sich um die Details oder die Umsetzung zu kümmern. Als zum Beispiel Jimmy Carter beschloss, diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China aufzunehmen, ließ er die Frage offen, ob, und wenn ja, welche Beziehungen Amerika künftig mit Taiwan pflegen sollte – sodass sich der Kongress sogar veranlasst sah, gesetzliche Vorgaben zu machen, und später weitere Einzelheiten in verbissenen Verhandlungen zwischen Washington und Peking ausgehandelt werden mussten.

Seit Nixons neuer Chinapolitik weiß die chinesische Führung um die Bedeutung persönlicher Beziehungen zu den amerikanischen Präsidenten und ihren höchsten Mitarbeitern. Premierminister Zhou Enlais äußerst geschicktes Buhlen um Henry Kissinger gab den Ton vor. Zhou schmeichelte Kissinger unablässig und hatte damit Erfolg. »Keine anderen Weltführer haben die geistige Spanne und Vorstellungskraft von Mao und Chou [*sic*] noch die Fähigkeit und den Willen, ein weit entferntes Ziel zu verfolgen«, schrieb Kissinger an Nixon nach einer seiner langen nächtlichen Unterhaltungen mit den chinesischen Führern in Peking.[1]

Die Art, wie China das Weiße Haus bearbeitet, folgt einem Muster. Gewöhnlich geben chinesische Führer einem amerikanischen Präsidenten und seinem Nationalen Sicherheitsberater zu verstehen, dass sie weiser und weitsichtiger sind als ihre Untergebenen, die Karrierebürokraten und die gewöhnlichen Kabinettsmitglieder, die alle zu tief in alltäglichen Angelegenheiten und im Kuddelmuddel der Details stecken.[2] China gehöre die Zukunft, so geht das Argument; daher sollten amerikanische Führer mit »strategischer Vision« eine Politik zugunsten der chinesischen Regie-

rung betreiben. (»Strategie« und »strategisch« sind Zauberworte der amerikanischen Chinapolitik und in diesem Kontext häufig so schlecht definiert und prätentiös wie andernorts. Eine freie Übersetzung könnte lauten: »zu wichtig für die alltäglichen Realitäten«. Wenn in Unternehmen ein Manager plötzlich die Verantwortung für »Strategieplanung« erhält, heißt das gewöhnlich, dass er die Treppe hochgefallen ist.)

Untersuchen wir die nebulöse Vorstellung, »China gehöre die Zukunft«, ein bisschen näher. Offensichtlich wird China angesichts seiner Bevölkerungsgröße und seines Wirtschaftswachstums in Zukunft eine größere Bedeutung gewinnen. Die Führung der Kommunistischen Partei Chinas jedoch (das heißt, die über China herrschende leninistische Partei) könnte sehr wohl gerade *nicht* die Zukunft verkörpern – oder zumindest nicht eine Zukunft, die im langfristigen Interesse des chinesischen oder des amerikanischen Volkes liegt. Deshalb sollte es sich die US-Politik zweimal überlegen, etwas zu tun, was die Stellung des gegenwärtigen chinesischen Regimes festigt oder fortschreibt. Seltsamerweise haben amerikanische Präsidenten nicht begriffen, dass sie, wenn sie wirklich visionär sein wollen, dabei helfen müssten, ein demokratisches China zu schaffen, keinen Einparteienstaat. Der Spruch, dass China die Zukunft gehöre, bedeutet nicht, dass die USA seine gegenwärtige Regierung aufbauen, beschwichtigen und versöhnlich stimmen sollten.

Doch traurigerweise hat jeder amerikanische Präsident seit Nixon auf die eine oder andere Weise das Thema einer chinesischen Demokratie entweder ignoriert oder still und leise aufgegeben. Durch ihre Handlungen, öffentlichen Erklärungen und Rechtfertigungen haben alle amerikanischen Präsidenten der letzten 35 Jahre bis zu einem gewissen Grad ihren Blick von der fortgesetzten Unterdrückung jeder organisierten Opposition durch die Kommunistische Partei Chinas abgewendet.

Richard Nixon

Für Nixon, so ist vorauszuschicken, war Demokratie in China nie eine ernsthaft Frage. Zur Zeit seiner Öffnung gegenüber Peking gab es auf dem chinesischen Festland kein Anzeichen einer demokratischen Bewegung. Das Land steckte noch mitten in der Kulturrevolution (obwohl Mao und Zhou Kissinger gegenüber irreführend behaupteten, sie sei vorüber). Auf der anderen Seite der Taiwanstraße war die taiwanesische Regierung keinen Deut demokratischer als die Volksrepublik: Chiang Kai-sheks Nationalistenregime ging nicht gar so repressiv gegen Andersdenkende vor wie Mao Zedongs Kommunistische Partei, doch auch hier handelte es sich um ein Einparteienregime, das keine organisierte Opposition tolerierte.

Nixons politisches Geschick lag gerade in seiner Fähigkeit, die Fragen von Demokratie und Repression in China beiseite zu wischen, während er in den USA einen politischen Konsens für seine Chinapolitik schmiedete. Dazu musste er bei Linken wie Konservativen ein kleines Kunststück vollbringen.

Es wird häufig gesagt, dass Nixon bei den Konservativen mit seiner Chinapolitik durchkam, weil er auf seinen Ruf als Antikommunist bauen konnte. Das stimmt, doch Nixons politische Gewitztheit ging noch darüber hinaus. Er hatte in seiner »Küchendebatte« mit Nikita Chruschtschow 1959 erfahren, dass ein amerikanischer Politiker daheim Popularitätsgewinne verzeichnen konnte, wenn er nur als jemand wahrgenommen wurde, der den Führern der großen kommunistischen Mächte mutig gegenübertrat. Es kam nur darauf an, ein Gefühl von Nähe und Feierlichkeit zu vermitteln. Es war nicht notwendig, dem anderen greifbare Konzessionen abzutrotzen – tatsächlich erlangte ein amerikanischer Politiker schlicht durch das Treffen selbst eine umso größere Glaubwürdigkeit, je fieser der jeweilige kommunistische Potentat wirkte. Diese Dynamik galt besonders für einen Politiker der republikanischen Rechten, der andeuten konnte, dass ein lin-

ker Demokrat an seiner Stelle Eingeständnisse gemacht hätte. So schlug Nixon während seiner Präsidentschaft immer wieder politisches Kapital daraus, die kommunistischen Führer, mit denen er sich traf, als Fieslinge erscheinen zu lassen, und sich selbst als den einzigen amerikanischen Politiker ins Licht zu rücken, der die Courage besaß, ihnen entgegenzutreten. Politische Repression kam in dieser Gleichung eigentlich nicht vor – und wenn doch, so konnte Nixon sie für seine Zwecke einspannen, da nach seiner Logik Amerika umso mehr jemanden wie ihn brauchte, je brutaler die chinesischen oder sowjetischen Herrscher waren.

Im Umgang mit den Linken verspürte Nixon wenig Notwendigkeit, die Fragen von Demokratie oder politischer Repression anzuschneiden. Viele amerikanische Linke hatten seit Jahren argumentiert, dass die Kommunistische Partei Chinas mehr Unterstützung im Volk genieße als Chiang Kai-sheks Nationalisten. Nixon betrachtete seine Öffnung gegenüber China als eine Frage abgebrühter Gleichgewichtsdiplomatie und äußerte sich privat verächtlich über die Ansichten der Linken über China. In einer der geheimen Tonbandaufnahmen lachte er mit Kissinger und seinem politischen Berater Charles Colson darüber, wie sie der Linken vorgespiegelt hatten, dass Nixon so dachte wie sie. Doch in der Öffentlichkeit war er bereit, die Linke zu hofieren, indem er den Zauber der neuen amerikanischen Beziehungen zu China hervorhob.

Nixons Chinainitiative wurde bei seinem Wiederwahlkampf 1972 ein wichtiges Thema. Mit ihr gelang es ihm, die Unterstützung von moderaten und ungebundenen Wählern zu sichern, stellte er damit doch seine Bereitschaft unter Beweis, mit der traditionellen republikanischen Orthodoxie zu brechen. In all der Euphorie über die Öffnung zu China war während der Präsidentschaft Nixons und später Gerald Fords, der nach der Watergate-Affäre sein Nachfolger wurde, kaum jemand versessen darauf, allzu lange bei dem Thema Demokratie und Menschenrechte zu verweilen. Heute blicken viele Chinesen auf die Kulturrevolution als eine

Phase zurück, die ein ganzes Jahrzehnt dauerte, von 1966 bis nach Maos Tod 1976; aber in Washington sprachen in den Nixon- und Ford-Jahren nur wenige von der Kulturrevolution als einem fortdauernden Geschehen. Das Thema wurde selten tangiert.

Alle ihre Nachfolger im Weißen Haus waren indes genötigt, in den Fragen, die sich aus Chinas vehementer Repression Andersdenkender ergaben, Position zu beziehen. Das Thema China brachte jeden Präsidenten in eine Zwickmühle: Wie sollten sie ihre Außenpolitik, ihre Überzeugungen und ihr Ansehen mit den unangenehmen Realitäten des leninistischen Systems in China in Einklang bringen? Ihre Ausflüchte und Rechtfertigungen in Bezug auf China vererbten sie von einem Weißen Haus zum nächsten; zusammengenommen bilden sie den Kern des heutigen amerikanischen Denkens über China.

Jimmy Carter

Für Carter war die Unterdrückung in China aufgrund der häufig verkündeten Verpflichtung seiner Regierung auf die Menschenrechte ein peinliches Thema. Im Gefolge des Vietnamkriegs strebte Carter eine neue, auf Prinzipien beruhende Grundlage der amerikanischen Außenpolitik an, die den Antikommunismus der fünfziger und sechziger Jahre ersetzen oder überwinden konnte, und die Menschenrechte wurden dafür zum Prüfstein. Die Neudefinition der amerikanischen Politik in einen Kampf für die Menschenrechte ermöglichte es ihm, sich weiterhin gegen die politische Repression in der Sowjetunion und Osteuropa zu wenden, wie es die USA in der Vergangenheit getan hatten. Aber Carters neue Politik bedeutete, dass die Menschenrechtsprinzipien nun auch für autoritäre Machthaber galten, die mit den USA verbündet waren, wie der Schah von Persien und der Diktator Somoza in Nicaragua.

Die unbeantwortete Frage lautete, ob und wie Carters Menschenrechtspolitik auf China ausgedehnt würde. Das Thema kam

1978–79 mit der »Demokratiemauer« in Peking auf: Eine kurze Zeit lang erlaubten die chinesischen Behörden gewöhnlichen Bürgern, ihre Meinung in eigenen Wandzeitungen zu äußern. Der Anführer der Bewegung, Wei Jingsheng, tat den außergewöhnlichen Schritt, offen Demokratie einzufordern. Als Carter in Washington eine Rede über weltweite Menschenrechte hielt, stand am nächsten Tag in einer Wandzeitung in Peking: »Wir möchten Sie bitten, dem Zustand der Menschenrechte in China Ihre Aufmerksamkeit zu schenken.«[3] Binnen weniger Monate nach dem Beginn der Demokratiemauerbewegung hatte Deng Xiaoping seine Kontrolle über die Kommunistische Partei konsolidiert, die Wandzeitungen wurden abgerissen und die Anführer der Bewegung, darunter Wei Jingsheng, ins Gefängnis geworfen.

Was tun? Die Carter-Administration verfiel auf eine seit dieser Zeit gebräuchliche Ausflucht, um wegschauen zu können: Ja, China unterdrückt jede politische Opposition, aber die Lage ist zumindest weitaus besser als während der Kulturrevolution. Mit anderen Worten, die Menschenrechtssituation in China wurde nicht nach dem aktuellen Ausmaß der Unterdrückung bewertet, sondern anhand von Maßstäben des absoluten Elends während der Kulturrevolution. Diese Argumentationslinie, die man als »Standard der Kulturrevolution« bezeichnen könnte, zieht sich selbst bis in heutige Diskussionen über China. Mit dem Standard der Kulturrevolution lässt sich praktisch jede Art von Repression in China entschuldigen, da nichts davon an das Grauen dieser Zeit herankommt. (Nach dieser Logik könnte man natürlich auch sagen, dass der Sicherheitsapparat der DDR ein Fortschritt gegenüber den Nazis war.) Selten wird die Frage gestellt, warum wir das heutige chinesische Regime nach dem Standard der Kulturrevolution beurteilen sollten, statt es mit anderen aktuellen asiatischen Regierungen wie Taiwan, Südkorea, Japan, den Philippinen, Indien und Indonesien zu vergleichen, die im Gegensatz zu China allesamt bereit sind, abweichende Meinungen und organisierte politische Opposition zuzulassen.

Ronald Reagan

Ronald Reagan fühlte sich nicht verpflichtet, seine Chinapolitik unter Berufung auf die Menschenrechte zu rechtfertigen. Er war mit dem Vorhaben ins Amt gekommen, die Veränderungen der Carter-Administration einschließlich der Betonung der Menschenrechte rückgängig zu machen. Reagan machte in seinem Wahlkampf 1980 deutlich, dass er die Legitimität des Antikommunismus als Fundament der amerikanischen Außenpolitik wiederherstellen würde. In seinen frühen Amtsjahren setzte er massive Erhöhungen der Verteidigungsausgaben durch und verurteilte die Sowjetunion als »Reich des Bösen«. Doch Reagans Antikommunismus warf ebenso wie Carters Menschenrechtspolitik die Frage auf: »Was ist mit China?« Am Ende einer Chinareise 1984 bot Reagan seine eigene denkwürdige Ausflucht an. In einem Gespräch mit Reportern bezog er sich auf die Volksrepublik China als »dieses so genannte kommunistische China« – eine gewiefte Formulierung, mit der er die Aufmerksamkeit vom unverändert repressiven Charakter des chinesischen politischen Systems ablenkte. Diese Sprachregelung erlaubte es Reagan, weiterhin die politische Unterdrückung in der Sowjetunion anzuprangern, während er so gut wie kein Wort über die ähnlichen Zustände in China verlor.

Chinas Wirtschaftssystem stand tatsächlich erst am Beginn seiner Öffnung, durch die es sich in der Folge immer weiter von der kommunistischen Orthodoxie entfernte. Doch das Land wurde noch immer nach den traditionellen leninistischen Leitlinien von einer kommunistischen Partei regiert, die keine organisierte Opposition zuließ. Mit dem Ausdruck »so genanntes kommunistisches China« warf Reagan Wirtschaft und Politik in einen Topf und legte den irreführenden Schluss nahe, dass sich auch das politische System des Landes ändern würde, weil ein Liberalisierungsprozess des chinesischen Wirtschaftssystems eingeleitet worden war. Auch diese Verwirrung grub sich dauerhaft in die amerikanische Wahr-

nehmung Chinas ein: Beginnend in den achtziger Jahren, konnte man von Verteidigern Chinas häufig auf die kritischen Fragen über die Unterdrückung Andersdenkender die Antwort hören, dass sich China verändere, obwohl dies in politischer Hinsicht häufig gar nicht stimmte.

Insgesamt zog es Reagan in seinen acht Amtsjahren vor, sich auf die Sowjetunion, nicht auf China zu konzentrieren. Wie seine drei Vorgänger sah er schließlich in China in erster Linie einen Partner gegen die Sowjetunion, und in seiner Rhetorik und seinen Handlungen spiegelte sich diese Grundausrichtung wider. Auf einer Moskaureise 1988 traf sich Reagan in der Residenz des amerikanischen Botschafters persönlich mit 96 Dissidenten. Im Hinblick auf China tat er nie etwas Vergleichbares. 1988, als Reagans Botschafter in China, Winston Lord, mit chinesischen Studenten zu einem Seminar an der Pekinger Universität zusammenkam (ein erheblich bescheidenerer Schritt als Reagans warmer Empfang für sowjetische Dissidenten), schickte Deng Xiaoping persönlich eine wütende Warnung an Washington, und die Reagan-Administration gab rasch klein bei. Seit den Tagen Nixons hatten die amerikanischen Führer ihre Beziehungen zu China nur über die Führung der Kommunistischen Partei aufrechterhalten und es vermieden, sich mit Dissidenten und Oppositionellen zu identifizieren. Reagan zeigte kein Interesse, diesen Status quo zu stören.[4]

George H.W. Bush

Als George H.W. Bush ins Amt kam, hatte er die Absicht, die amerikanische Außenpolitik zurück zur moralinfreien Realpolitik Nixons und Kissingers zu steuern. Von Anfang an vermied es Bush senior, wie Jimmy Carter die Menschenrechte zu betonen oder einem Antikommunismus á la Ronald Reagan zu frönen. Bushs Nationaler Sicherheitsberater, Brent Scowcroft, war Kissingers Stellvertreter gewesen, und Bush selbst hatte unter Außenminister

Kissinger in der Ford-Administration als Leiter der amerikanischen Vertretung in Peking gedient. Doch China stellte Bush bald vor Realitäten, mit denen Nixon und Kissinger nie konfrontiert gewesen waren. Im Juni 1989, weniger als ein halbes Jahr nach Bushs Vereidigung, schickte Deng Xiaoping die Volksbefreiungsarmee ins Pekinger Stadtzentrum, um die riesige Dauerdemonstration auf dem Tiananmenplatz niederzuschlagen, wobei Hunderte, vielleicht Tausende von Menschen ums Leben kamen. Ähnliche Proteste in anderen chinesischen Städten wurden ebenfalls erstickt, und die Kommunistische Partei ließ eine Serie von Verhaftungen und Schauprozessen folgen.

In der Zwischenzeit öffnete sich Osteuropa. Polen wählte im Juni 1989, am Tag des Tiananmen-Massakers, seine erste nichtkommunistische Regierung. In den folgenden Monaten unternahmen auch Ungarn und die Tschechoslowakei Schritte zur politischen Liberalisierung ihrer Systeme. Diese Bewegung erreichte ihren Höhepunkt im November 1989, als ostdeutsche Menschenmassen die Berliner Mauer einrissen. Der Kalte Krieg zwischen Amerika und der Sowjetunion neigte sich dem Ende zu.

So waren innerhalb von sechs Monaten die beiden Eckpfeiler der amerikanischen Chinapolitik seit den siebziger Jahren schlagartig verschwunden: Die Vorstellung, dass sich das politische System Chinas langsam öffnen würde, und die Überzeugung, dass Amerika die Zusammenarbeit mit China gegen die militärische Bedrohung durch die Sowjetunion benötige. Was sollten die USA also angesichts des politischen Systems in China, dessen Charakter nun allen deutlich vor Augen getreten war, sagen oder unternehmen? Bushs Reaktion hatte zwei Elemente: Erstens beeilten sich der Präsident und seine Administration, die Auffassung, dass Chinas geopolitische Bedeutung die amerikanischen Sorgen über die politische Unterdrückung in der Volksrepublik überwiegen sollte, auch in die neue Ära hinüberzuretten. Die Wahrnehmung von Chinas überragender Bedeutung gründete natürlich auf der sowjetischen Bedrohung der USA, die nun im Verschwinden begriffen war. Hieß das,

Amerika würde das leninistische Regime in China nun in der gleichen Weise verurteilen wie zuvor die Sowjetunion oder die kommunistischen Regierungen Osteuropas? Die Antwort der Bush-Administration lautete nein: Trotz des Endes des Kalten Krieges bleibe China für die Vereinigten Staaten von großer strategischer Bedeutung. Die Frage, warum das so sein sollte, brachte den Präsidenten in einige Erklärungsnot. In einer Pressekonferenz gab er zu verstehen, dass die USA China zur Bändigung der wachsenden japanischen Macht brauchten; aber Japan war ein amerikanischer Verbündeter, und so ließ der Präsident dieses Argument rasch wieder fallen. Vertreter der Bush-Administration argumentierten als Nächstes, dass China für die USA große Bedeutung habe, weil es üble Dinge tun könne, zum Beispiel Raketen exportieren. Am Ende von Bushs Legislaturperiode, nach dem militärischen Triumph der Amerikaner im Golfkrieg, hatte es den Anschein, als fingen der Präsident und seine höchsten Mitarbeiter selbst an, die Bedeutung Chinas für die amerikanische Politik herabzustufen. Es war in dieser Phase, dass Bush grünes Licht für den Verkauf von amerikanischen Kampfflugzeugen an Taiwan gab und sich Vertreter Chinas über den Verlust des P-Faktors besorgt zeigten.

Das zweite Element in Bushs Reaktion auf die Unruhen von 1989 war die Politik der »Einbindung«. Obwohl Bush vor der Öffentlichkeit das Einfrieren hochrangiger Kontakte zwischen Amerika und China bekannt gegeben hatte, schickte er im Juli 1989, und erneut fünf Monate später, heimlich seinen Sicherheitsberater Brent Scowcroft zu Gesprächen mit Deng Xiaoping nach Peking. Als die Besuche auf Kritik stießen, rechtfertigte sich Bush damit, China nicht isolieren zu wollen; stattdessen ginge es ihm um eine »umfassende Politik der Einbindung« Chinas.[5] Die Wortwahl war überraschend, weil die Reagan-Administration nur wenige Jahre zuvor mit dem Ausdruck »konstruktive Einbindung« ihre Politik gegenüber dem südafrikanischen Apartheidsregime bezeichnet hatte.

»Einbindung« wurde zum wichtigsten Schlagwort, um die amerikanische Politik gegenüber Chinas Einparteienstaat zu beschrei-

ben und zu rechtfertigen – ein Begriff, der bis zum heutigen Tag überdauert. Die Suggestion war, dass bereits bloße Kontakte ausreichen, um Chinas politisches System moderater zu machen oder gar zu verändern. Doch die Politik der Einbindung ist schlicht ein Prozess, der lediglich fortdauernde Kontakte bezeichnet. Wenn die chinesische Repression härter wird, so läge der Logik der Einbindung zufolge die Lösung in noch häufigeren Treffen. Einbindung sagt jedoch nichts über die Ergebnisse solcher Treffen. Sie verlangt nicht nach politischen Änderungen auf Seiten des »Eingebundenen«. Letztlich folgt daraus nichts anderes, als dass der »Einbinder«, die USA, es nicht zulassen wird, dass das Verhalten der chinesischen Regierung, wie verwerflich es auch sei, dem weiteren Geschäft mit China ins Gehege kommt.

Und tatsächlich lag der Zweck dieser Politik in der Fortführung der Geschäfte. Unter der Administration von George H.W. Bush wurde die Politik der Einbindung zur Rechtfertigung einer Schritt für Schritt vollzogenen Rückkehr zu normalen Geschäften, zum *business as usual*. In wirtschaftlicher Hinsicht war dies für China eine entscheidende Phase. In jenen Tagen war China noch längst nicht die wirtschaftliche Dampfmaschine, zu der es sich in den neunziger Jahren entwickelte. Tatsächlich war die chinesische Wirtschaft, auch wenn das schon beinahe in Vergessenheit geraten ist, während der zwei Jahre nach der Niederschlagung der Demonstrationen auf dem Tiananmenplatz sehr schwach. Die japanische Regierung hatte nach dem Massaker einen Kredit von 5,6 Milliarden Dollar an China ausgesetzt, die Weltbank einen zinslosen Kredit von zwei Milliarden Dollar eingefroren. Das Wirtschaftswachstum fiel auf so klägliche Werte, dass für eine Weile die Angst vor einer Rezession grassierte.

Wenn es je eine Zeit gab, in der die USA eine beträchtliche wirtschaftliche Macht über China ausübten, so war es diese. Der Regierung von Bush senior ging es jedoch nicht darum, diese Macht zu nutzen. Im Rahmen seiner Politik der Einbindung ebnete Bush senior den Weg zur Freigabe der Kredite der Weltbank und der

japanischen Regierung und nahm nach und nach wieder normale Beziehungen zu China auf. Binnen einiger Jahre gelang es Deng Xiaoping in spektakulärer Weise, das chinesische Wirtschaftswachstum anzuheizen, und als Bush einer neuen Administration in Washington Platz machte, war der Moment, in dem Amerika über die Wirtschaft maßgeblichen Einfluss auf China hätte ausüben können, vorbei.

Bill Clinton

Es war Bill Clinton, der nach dem Kalten Krieg die amerikanische Haltung gegenüber der Repression in China prägte. Bush senior war ein Mann des Übergangs gewesen, der den Status quo bewahren und inmitten dramatischer Veränderungen in anderen Weltteilen die alte Beziehung zu China aus der Nixon-Ära fortschreiben wollte. Erst während der Präsidentschaft Clintons fanden die wesentlichen Auseinandersetzungen über die Chinapolitik nach dem Kalten Krieg statt. Clinton begründete schließlich die fortdauernde Rechtfertigung amerikanischer Untätigkeit gegenüber der anhaltenden Unterdrückung jeglicher Meinungsfreiheit in China. Es war Clintons Regierung, der es gelang, aus Schwarz Weiß und aus Weiß Schwarz zu machen. Er überzeugte die Amerikaner, dass es irgendwie politisch progressiv und intellektuell überlegen sei, die chinesische Repression zu akzeptieren, hingegen ungehobelt und unaufgeklärt, dagegen anzukämpfen.

Während der Administration von George H. W. Bush hatte der von den Demokraten beherrschte Kongress zweimal Gesetze eingebracht, um die Erneuerung der Meistbegünstigungsklausel für China an spezifische, greifbare Verbesserungen der Menschenrechtssituation zu knüpfen. Die vorgeschlagenen Gesetze, eingebracht von den Mehrheitsführern des Senats und des Repräsentantenhauses George Mitchell und Nancy Pelosi, gewannen beträchtliche Unterstützung vonseiten der Republikaner. Gegen beide Gesetzes-

vorhaben legte Bush senior sein Veto ein. Als Präsidentschaftskandidat unterstützte Clinton diese Gesetzesvorhaben, verurteilte die Bush-Regierung und gelobte, ein Amerika schaffen zu wollen, »das, von Bagdad bis Peking, keine Diktatoren hätschelt«.

Einmal im Weißen Haus, machte sich Clinton daran, die Politik der Demokraten im Kongress in die Tat umzusetzen. Allerdings mit einer Modifikation: Statt die Verabschiedung der Gesetzesvorlagen von Mitchell und Pelosi voranzutreiben, überredete er die Führer der Demokraten, sich stattdessen auf einen Exekutiverlass des Präsidenten mit derselben Zielsetzung einzulassen, also die Verknüpfung von Handelserleichterungen und Menschenrechten. Diese Änderung war von entscheidender Bedeutung, weil es immer leichter ist, einen Exekutiverlass aufzuheben als ein Gesetz des Kongresses. Clintons Exekutiverlass trat im Mai 1993 in Kraft und hätte Chinas Handelserleichterungen ein Jahr später beschnitten, wenn es in der Zwischenzeit nicht zu hinreichenden Fortschritten bei den Menschenrechten gekommen wäre. Im Verlauf jenes Jahres zeigten sich amerikanische Manager immer besorgter über die Aussicht, Einbußen im Handel mit China hinnehmen zu müssen; die chinesische Wirtschaft war mittlerweile in eine neue Phase verblüffend schnellen Wachstums eingetreten. Clintons eigene Wirtschaftsberater und einige seiner Wahlkampfspender fingen an, gegen seine Menschenrechtspolitik Sturm zu laufen. Im Mai 1994, kurz vor dem Stichtag, machte Clinten einen Rückzieher. Er räumte zwar ein, dass sich die Menschenrechtslage in China nicht wesentlich verbessert hatte, lehnte es aber ab, die Strafen zu verhängen, die er ein Jahr zuvor angekündigt hatte. Stattdessen widerrief er seinen Präsidentenerlass und gab die seit vier Jahren verfolgte Linie seiner Partei in dieser Frage auf.

Clintons Revision war in vieler Hinsicht eine Wasserscheide. Seine Entscheidung brachte die amerikanische Chinapolitik in der Ära nach dem Kalten Krieg auf einen neuen Kurs. In ihr spiegelte sich die Realität wider, dass Amerikas Sicht auf China nun einzig und allein vom Handel beherrscht wurde, und sie illustrierte Chi-

nas wachsende Fähigkeit, das Lockmittel seines Marktes als Druckmittel im Umgang mit Washington zu nutzen. In einem weiteren Sinne gaben die Ereignisse von 1993 und 1994 auch die künftige Richtung der Clinton-Administration, der Demokratischen Partei und des politischen Denkens in Amerika vor. Die Kehrtwende gegenüber China – verbunden mit Clintons Unterstützung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (North American Free Trade Agreement, NAFTA) – schmiedete eine enge und dauerhafte Verbindung zwischen Clintons Demokratischer Partei und der Wirtschaft. Sie beförderte außerdem Mitte der neunziger Jahre die Vorstellung, dass die Welt in ein neues Zeitalter der Globalisierung eingetreten war. Clinton definierte in der Zwischenzeit neu, was »links« auf Amerikanisch bedeutet: Nach seiner Version war linke Politik Freihandelspolitik, ganz ähnlich wie im England des 19. Jahrhunderts.

In der Frühphase seines Wahlkampfes hatte Clinton bezweifelt, dass China nach dem Kalten Krieg so sonderlich wichtig für die USA sei. Er hatte die Bedeutung der »chinesischen Karte« der Nixon-Ära bestritten, da es keinen Sinn mache, die chinesische Karte zu spielen, wenn außer einem selbst kein anderer mehr (das heißt,. die Sowjetunion) am Tisch sitze. Mit anderen Worten, er gab zu verstehen, dass Chinas geopolitische Bedeutung für die Vereinigten Staaten wegen der Beendigung des Kalten Krieges abgenommen habe. Zwei Jahre später machte Clinton dagegen mit seiner Entscheidung, die Verbindung zwischen Handel und Menschenrechten zu kappen, klar, dass China in der neuen Ära abermals von höchster Bedeutung für die Vereinigten Staaten war – nicht als Stütze im Kampf gegen die Sowjetunion, sondern vor allem als Markt für Investitionen und den Absatz amerikanischer Produkte.

Clintons Entscheidung von 1994, keine Handelsbeschränkungen zu verhängen, warf erneut die Frage auf, was sonst gegen die Unterdrückung in China zu unternehmen wäre. Sollten die USA ihre Politik ändern? Oder sollten sie schlicht akzeptieren, dass Chinas

Einparteienregime ein fester Bestandteil der internationalen Staatenwelt war? Weder die amerikanische Öffentlichkeit noch die Clinton-Regierung waren gewillt, sich eine Politik bloßer Akzeptanz einzugestehen.

Clintons Antwort schälte sich in zwei Phasen heraus. Erstens verkündete er 1994, als er die Politik der Handelsbeschränkungen aufgab, eine »neue Menschenrechtsstrategie« – ein Maßnahmenpaket, das darauf abzielte, die politische Repression in China zu lindern, ohne den Handel zu beeinträchtigen. Amerikanische Unternehmen sollten ermutigt werden, sich bei ihrer Tätigkeit in China an einen bestimmten Verhaltenscodex zu halten, die Radiosendungen nach China sollten vermehrt werden, die USA sollten eine Verurteilung Chinas vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen anstreben.

Es war von Anfang an fragwürdig, ob irgendeine dieser Maßnahmen einen nennenswerten Wandel in China bewirken konnte. Nach drei Jahren gaben Vertreter der Clinton-Administration langsam zu, dass es keine großen Fortschritte gegeben hatte. Dennoch war Clinton zu Beginn seiner zweiten Amtszeit eifrig bestrebt, neue Schritte gegen das chinesische Regime zu unternehmen.

So ersann er denn 1997 eine neue Antwort auf das Problem der politischen Unterdrückung in China. Danach mussten die USA eigentlich nicht viel Konkretes tun, außer weiter mit China Handel zu treiben. Der zunehmende ausländische Handel und Investitionen in China würden schließlich zu einer Öffnung des politischen Systems führen, ob die Kommunistische Partei Chinas dies nun wolle oder nicht.

Dies war das »Unvermeidlichkeits-Argument«, oder, um es mit einem anderen Wort zu sagen, das Beschwichtigungsszenario. Der Präsident vertrat die Auffassung, dass Demokratie und Freiheit eines Tages sowieso unweigerlich in China Einzug halten würden, so wie in Osteuropa, wo am Ende die Berliner Mauer gefallen war. China stehe auf der »falschen Seite der Geschichte«, behauptete Clinton; Chinas Einparteienstaat sei zwangsläufig zum Untergang

verurteilt. Am Ende seines Chinabesuchs 1998, der erste eines amerikanischen Präsidenten nach dem Tiananmen-Massaker, sagte Clinton voraus, dass der bevölkerungsreichsten Nation der Welt demokratische Veränderungen bevorstünden. Gefragt, ob es in China eine Demokratie geben werde, erwiderte er: »Ich glaube, die kann es geben und wird es geben.«[6]

In seinem letzten Amtsjahr erlangte Bill Clinton die Zustimmung für die weitreichendste seiner Chinainitiativen. Der Kongress verabschiedete ein Gesetz, dass den Weg zur Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation (WTO) freimachte, was die Notwendigkeit der jährlichen Erneuerung der Handelsvergünstigungen Chinas ausräumte. Der Kongress konnte nicht länger androhen, diese Vergünstigungen zu beschränken – sie würden nun von Dauer sein. Das Gesetz wurde nach mehrjährigen Anstrengungen der Clinton-Administration, die Verhandlungen mit China zum Abschluss zu bringen und die amerikanische Öffentlichkeit auf diesen Wandel vorzubereiten, verabschiedet.

In ihrem Drang zur Aufnahme Chinas in die WTO argumentierten einige Vertreter der Clinton-Regierung, dies würde dazu beitragen, Amerikas Außenhandelsdefizit mit China zu verringern. »[Chinas Mitgliedschaft] würde den Vereinigten Staaten einen größeren Zugang zum chinesischen Markt geben, unsere Exporte beflügeln, *unser Handelsdefizit vermindern* und neue, gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen«, behauptete Außenministerin Madeleine Albright.[7] Clinton seinerseits warb für Chinas WTO-Mitgliedschaft wiederholt mit der Aussicht, sie würde dem Land politische Freiheit bescheren. »Sie [die Mitgliedschaft in der WTO] wird wahrscheinlich eine große Wirkung auf die Menschenrechte und die politische Freiheit haben«, sagte er voraus.[8]

Albrights Vorhersage über die Verminderung des Handelsdefizits war eindeutig falsch. Das amerikanische Handelsdefizit mit China betrug etwa 15 Milliarden Dollar im Jahr von Clintons Amtsantritt, etwa 70 Milliarden im Jahr 2000, als der Kongress die Aufnahme Chinas in die WTO billigte, und etwa 200 Milliarden Ende

2005. Auch Clintons Prognose, dass damit Demokratie und politische Freiheiten nach China kämen, hat sich nicht bewahrheitet.

George W. Bush

Mit der Ankunft von George W. Bush gewann der P-Faktor eine persönlichere Dimension. Die chinesische Führung hatte mit der Bush-Familie langwährende Verbindungen geknüpft, die bis in die siebziger Jahre zurückreichten, als Bushs Vater die amerikanische Vertretung in Peking leitete. Bushs Onkel, Prescott Bush jr., unterhielt ausgedehnte Geschäftsbeziehungen nach China. Um diese persönlichen Beziehungen zu stärken, schickte die chinesische Regierung umgehend einen geschliffenen Diplomaten als Botschafter in die USA, Yang Jiechi, der seit 1977 mit der Bush-Familie befreundet war, seit er Gastgeber und Übersetzer von Bushs Vater bei einer ausgedehnten China- und Tibetreise gewesen war. Der Spitzname des neuen Botschafters im Bush-Clan war »Tiger« Yang.

Als Bush jr. 2001 ins Weiße Haus kam, wucherten die Spekulationen, seine Administration würde eine härtere Gangart gegenüber China einschlagen. Bush selbst hatte China in seinem Wahlkampf als »strategischen Konkurrenten« bezeichnet, und in den mittleren und oberen Rängen seiner neuen Regierung saßen führende Neokonservative.

Tatsächlich jedoch hielt Bush die amerikanische Chinapolitik auf der Linie seines Vorgängers. Nach seiner Vereidigung benutzte Bush selbst den Ausdruck »strategischer Konkurrent« nie wieder. Binnen weniger Monate verärgerte er die Neokonservativen, als er nach einem einwöchigen Streit über den Zusammenstoß eines chinesischen Kampfjets mit einem amerikanischen Aufklärungsflugzeug Peking eine behutsam formulierte Entschuldigung übermittelte. Nach den Anschlägen des 11. September und insbesondere 2002, als Bush sich auf seinen Irakkrieg vorbereitete und die Un-

terstützung (oder das Stillhalten) Chinas im UN-Sicherheitsrat brauchte, war klar, dass die Administration von George W. Bush tunlichst auf eine stille, stabile Arbeitsbeziehung mit dem chinesischen Regime bedacht war. Selbstredend gab es einige in der Bush-Administration, besonders im Pentagon unter Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, die vor der wachsenden Kampfkraft der Volksbefreiungsarmee warnten und der amerikanischen Chinapolitik eine härte Gangart geben wollten. Doch der Präsident folgte diesen Bestrebungen nicht. Er mischte sich persönlich in die Chinapolitik ein und versuchte dabei im Allgemeinen, Spannungen mit der Führung in Peking zu vermeiden. Der Kontrast war frappierend: Im Irak und im weiteren Nahen Osten schlichtete Bush Streit in seiner Administration, indem er sich auf die Seite der Falken schlug; bei China jedoch neigte er zur Seite der Tauben.

Doch was war nun mit der Demokratie in China? Wegen seiner häufigen und beharrlichen Rhetorik über Demokratie in anderen Teilen der Welt war für George W. Bush diese Frage noch misslicher als für andere Präsidenten. In einer Rede nach der anderen sprach er von der Demokratie als Dreh- und Angelpunkt seiner Außenpolitik. »Es ist die Politik der Vereinigten Staaten, die Entwicklung demokratischer Bewegungen und Institutionen in jeder Nation und Kultur zu fördern, mit dem Endziel, der Tyrannei in unserer Welt ein Ende zu bereiten«, sagte Bush in seiner zweiten Amtseinführungsrede. »Demokratische Reformer, die sich Repression, Gefängnis oder Exil gegenübersehen, können versichert sein: Amerika sieht euch als die, die ihr seid: die künftigen Führer eines freien Landes.«[9] Bushs übliche Reaktion bestand darin, das Problem schlicht zu ignorieren. Manchmal listete er in seinen Reden die führenden undemokratischen Regime der Welt auf – China ließ er dabei unfehlbar aus. Man nehme zum Beispiel seine Rede zur Lage der Union aus dem Jahr 2006. »Anfang 2006 lebt über die Hälfte der Weltbevölkerung in demokratischen Ländern«, freute sich Bush. »Und wir vergessen auch nicht die andere Hälfte – an Orten wie Syrien und Birma, Zimbabwe, Nordkorea und Iran –,

weil die Gerechtigkeit und der Friede in dieser Welt auch nach ihrer Freiheit verlangen.«[10]

Diese sorgfältige Formulierung lohnt einer etwas eingehenderen Betrachtung. Wohin gehörte China? Zweifellos nicht in Bushs ersten Satz; das chinesische Volk lebt nicht in einem demokratischen Land. War China also Teil der anderen Hälfte der Welt, von »*Orten wie Syrien und Birma, Zimbabwe, Nordkorea und Iran*«? Bush wollte China nicht namentlich in derart schlechter Gesellschaft nennen. Also versteckte sich China vielleicht hinter den scheinbar harmlosen Wörtern »*Orte wie …*«. Die fünf erwähnten undemokratischen Länder haben zusammengenommen eine Bevölkerung von 166 Millionen Menschen – grob gerechnet ein Achtel des undemokratischen China. Tatsächlich fanden im Iran trotz all seiner politischen Unzulänglichkeiten Wahlen statt. Nur schwer entgeht man der Schlussfolgerung, dass Bush eine spezielle, unausgesprochene Definition des Wortes »Demokratie« vertrat, die sich von der üblichen Bedeutung unterschied, oder dass er, wenn er über Demokratie sprach, China vergaß.

Wie Bush zur Demokratie in China stand, offenbarte sich bei seinem Chinabesuch im Herbst 2005. Damals intensivierte das chinesische Regime unter Präsident Hu Jintao gerade seine Maßnahmen gegen politische Dissidenten. Journalisten wurden ins Gefängnis gesteckt, Zeitungen zensiert, Anwälte, die Regimegegner vertraten, drangsaliert. Am Vorabend von Bushs Besuch inhaftierten chinesische Sicherheitsbeamte eine Reihe von Dissidenten oder stellten sie unter Hausarrest.

Bushs Reaktion darauf bestand darin, sich eng an das Beschwichtigungsszenario zu halten. Er gab wiederholt zu verstehen, dass im Zuge wirtschaftlicher Entwicklung und wachsenden Wohlstands auch Demokratie und Freiheit in China Einzug halten würden und zog den altbekannten, aber fragwürdigen Vergleich zu Südkorea und Taiwan. »Ich denke an Südkorea«, sagte Bush vor Journalisten in Peking. »Südkorea öffnete seine Wirtschaft, und dann folgten politische Reformen.« Tatsächlich, so gab sich Bush

überzeugt, könne die chinesische Führung nichts tun, um den unerbittlich voranschreitenden Wandel aufzuhalten.[11]

So wie Bush es formulierte, mussten amerikanische Politiker zugunsten der Demokratie nichts unternehmen, da sie, getragen von unpersönlichen historischen Kräften, sowieso kommen würde. Nach dieser Auffassung wäre es nett, wenn die Führer der Kommunistischen Partei Chinas Schritte unternähmen, um die Repression und den Einparteienstaat zu beenden – aber auch wenn sie es nicht täten, bestünde kein Grund zur Sorge oder zu Verurteilungen, da es letztlich nicht darauf ankomme, wie sich die chinesischen Führer verhielten. Demokratie und Freiheit waren ja eh schon auf dem Weg.

Jede dieser Annahmen war fragwürdig. China ist nicht Südkorea. Das chinesische Volk hat über das letzte halbe Jahrhundert erlebt, dass Türen, die sich einen Spalt weit öffnen, plötzlich wieder zugeschlagen werden. Und es bleibt unklar, ob wirtschaftlicher Fortschritt unweigerlich zu politischer Liberalisierung führt. Dennoch machte sich Bush, wie vor ihm Clinton, diese Ideen zu eigen. Im Hinblick auf China gab es wenig, was den republikanischen Präsidenten von seinem demokratischen Vorgänger unterschied. Die Demokratie war ein Ideal, das Bush auf der ganzen Welt beschwor, aber nur an einigen Orten verfolgte, an anderen dagegen nicht. Wie Carters Menschenrechtspolitik oder Reagans Antikommunismus schloss Bushs Kampagne für Demokratie China nicht mit ein.

Kapitel 5

Die Spiele sind eröffnet

Machen Sie sich bereit. In den kommenden Monaten, vor und während der Pekinger Olympiade 2008, werden Sie mit sämtlichen Stereotypen über China bombardiert werden, die sich in den letzten 100 Jahren angehäuft haben. Es wird nicht einfach eine gewöhnliche Sommerolympiade werden, ein weiteres vierjährliches Sportfest wie zuvor etwa in Athen, Sydney oder Atlanta. Dieses Mal wird man in der Olympiade vielmehr ein epochales Ereignis erblicken, das Chinas Auftritt als Weltmacht symbolisiert. Die Berichterstattung darüber wird ein Ausmaß annehmen, das alle vorangegangenen Spiele in den Schatten stellt.

Die Nachrichtenmagazine und Zeitungsschlagzeilen über die Olympiade werden wieder und wieder dieselben, schon unzählige Male benutzten Chinaklischees hervorkramen. Sie werden die Hand voll Filmtiteln, berühmter Ereignisse und historischer Aussprüche, die sich auf China beziehen, anführen oder in Wortspielen zitieren: *Das Chinasyndrom. Der letzte Kaiser. Der lange Marsch. Die Chinesische Mauer. Die Kulturrevolution. Der große Sprung nach vorn. Der schlafende Riese erwacht. Tiger und Drache. Marco Polo. Der Boxeraufstand.* Radio und Fernsehen werden ihre Berichte mit den üblichen Hintergrundklängen traditioneller chinesischer Musik untermalen: die sanften Lautenklänge der Pipa, das grelle Schellen der Becken.

Die Fernsehprogramme über die Olympischen Spiele werden sich Stund um Stund derselben, schon unzählige Male gezeigten Embleme bedienen. Hier eine kurze Liste typischer Chinagrafiken

im Fernsehen. Testen Sie einmal, wer bei der Berichterstattung von den Sommerspielen 2008 als Erster alle abhaken kann.

Traditionelle chinesische Symbole: Drachen; Löwen; die Chinesische Mauer; chinesische Kalligrafie; die chinesische Nationalflagge; Pandabären; Jade; die Terrakottaarmee von Xian; die dunstumflorten Karstberge von Guilin; Essstäbchen; das Tor des Himmlischen Friedens; der Himmelstempel; Porzellan der Tang-, Qing- und Mingdynastie; Shaolintempel und Kampfkunst.

Symbole des gestrigen Chinas: Bauern mit schweren Lasten an Schulterstangen; Adlige mit Zöpfen; Frauen in Qipao-Kleidern; Frauen mit Lotosfüßen; Massen von Städtern auf Fahrrädern; alte Männer mit Vogelkäfigen; glückliche Bauern; Körperertüchtigung von Sportgruppen im Freien.

Symbole des modernisierten Chinas: junge Chinesen in der Diskothek; Staus; junge Chinesen in Geschäftsanzügen; Schanghais Fernsehturm; junge Chinesen vor Computern; die Börse; junge Chinesen in Jeans und mit Handy; Schanghai bei Neonlicht.

Symbole des politischen Chinas: Mao Zedong; Mao, im Jangtse schwimmend; Mao und Nixon; chinesische Menschenmengen, die während der Kulturrevolution an Opfern vorbeischreiten; die Göttin der Demokratie auf dem Tiananmenplatz; der unbekannte Mann vor den Panzern.

Nur sehr wenige dieser im Fernsehen verbreiteten Bilder oder Klischees werden uns etwas Neues über China verraten, sondern zumeist nur das bestätigen, was wir bereits wissen. Im schlimmsten Fall werden sogar einige der gröbsten und ignorantesten Klischees über China wiederauftauchen, die auf Dinge anspielen, die es in China nie gab – zum Beispiel der amerikanische Witz aus den fünf-

ziger Jahren über die Wahl von »Spalte A« oder »Spalte B«, ein dummes Klischee, das sich auf die englischsprachigen Speisekarten chinesischer Restaurants in den USA bezog. Die Fernsehberichterstattung wird im Allgemeinen (außer vielleicht ein oder zweimal) nicht so tief sinken.

* * *

Doch viele dieser Medienklischees dienen einer weiteren Funktion jenseits der bloßen Verstärkung des Altbekannten. Sie bewirken eine Vertreibung Chinas und machen aus ihm ein fremdartiges, fernes und schwer verständliches Land. Der Subtext solcher Darstellungen ist offenbar, dass China sich vom Rest der Welt fundamental unterscheidet; dass ein Chinareisender sein gewöhnliches Urteil aussetzen sollte; dass die Reaktionen, die andernorts am Platze wären, in China unangebracht sind. (Und ausgehend von diesen zweifelhaften Annahmen ist es nur ein kurzer Schritt zu dem Mythos, dass sich gewöhnliche Chinesen nichts daraus machen, mitzubestimmen, wie ihr Land regiert wird, obwohl Menschen anderswo auf der Welt dieses Recht begehren.)

Ein weiterer Subtext der Fernsehberichterstattung ist die Possierlichkeit des heutigen Chinas. Seit China aus der Kulturrevolution wieder auftauchte, hat der Rest der Welt den Fortschritt des Landes mit einem Hauch verwirrter Herablassung verfolgt. Ein Chinakorrespondent sagte einmal verbittert, dass seine Arbeit im Aufspüren von Geschichten bestünde, die zeigten, »wie verrückt die Chinesen doch sind«, damit der Moderator am Ende einer Nachrichtensendung die Mundwinkel zu einem Lächeln hochziehen und sagen könne: »Und in China …« – als ob China irgendwie vom Rest der Welt abgeschieden wäre und vor allem wegen seines Unterhaltungswerts geschätzt würde. Die Botschaft solcher Darstellungen ist offenbar, dass China nicht ernst genommen werden kann und somit auch sein repressives politisches System nicht von großer Bedeutung ist.

In den Jahren vor der Olympiade ist China anscheinend damit

beschäftigt, sein Possierlichkeitsimage aktiv zu pflegen. Im November 2005 wurden die offiziellen Olympiamaskottchen eingeführt, die »Freundlichen Fünf« – fünf puppenhafte Charaktere in Form kitschiger Zeichenfiguren, darunter der unvermeidliche Pandabär, alle zu dem Zweck entworfen, Kinder, Vermarkter und Touristenläden auf der ganzen Welt anzusprechen.

Kurz, die Berichterstattung der ausländischen Medien von der Olympiade 2008 in Peking wird sehr wahrscheinlich unbewusst das Beschwichtigungsszenario für Chinas Zukunft verbreiten. Die Chancen stehen gut, dass die Wettkampfausstrahlungen in den USA und Europa Bild für Bild, Szene für Szene, Bericht für Bericht den Eindruck vermitteln, dass sich China in die richtige Richtung bewegt. Die TV-Berichterstattung dürfte suggerieren, dass alle Probleme in den Griff zu bekommen sind, dass auf jeden Schritt rückwärts zwei Schritte nach vorn folgen – und dass Handel und Wohlstand schließlich Freiheit und Demokratie nach China bringen werden.

Sollten wir wirklich etwas anderes erwarten? Olympiaden sind ein großes Geschäft. Alle vier Jahre spielen die führenden amerikanischen Unternehmen und die führenden multinationalen Konzerne eine immer größere Rolle bei der Veranstaltung der Spiele und vor allem beim Sponsering der Fernsehberichterstattung. Dies galt für alle Olympiastädte. Nun werden die Olympischen Spiele zum ersten Mal in China abgehalten, wo dieselben multinationalen Konzerne sich gegenseitig auf die Füße getreten sind, umdabei sein zu können. Seit langem hat das chinesische Regime seine Bereitschaft unter Beweis gestellt, jene Unternehmen zu bestrafen, die es als »unfreundlich« einstuft. Werden die führenden Autohersteller und Bierproduzenten eine Fernsehberichterstattung über die Olympiade sponsern wollen, die sich mit den hässlichen Seiten Chinas befasst – der Schinderei in den Sweatshops, der Armut, den politischen Gefangenen, der Korruption, den Umweltkatastrophen? Das ist nicht sehr wahrscheinlich.

Natürlich wird das Gros der Fernsehberichterstattung über die

Olympiade schlicht vom Sport handeln. Aber man darf getrost davon ausgehen, dass die Hintergrundberichte über das Leben in China, mit denen die Sender die übrigen Programmplätze füllen werden, die alten Klischees und das Beschwichtigungsszenario stützen werden.

* * *

Was für Olympische Spiele werden es werden, und welche Werte wird das chinesische Regime in den Vordergrund stellen? Wird die Pekinger Olympiade mit früheren vergleichbar sein wie Rom 1960, Tokio 1964 oder Seoul 1988, wo die Spiele zu Aushängeschildern von Ländern wurden, die sich von den Verwüstungen der Vergangenheit erholt hatten und erfolgreich ihre politischen Systeme geöffnet hatten? Oder wird Peking dem viel düstereren Beispiel der Berliner Olympiade von 1936 folgen, eine unheilvolle Demonstration nicht nur des nationalen Wiederaufbaus, sondern Vorbote einer hässlichen neuen Ära der Aggressivität und Intoleranz?

Inmitten des Medienwirbels um die Pekinger Olympiade 2008 wird auch China im Fernsehen über sich berichten. Auch das chinesische Fernsehen wird Klischees verbreiten, aber es werden seine eigenen sein. In vieler Hinsicht wird diese separate heimische Olympiaberichterstattung im chinesischen Fernsehen von größerer Bedeutung sein als die ausländische. Die Bilder, die das chinesische Regime seinem Volk während der Olympiade präsentieren wird, werden uns viel darüber verraten, wohin die Führung das Land in Zukunft zu steuern hofft.

Wird die Betonung auf Offenheit, Vielfalt und Toleranz unterschiedlicher Standpunkte liegen, auch politischer Standpunkte? Oder werden die Hauptthemen um schiere nationale Einheit und Macht kreisen? Die Olympiade wird unzweifelhaft eine Gelegenheit zur Freisetzung des chinesischen Patriotismus bieten, wie dies in der Vergangenheit in vielen Ländern der Fall war. Die Frage ist, wie Chinas kommunistische Führung Patriotismus definieren wird.

Die Präzedenzfälle im chinesischen Fernsehen sind nicht ermuti-

gend. In den späten neunziger Jahren feierte China zwei historische Meilensteine, beide Male mit großem Fernsehpomp. Der erste Meilenstein war die Rückgabe Hongkongs von Großbritannien an China am 1. Juli 1997; der zweite der 50. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1999. Beide Male orchestrierte die chinesische Führung, damals unter Jiang Zemin, pompöse Zurschaustellungen nationaler Gefühle, die zeigen sollten, dass das chinesische Volk geschlossen hinter seiner Regierung stand.

Die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag 1999 waren besonders himmelschreiend. Das Fernsehen berichtete über eine Parade, die Chinas Militärmacht und die Errungenschaften der Kommunistischen Partei vor Augen führen sollte. John Pomfret von der *Washington Post*, einer der erfahrensten Auslandskorrespondenten in Peking, beschrieb sie wie folgt:

> Keine zufälligen Zuschauer wurden zugelassen, um die vielen Dutzend fröhlich bunter Festwagen zu sehen, die zwei Stunden lang über den Boulevard des Ewigen Friedens defilierten. Keine Übergewichtigen schritten in den Reihen der im Paradeschritt marschierenden jungen Studenten mit. Die weiblichen Teilnehmer waren nach Schönheit, die Soldaten sorgfältig nach Größe, Schmiss und Paradierkönnen verlesen. Und alle waren nach Maßgabe ihrer »Liebe zum Vaterland« ausgewählt worden, versicherten chinesische Offizielle.[1]

Vielleicht wird die Olympiade in Peking anders. Man könnte ja argumentieren, dass sich die Feierlichkeiten 1999 zwangläufig auf die Herrschaft der Kommunistischen Partei konzentrieren mussten (schließlich war sie es, die mit dem 50. Jahrestag gefeiert wurde, da seit 1949 keiner anderen politischen Gruppierung irgendwelche Machtfunktionen erlaubt wurden). Im Gegensatz dazu soll die Olympiade nur den Sport feiern und, allgemeiner, Peking Anerkennung als internationale Stadt verschaffen. Trotzdem ist es möglich, dass die chinesische Führung die Gelegenheit der Olympischen

Spiele beim Schopf packt, um eine politische Botschaft nach innen zu verbreiten. Das Regime könnte sich wieder in Selbstverherrlichung üben und die Kommunistische Partei Chinas als Verkörperung und einziges legitimes Vehikel des chinesischen Patriotismus hinstellen. Die Behörden könnten jedes Bild des Zwistes aus dem chinesischen Fernsehen verbannen.

Wird das chinesische Fernsehen einen Eindruck von politischem Pluralismus vermitteln? Wird es bereit sein zu zeigen, dass nicht alle 1,3 Milliarden Menschen gleich denken, dass es deutliche Meinungsverschiedenheiten unter den diversen Gruppen und Interessen innerhalb des Landes gibt? Oder wird die Olympiade zu einem Vehikel weiterer Propaganda, die den Mythos nationaler Einheit verbreitet? Wenn es vor oder während der Olympischen Spiele politische Demonstrationen in China geben sollte, wird das chinesische Fernsehen wagen, darüber zu berichten?

Wenn die Antwort auf diese Fragen nein lautet, wenn das Regime stattdessen die Olympiade benutzt, um seinem heimischen Publikum zu zeigen, dass China immer mächtiger wird, politisch aber monolithisch ist, dann wird diese Berichterstattung ein früher Indikator des Dritten Szenarios sein. Eine solche Berichterstattung böte einen Vorgeschmack auf eine chinesische Zukunft, in der rasch wachsender Wohlstand keine Demokratie bringt, auf ein China, in dem schnelles Wirtschaftswachstum und wachsende militärische Macht von fortgesetzter politischer Unterdrückung begleitet sein können.

*
* *

Was ist mit dem Aufruhrszenario für Chinas Zukunft, die Aussicht, dass das Land auseinanderfallen könnte? Wie könnte sich dies 2008 in Peking ankündigen?

Die Möglichkeit von Demonstrationen bei der Olympiade ist für die chinesische Führung ein Albtraum. Die ganze Führungsriege erinnert sich an die Abfolge von Ereignissen im Frühjahr 1989, die stürmischen Demonstrationen auf dem Platz des Himm-

lischen Friedens und die anhaltende Debatte innerhalb der Führung der Kommunistischen Partei über die angemessene Reaktion darauf. Auch der Besuch des sowjetischen Führers Michail Gorbatschow trug damals zur Zuspitzung der Lage bei.

Gorbatschows Reise sollte eine Wasserscheide sein, der erste Gipfel zwischen den beiden Ländern seit drei Jahrzehnten. Die chinesische Führung hatte den Besuch bis ins Kleinste geplant. Und nicht nur China: Nachrichtenagenturen von überall aus den USA, Europa und Japan hatten große Teams von Journalisten und Kameraleuten geschickt, um von dem Ereignis zu berichten. Einerseits trugen Gorbatschows Gegenwart und die TV-Kameras dazu bei, die Demonstrationen auf dem Tiananmenplatz anzufachen, andererseits hinderten sie die chinesische Führung auch daran, sie zu zerschlagen.

Bei den Olympischen Spielen von 2008 könnte sich diese Dynamik mit ähnlichen Schwierigkeiten wiederholen. Wieder könnte die Gegenwart eines riesigen internationalen Pressekorps politische Demonstrationen anfachen. Einzelnen oder Gruppen, die gegen die Politik der chinesischen Regierung protestieren wollen – Demokratieaktivisten, religiöse Gruppen, Falun Gong, Tibeter, Uiguren, entrechtete Arbeiter und Bauern –, wird sich eine beispiellose Gelegenheit bieten, weltweite Aufmerksamkeit für ihre Klagen zu erlangen, wenn sie es irgendwie schaffen, die Sicherheitsbarrieren zu durchbrechen, mit denen sie von den Fernsehkameras ferngehalten werden sollen. Dabei könnten die chinesischen Behörden sehr wohl zögern, während der Olympiade gewaltsam gegen solche Proteste vorzugehen.

Der chinesische Sicherheitsapparat wird mit hoher Wahrscheinlichkeit massive Anstrengungen unternehmen, solche Demonstrationen im Keim zu ersticken. Man wird potenzielle Demonstranten nicht nach Peking hineinlassen (oder, falls sie dort wohnen, aus der Stadt weisen); man wird Versammlungen verbieten und, wo sich dennoch Menschen zusammenfinden, auflösen, bevor sie zu einem öffentlichen Platz gelangen können. Die Polizei wird besonders

rüde mit Gruppen umspringen, die sich Zugang zum Platz des Himmlischen Friedens verschaffen wollen, der seit den Protesten 1989 abgesperrt ist.

* * *

Die Olympischen Spiele sind ein beispielloser Testfall, wie China mit ausländischen Kurzbesuchern umgeht. Die chinesische Führung hat seit langem Erfahrung darin, Gäste aus dem Ausland zu empfangen und sie zu überzeugen, dass alles unter Kontrolle ist. Manchmal gelingt es chinesischen Offiziellen sogar, in Besuchern aus demokratischen Ländern Sehnsucht nach einem autoritären politischen System zu wecken, das aus der Entfernung besser aussieht als für jene, die mit seinen alltäglichen Realitäten leben müssen.

Bei einem Chinabesuch gestand der Kolumnist der *New York Times* Thomas L. Friedman, dass er das chinesische System beneide, »wo Führer einfach befehlen können, dass Probleme gelöst werden, und dies auch tun.« Und er fuhr fort:

> Der stellvertretende Bürgermeister von Schanghai erzählte mir zum Beispiel, dass die Stadtregierung angesichts zunehmender Umweltverschmutzung einfach Tausende kleiner Fabrikanten aus Schanghai aussiedele, um die Luft sauberer zu machen. [...] In dieser Zeit, wo Demokratien wie Indien und Amerika unfähig erscheinen, schwere Entscheidungen zu treffen, kam ich nicht umhin, einen Anflug von Neid auf Chinas Fähigkeit zu verspüren, seine Probleme ernst zu nehmen und wirklich Maßnahmen zu treffen, die hart sind und es notwendig machen, Menschen etwas wegzunehmen.[2]

Friedman nahm die Darstellung des stellvertretenden Bürgermeisters offenbar unbesehen für bare Münze. Er berichtete nicht über die Sicht der kleinen Fabrikanten, von denen sich einige bei ihm wahrscheinlich über Korruption beklagt hätten (konnten einige Firmen mit Geld oder Beziehungen der Umsiedlung entgehen?). Auch wandte sich Friedman nicht der Kernfrage zu, ob diese Maß-

nahme ihren Zweck erreichte. Schanghais Luft bleibt dunstig, und im Allgemeinen zeigen Satellitenfotos, dass einige chinesische Städte zu den am schlimmsten verschmutzen der Welt gehören.[3]

Chinesische Politiker vermitteln Besuchern geschickt den Eindruck, dass sich das Land in die von ihnen jeweils gewünschte Richtung bewege. Dieses Phänomen begann nicht erst mit dem kommunistischen Regime Chinas. Es hat tiefe Wurzeln in der chinesischen Geschichte und seinen Ursprung in Chinas Bestreben, einen Veränderungsdruck von außen abzuwehren. Während des Zweiten Weltkriegs pflegte Chiang Kai-sheks Nationalistenregime Klagen von Präsident Roosevelt über Korruption oder den nicht sehr energischen Feldzug der Kuomintang gegen die Japaner abzuwehren, indem es hochrangige Gesandte aus den USA einlud und ihnen zeigte, welcher großartigen Fortschritte es sich rühmen konnte.

Das gegenwärtige Regime ist mindestens so geschickt im Umgang mit Besuchern wie Chiang Kai-sheks Nationalisten und andere Vorläufer. Wenn zum Beispiel eine amerikanische Delegation nach China kommt, um sich über die Verletzung des Urheberrechts zu beklagen, kann das Regime ein paar Tage vorher bekannt geben, dass es gegen Urheberrechtsverletzungen vorzugehen plane. Oder die US-Delegation trifft am Sonntagabend in Peking ein und wacht am Montag mit der staatlich kontrollierten englischsprachigen Zeitung *China Daily* auf, die »berichtet«, dass China die Novellierung des Urheberrechtsschutzes plane. Ah, sagen die Besucher, China ist bereits auf dem richtigen Weg.

Im Mai 1998 landete die damalige amerikanische Außenministerin Madeleine Albright in China, um einen Besuch von Präsident Clinton vorzubereiten. Der Besuch schloss auch eine Rede über Rechtsstaatlichkeit in Peking ein. Kurz nach ihrer Ankunft veröffentlichte die *China Daily* »zufällig« eine Geschichte darüber, was China plane, um die Rechtsstaatlichkeit zu verbessern. Bei ihrer Rede hielt Albright dann stolz die Zeitung ins Publikum als Zeichen, dass die Situation in China bereits besser werde. »Ohne

Frage haben sowohl Ihre Führer als auch Ihre Bürger die Notwendigkeit erkannt, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken«, sagte sie. Sie schien nicht zu begreifen, dass sie keinen zufälligen, unabhängigen journalistischen Zeitungsartikel vor sich hatte, sondern einen eigens positionierten Bericht, um sie und ihre Reise zu beeinflussen.

Im selben Frühjahr 1998, als Clinton noch überlegte, ob er China besuchen solle, ließ die chinesische Führung bei einer Reihe von Gelegenheiten durchblicken, dass Veränderungen bevorstünden. Es wurde über politische Reformen gesprochen, von einem neuen »Pekinger Frühling«, von der Lockerung der Kontrolle politischer Debatten. Am Ende entschloss sich Clinton zu dieser Reise. Am Tag seiner Ankunft in China gründete eine Hand voll Dissidenten eine Oppositionspartei, die Demokratische Partei Chinas. Auch dieses Ereignis wurde als Zeichen des Wandels gedeutet. Als in jenem Herbst die höchste UN-Hochkommissarin für Menschenrechte nach China reiste, erklärten die chinesischen Behörden, dass sie in Erwägung zögen, der Demokratischen Partei Chinas zu erlauben, in einigen Provinzen tätig zu werden.

Die Besuche Clintons und der UN-Hochkommissarin in China verliefen reibungslos. Dann, Ende 1998, nachdem diese prominenten Gäste heimgekehrt waren, wurden die chinesischen Behörden aktiv. Sie gingen gegen die frisch entstandene Partei vor, unterbanden ihre Tätigkeit und steckten ihre Führer ins Gefängnis. Die Realität des Pekinger Winters setzte, wie es häufig geht, der Rede vom Pekinger Frühling ein Ende.

Wir dürfen die gleiche Dynamik im Jahr 2008 erwarten, aber noch in weit umfassenderem Maßstab. Vor der Sommerolympiade, während Besucher sich auf ihre Reise nach Peking vorbereiten, wird die chinesische Führung der Welt zweifellos verkünden, dass ein Wandel bevorstehe und sie sich daran mache, das politische System zu öffnen. Tatsächlich wird sie wahrscheinlich mit einigen verheißungsvollen Schritten die Aussicht auf einen weitreichenden Wandel nähren. Im Frühjahr 2008 könnte den chinesischen Zeitungen und anderen Nachrichtenmedien eine Zeit lang

eine beispiellose Freiheit erlaubt werden. An chinesischen Universitäten und in chinesischen Denkfabriken werden Intellektuelle neue Ansätze zur Kontrolle und Beschränkung der Macht der herrschenden Kommunistischen Partei vorstellen – zum Beispiel, indem die Befugnisse des zahnlosen chinesischen Gesetzgebers, des Nationalen Volkskongresses, erweitert werden. Allgemein wird es, während die Olympiade näher rückt, wahrscheinlich eine Phase größerer Toleranz gegenüber Dissidenten und Oppositionellen geben.

Das ist das China, das sich den Zehntausenden von Besuchern präsentieren wird, die nach Peking zu den Olympischen Spielen kommen. Chinas Führer werden den Besuchern ein Land vorzeigen wollen, das aufgeklärt und geistig offen ist und an der Schwelle zu einem weitreichenden politischen Wandel steht. Die erste Bewährungsprobe des Regimes wird wie gesagt darin bestehen, sein Image während der Spiele zu wahren, indem es seine Bürger unter Kontrolle hält. Wenn alles gut läuft, werden die ausländischen Gäste nie bemerken, wie hart das chinesische Ministerium für Staatssicherheit arbeitet, um zu verhindern, dass eine Widrigkeit – eine große politische Demonstration zum Beispiel – die Spiele stört.

Die wahre Bewährungsprobe wird jedoch nicht im Sommer 2008 stattfinden, sondern in den ein oder zwei Jahren nach der Abreise der Besucher. Wie viele der Veränderungen im politischen System Chinas, die am Vorabend der Olympiade angedeutet wurden, werden tatsächlich umgesetzt werden? Wie viel vom vorhersagbaren Pekinger Frühling 2008 wird bis 2009 oder 2010 andauern?

Konklusion

Wer integriert hier wen?

Amerika hat sich im Hinblick auf China eines falschen Paradigmas bedient. Tag für Tag betreiben amerikanische Amtsträger eine Politik, die auf bestenfalls fragwürdigen, schlimmstenfalls rundweg falschen Annahmen über die Zukunft Chinas beruht.

Amerikas Mangel an Vorstellungskraft in Bezug auf China ist in mancher Hinsicht mit seiner Unfähigkeit vergleichbar, mit dem Terrorismus fertig zu werden. In beiden Fällen ist das größte Hindernis konzeptioneller Art. Nach den Anschlägen vom 11. September wurde deutlich, dass die Administration von George W. Bush auf der internationalen Ebene praktisch ihre gesamte Aufmerksamkeit auf Bedrohungen durch konventionelle Staaten wie Nordkorea gerichtet hatte, während sie die Gefahren, die von so genannten »nichtstaatlichen Akteuren« ausgehen – das heißt von transnationalen Organisationen wie Al-Qaida – verkannte. Diese Obsession mit konventionellen Staaten war ein falsches Paradigma.

Bei China geht der konzeptionelle Irrtum der USA in die entgegengesetzte Richtung. Dieses Mal liegt das Scheitern Amerikas nicht in seiner Unfähigkeit, einen wichtigen Wandel wie den Aufstieg von Al-Qaida zu erkennen (ich argumentiere ausdrücklich *nicht*, wie es einige politisch Rechtsorientierte tun, dass sich China in Zukunft zu einer unvorstellbaren militärischen Bedrohung der Vereinigten Staaten entwickeln wird).

Im Gegenteil, im Falle Chinas liegt der Fehler schlicht in der Annahme, dass ein Wandel kommen wird. Amerika hat nicht viel

darüber nachgedacht, was es für die USA und den Rest der Welt bedeuten könnte, auch noch in drei Jahrzehnten mit einem repressiven, von einer einzigen Partei beherrschten China leben zu müssen, weil man weithin davon ausgeht, dass Chinas politischem System ein weitreichender Wandel vorherbestimmt ist: eine politische Liberalisierung, die schließlich zur Demokratie führen wird. China wird zwar in einem Vierteljahrhundert sicherlich ein reicheres und mächtigeres Land sein, aber es könnte immer noch in dieser oder jener Form eine Autokratie bleiben. Seine Führung (die Kommunistische Partei, oder wie immer sie sich in Zukunft nennen wird) könnte genauso wenig gewillt sein, eine organisierte politische Opposition zuzulassen, wie heute. Das ist eine Aussicht mit schwerwiegenden Folgen für Amerika und den Rest der Welt. Und es ist eine Aussicht, die wir mit unserem gegenwärtigen Paradigma eines sich unweigerlich verändernden Chinas offenbar nicht ins Blickfeld bekommen können.

Das Paradigma eines Chinas auf dem Weg zu politischer Liberalisierung setzte sich in den USA fest, weil es bestimmten Interessen innerhalb der amerikanischen Gesellschaft diente. Zuerst, in den späten siebziger und achtziger Jahren, nützte diese Vorstellung dem nationalen Sicherheitsestablishment. Damals strebten die Vereinigten Staaten eine enge Kooperation mit China gegen die Sowjetunion an, damit sich diese gleichzeitig um Amerika und China sorgen musste. Es war für das Pentagon vorteilhaft, dafür zu sorgen, dass große Truppenverbände der Sowjetunion an der chinesisch-sowjetischen Grenze gebunden blieben, die andernfalls in Europa hätten aufgestellt werden können. Inmitten der ideologischen Kämpfe des Kalten Krieges war die Kooperation mit dem kommunistischen Regime Chinas in Washington politisch heikel. Daher half die Vorstellung, dass Chinas politisches System im Begriff stehe, sich zu öffnen, dabei, Bedenken im Kongress und in der amerikanischen Öffentlichkeit zu zerstreuen.

In den neunziger Jahren, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, zog das Paradigma eines sich politisch wandelnden Chinas

eine neue Anhängerschaft an, die in mancher Hinsicht mächtiger als das Pentagon war: die Wirtschaft. Als Handel mit und Investitionen in China immer wichtiger wurden, sahen sich amerikanische Unternehmen (und ihre Pendants in Europa und Japan) wiederholt von der Frage bedrängt, warum sie mit einem repressiven Regime Geschäfte machten, das erst vor so kurzer Zeit mit Panzern auf unbewaffnete Bürger losgegangen war. Das Paradigma des unvermeidlichen Wandels bot multinationalen Konzernen die Antwort, die sie brauchten. Nicht nur war es Chinas Bestimmung, sein politisches System zu öffnen, sondern – so die religiöse Glaubensüberzeugung – der Handel würde der Schlüssel sein, um diese Tür aufzuschließen: Handel würde zu politischer Liberalisierung und Demokratie führen. Das Problem ist, dass sich das gesamte Paradigma als falsch erweisen könnte.

* * *

Welcher Strategie sollte Amerika im Umgang mit Chinas leninistischem Regime folgen? In den Vereinigten Staaten herrscht gegenwärtig eine Anschauung, die auf ein offizielles Dogma hinausläuft. Fragt man das politische Establishment, außenpolitische Experten oder Sinologen, was die USA in Bezug auf China unternehmen sollten, wird einem ohne Zweifel diese oder jene Version dieses Dogmas begegnen. Es heißt »Integrationsstrategie«.

Die USA sollten, so heißt es, bestrebt sein, die chinesische Führung in die internationale Gemeinschaft zu integrieren. Sie sollten China Zugang zu den führenden internationalen Organisationen verschaffen. Dieser Logik zufolge wird sich das Wesen des Regimes ändern, sobald China Mitglied von Einrichtungen wie der Welthandelsorganisation geworden ist (der es nun beigetreten ist). Chinas kommunistische Führung wird sich mit der Zeit Schritt für Schritt stärker wie andere Regierungen verhalten; sie wird offener im Umgang mit dem chinesischen Volk und dem Rest der Welt werden. Richard Haass, Präsident des Council on Foreign Rela-

tions, schrieb von »der bestehenden Möglichkeit, China in eine von den USA geführte Weltordnung zu integrieren«.[1]

Diese Integrationsstrategie geht auf die Clinton-Administration zurück. Nachdem Präsident Clinton 1994 seinen Versuch aufgegeben hatte, Handel als Druckmittel zur Verbesserung der Menschenrechte in China einzusetzen, mussten er und seine Regierung die Aufmerksamkeit von dieser peinlichen Kehrtwende ablenken. Sie wollten nicht zugeben, dass sie gerade die Sache der Menschenrechte in China herabgestuft hatten; stattdessen suchten sie eine neue, positiv klingende Beschreibung ihrer Politik. »Integration« wurde nach und nach zum Etikett der Wahl, in einer Pressekonferenz nach der anderen heraufbeschworen vom Präsidenten und seinen höchsten Beratern. Integration wurde vor allem zur Rechtfertigung uneingeschränkten Handels mit China. »Wir glauben, dass es das Beste ist, China weiter in die Völkerfamilie zu integrieren und unsere Interessen und Ideale zu bewahren«, erklärte Clinton in einer typischen Rede.[2]

Ohne es je einzugestehen, setzten George W. Bush und seine Berater Clintons Chinapolitik einschließlich der Verpflichtung, China zu integrieren, in ihren wesentlichen Punkten fort. In Bushs zweiter Amtszeit forderten sowohl Außenministerin Condoleezza Rice als auch der ehemalige stellvertretende Außenminister Robert Zoellick, China in die internationale Gemeinschaft zu integrieren.

»Integration« ist so zu einem neuen Schlagwort wie »Einbindung« geworden, der früheren Losung der amerikanischen Chinapolitik, die auf die Administration von Bush senior zurückgeht. Beide Wörter haben leicht unterschiedliche Konnotationen. Sieht man von seinem prätentiösen Gehalt ab, bedeutete »Einbindung« schlicht, dass Amerikas Führer sich weiter mit chinesischen Führern treffen sollten (selbst wenn solche Treffen nie irgendeine Wirkung zeigten). »Integration« heißt, dass die Vereinigten Staaten nicht mehr nur allein mit der chinesischen Führung reden, sondern sie zu Treffen mit anderen Regierungen und internationalen Organisationen bewegen sollten.

Trotz der leicht unterschiedlichen Bedeutung haben diese beiden Begriffe in den USA dieselbe Anhängerschaft: Jene Vertreter der amerikanischen Elite, die für die Einbindung Chinas sind, treten auch für seine Integration ein und umgekehrt. Mit beiden Wörtern wird dasselbe suggeriert: Mit hinlänglicher Einbindung, mit ausreichend starker Integration Chinas kann es den Vereinigten Staaten gelingen, das Wesen des chinesischen Regimes zu verändern – obwohl nicht klar ist, wie das genau vonstattengehen soll. In gewisser Weise ist der amerikanische Ansatz gegenüber China etwas herablassend: Er klingt, als wären die USA ein müder, alter Trainer, der China in eine Art diplomatische Hundeschule stecken will.

* * *

Das fundamentale Problem dieser Integrationsstrategie ist, dass sie die offenkundige Frage aufwirft: »Wer integriert hier wen?« Sind es die USA, die China in eine neue internationale Wirtschaftsordnung auf der Grundlage marktwirtschaftlicher Prinzipien integrieren? Oder ist es China, das die Vereinigten Staaten in eine neue internationale politische Ordnung integriert, in der Demokratie nicht länger begünstigt und eine Regierung, die fortgesetzt jede organisierte Opposition ausmerzt, akzeptiert oder ignoriert wird?

Dies ist nicht nur eine Angelegenheit der Regierung. Privatunternehmen – darunter die Internetfirmen Yahoo!, Google und Microsoft – benutzen häufig Schlagwörter wie »Einbindung« und »Integration«, um zu erklären, warum sie trotz fortbestehender chinesischer Zensurbestimmungen und -gesetze weiter mit China Geschäfte machen. »Ich glaube, [das Internet] trägt zum politischen Engagement in China bei«, erklärte Bill Gates auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos.[3] Doch wenn Microsoft seine Regeln ändert, um China entgegenzukommen, lautet die Frage abermals: Wer verändert hier wen?

Wenn die Welt in 30 Jahren immer noch ein chinesisches Regime hat, das über einen zutiefst repressiven Einparteienstaat wacht,

aber dessen ungeachtet ein angesehenes Mitglied der internationalen Gemeinschaft ist, wird das als Erfolg der amerikanischen Integrationspolitik zu werten sein? Sollte es dazu kommen, wird eben dieses China als Modell für Diktatoren, Juntas und andere undemokratische Regierungen auf der ganzen Welt dienen – und diese Regime mit großer Wahrscheinlichkeit unterstützen. China tut dies schon heute mit seiner Hilfe für etliche Diktaturen von Birma bis Zimbabwe. Wenn also Amerikas höchste Amtsträger und Firmenvorstände so luftig davon sprechen, China in die internationale Gemeinschaft zu integrieren, sollten die Zuhörer Fragen wie die folgenden stellen: Wenn China sich nicht verändert, was für eine Art von internationaler Gemeinschaft wird das sein? Wird sie das Recht auf eine andere Meinung stützen? Wird sie die Meinungsfreiheit schützen? Oder wird sie einfach den Freihandel und das Recht behüten, zu investieren?

Nein, halt, werfen die Verteidiger der heutigen amerikanischen Chinapolitik ein. *Auch wir glauben ja an die Demokratie. Es gibt keine wirklichen Meinungsverschiedenheiten über das Endziel. Es ist alles nur eine Frage der Taktik*. Die Strategie der Integration (oder der Einbindung), so sagen ihre Verfechter, ziele darauf ab, Chinas politisches System zu verändern und den Einparteienstaat langfristig zu beseitigen.

Diese Argumente klingen in gewisser Weise ähnlich wie die Behauptungen der chinesischen Führung. Weil die Bosse der Kommunistischen Partei nicht gerne zugeben, dass sie ihr Machtmonopol nicht aufgeben wollen, erklären sie Besuchern zuweilen, dass auch sie an Demokratie als Endziel für China glauben, und alles nur eine Frage des richtigen Zeitpunktes sei. Solche Beteuerungen richten sich an die hoffnungslos Leichtgläubigen; durch seine Handlungen bringt das Regime Tag für Tag seine hartnäckige Feindseligkeit gegenüber dem politischen Pluralismus in China deutlich zum Ausdruck.

Im Allgemeinen sind die amerikanischen Befürworter der Integrationsstrategie nicht so zynisch. Natürlich mögen ein paar von

ihnen antidemokratisch sein; es gab immer Amerikaner, die Bewunderung, ja sogar Verehrung für die Einfachheit und Bequemlichkeit autokratischer Herrschaftsformen hegten. Andere Verfechter der Integration scheinen indes völlig aufrichtig zu glauben, dass die chinesischen Führer schließlich bereitwillig ihr Machtmonopol, das sie seit 1949 innehaben, aufgeben werden, sofern die USA ihre gegenwärtige Chinapolitik fortführen. Freilich gelingt es ihnen nicht, zu erklären, wie und warum sich denn durch die gegenwärtige amerikanische Strategie das politische System Chinas verändern sollte.

Die bislang vertretenen Ansätze dienten dazu, die Aufmerksamkeit vom Kernproblem, dem chinesischen Einparteienstaat, abzulenken. Die Förderung von Dorfwahlen hat sich als weitgehend erfolglos erwiesen, weil die chinesische Führung dieses Experiment ausschließlich auf die Dörfer beschränken konnte und die Behörden dort außerdem zu einer Reihe von Methoden einschließlich Gewaltanwendung Zuflucht nahmen, um demokratische Abstimmungen zu vereiteln.

Noch gibt es Anzeichen dafür, dass die amerikanische Förderung von Rechtsstaatlichkeit für sich genommen das politische System verändert. Solange es aber keine unabhängige Gerichtsbarkeit gibt und China ein Einparteienstaat bleibt, in dem die Richter von der Führung der Kommunistischen Partei ausgewählt werden, wird die Förderung des Rechtsstaatsprinzips keinen grundlegenden Wandel bewirken. Sie könnte vielmehr zu einem noch gründlicher legalisierten Repressionssystem führen. Tatsächlich wurden in China Anwälte, die versuchten, mithilfe des Justizsystems die Kommunistische Partei herauszufordern oder die Rechte von Dissidenten zu verteidigen, schon häufig selbst Ziel von Verfolgungsmaßnahmen, darunter Haftstrafen und Berufsverbote.[4]

Der stärkste Antrieb zur Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse kommt von den Unternehmen und Investoren, die ihr Geld in China anlegen. Sie brauchen, genau wie Unternehmen und Investoren in anderen Teilen der Welt, verlässliche Prozeduren zur Lö-

sung finanzieller Streitigkeiten. Es ist im Interesse des chinesischen Regimes, den ins Land fließenden Strom der Investmentdollar, -euro und -yen in Gang zu halten, daher sind chinesische Amtsträger bereit, für ausländische Unternehmen juristische Verfahrensgarantien bei Rechtsstreitigkeiten einzuführen. Das Ergebnis könnte jedoch sehr wohl ein chinesisches Rechtssystem sein, das ausländischen Investoren besonderen Schutz bietet, nicht aber gewöhnlichen chinesischen Bürgern und noch viel weniger den Zielscheiben des Regimes, zum Beispiel politischen Dissidenten oder tibetischen Aktivisten.

Und das wirft eine grundlegendere Frage über die gegenwärtige Integrationsstrategie der USA auf: Wem nützt sie? Vor allem bereichert sie die Eliten Chinas und Amerikas. Die Strategie ist gut für amerikanische Wirtschaftsunternehmen, denen sie ermöglicht, mit China Handel zu treiben und im Land zu investieren. Und die Integration ist mindestens ebenso gut für die aufstrebenden Eliten der chinesischen Städte – die Manager und Unternehmer, viele von ihnen frühere Parteikader oder deren Verwandte, die durch den Handels- und Investitionsboom in China reich werden.

Die amerikanische Chinapolitik war nicht annähernd so segensreich für amerikanische Arbeitnehmer – insbesondere nicht für die Zehntausende, die ihre Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten letztlich durch die Politik der Integration verloren haben. Vor vielen Jahren hat man dem amerikanischen Volk versichert, dass die Aufnahme Chinas in das internationale Wirtschaftssystem den Wandel seines politischen Systems befördern würde. Heute könnten sich amerikanische Arbeitnehmer sehr wohl fragen, ob dieses Argument nicht schlicht ein grausamer Scherz war. Und die Integrationsstrategie war auch kein großer Segen für gewöhnliche Chinesen. Selbstverständlich ist China als Ganzes heute wohlhabender als in der Vergangenheit, aber diesen neuen Wohlstand genießt vor allem die städtische Mittelschicht, nicht die überarbeiteten, zu niedrig entlohnten Fabrikarbeiter oder die Hunderte von Millionen Bauern auf dem Lande.

Gerade weil das Regime weiß, wie widerspenstig und enttäuscht das chinesische Volk ist, weigert es sich ja, das Land für eine Form von Demokratie zu öffnen. Die chinesischen Führer wissen, dass sie bei Wahlen aus dem Amt geworfen würden. Obwohl sie regelmäßig Ausländer beschuldigen, »die Gefühle des chinesischen Volkes« zu verletzen, wollen sie kein Wahlsystem einführen, mit dem sich die Gefühle des chinesischen Volkes gegenüber seiner eigenen Regierung unparteiisch beurteilen ließen. Die Demokratie, oder auch nur eine Organisation, die Demokratie für die Zukunft einfordert, ist eine Bedrohung für die bestehende politische und wirtschaftliche Ordnung Chinas. Das ist der Grund, warum das Regime weiterhin alle Formen organisierten Widerspruchs und politischer Opposition unterdrückt. Und auch der Grund dafür, warum Chinas neue Klasse von Managern und Unternehmern, die davon profitierten, dass die Löhne niedrig gehalten werden, das repressive Regime stützt.

* * *

Die Prämisse der amerikanischen Befürworter der Integrationspolitik gegenüber China lautet letztlich, dass wir die Frage einer chinesischen Demokratie auf viele Jahre hin vertagen können. Lasst China sich entwickeln, so geht das Argument, bis das Land reicher ist; lasst es sich in internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation integrieren. Und dann mag, in zwei oder drei Jahrzehnten, eine günstigere Zeit anbrechen, um China energisch zur Öffnung seines politischen Systems zu drängen.

Aber die Frage des besten Zeitpunktes ist nicht so leicht zu beantworten, wie die Verfechter dieser Auffassung behaupten. In zwei oder drei Jahrzehnten könnte es zu spät sein. Bis dahin wird China wohlhabender sein, und auch die hartnäckigen antidemokratischen Interessen werden erheblich stärker geworden sein. Aufgrund seiner schieren ökonomischen Macht wird China dann so vollständig in das Weltwirtschaftssystem und die internationale Diplomatie eingebunden sein, dass es keine internationale Unter-

stützung für eine wie immer geartete Bewegung zur Öffnung des politischen Systems in China geben wird.

Manchmal ist es in Bezug auf China besser, eher früher als später zu handeln. Es gab schon Fälle, bei denen amerikanische Maßnahmen, was immer ihr sonstiges Verdienst war, deshalb scheiterten, weil sie zu spät ergriffen wurden. Ein klassisches Beispiel ist der Versuch von 1993 bis 1994, die Erneuerung der Handelserleichterungen für China von spezifischen Fortschritten bei den Menschenrechten abhängig zu machen. Die Idee wurde im Jahr nach Chinas spektakulärer Niederschlagung der Demonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens geboren. Und tatsächlich hätte diese Taktik damals vielleicht bessere Erfolgschancen gehabt: 1989 bis 1991 – kaum noch vorstellbar nach heutigen Standards – schwächelte die chinesische Wirtschaft. Chinas wichtigste Auslandskredite waren zeitweise eingefroren, seine Wachstumsraten blieben eine Zeit lang unerheblich. Als Clinton 1993 ins Amt kam, hatte sich die chinesische Wirtschaft bereits erholt und wuchs mit einer bemerkenswerten Rate. Manager, Premierminister und Präsidenten eilten nach Peking in der Hoffnung, mit Verträgen heimzukehren. Da hatte sich die Lage in China schon verändert, und der amerikanische Versuch, den Handel an Menschenrechtsauflagen zu koppeln, war zum Scheitern verurteilt.

Der Punkt ist, dass die beste Zeit, um die Herausbildung einer dauerhaften chinesischen Autokratie zu verhindern, sehr wohl jetzt oder in den nächsten Jahren gekommen sein könnte – nicht erst in einem Vierteljahrhundert, wenn das Regime und das gegenwärtige System modernisierter, von der Wirtschaft gestützter Repression noch weit fester etabliert und verankert sein könnte.

* * *

Was sollten die Vereinigten Staaten tun, um einen demokratischen Wandel in China zu ermutigen? Eine detaillierte Liste politischer Maßnahmen kann sich erst herauskristallisieren, wenn wir uns

von den Illusionen und falschen Annahmen befreien, auf denen unsere Chinapolitik seit langem fußt.

Vor allem sollten wir es nicht länger für selbstverständlich halten, dass China unausweichlich auf politische Liberalisierung und Demokratie zusteuert. Wie seine Vorgänger hat George W. Bush das amerikanische Mantra über China haarklein nachgebetet. »Während China seine Wirtschaft reformiert, entdecken seine Führer, dass die Tür zur Freiheit nicht mehr geschlossen werden kann, sobald sie auch nur einen Spalt weit geöffnet wird«, verkündete Bush in einer typischen Rede. Solche Worte vermitteln ein herzerwärmendes Gefühl der Hoffung für China, aber sie treffen nicht auf die chinesische Realität zu, wo Türen regelmäßig mehr als einen Spalt weit geöffnet und dann wieder zugeschlagen werden. Die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger in Amerika sollten auch aufhören, die Lüge zu verbreiten, dass der Handel dem Einparteiensystem in China ein Ende bereiten wird. Diese Fiktion wurde immer und immer wieder geschickt eingesetzt, um die Zustimmung des Kongresses und des amerikanischen Volkes zum Handel mit China anzuwerben. Handel ist Handel; es ist kein politischer Zaubertrank für Demokratie. Sein Nutzen und seine Kosten liegen in der wirtschaftlichen Sphäre. Der Handel hat weder die politische Repression noch das Machtmonopol der Kommunistischen Partei Chinas beendet, und es gibt auch nicht den geringsten Grund zu der Annahme, dass sich dies in Zukunft ändern könnte. Tatsächlich ist es möglich, dass unser Handel mit China seinem autokratischen Regime lediglich hilft, reicher und mächtiger zu werden. Amerikas gegenwärtige Chinapolitik läuft auf einen unausgesprochenen Handel hinaus: Wir haben alle ernsthaften Bemühungen aufgegeben, den chinesischen Einparteienstaat herauszufordern, und dafür im Tausch das Recht zu ungebremstem Handel mit China erhalten.

Was wir nun in erster Linie brauchen, sind Politiker, die bereit sind, Amerikas schiefe Logik und abgedroschene Phraseologie über China infrage zu stellen. Wir brauchen Politiker, die die Auf-

merksamkeit auf die Tatsache lenken, dass Amerika eine Politik betrieben hat, die weit mehr den Wirtschaftsinteressen in den Vereinigten Staaten und in China nützt als den gewöhnlichen Arbeitnehmern der beiden Länder.

Beide politischen Parteien und beide Pole des politischen Spektrums sollten umdenken. Auf der demokratischen Linken brauchen wir Menschen, die sich kritisch mit der Behauptung auseinandersetzen, dass es irgendwie »progressiv« sei zu sagen, Demokratie spiele keine Rolle, oder anzunehmen, dass sie eines Tages automatisch nach China kommen werde. Solche Ansichten sind nicht im Mindesten progressiv, liberal oder aufgeklärt. Sie wurden vielmehr von der Clinton-Administration vorgeschoben, um eine Politik zu rechtfertigen, die Bill Clinton die Unterstützung der Wirtschaft sichern sollte. Es gab in der Demokratischen Partei in den neunziger Jahren andere Meinungen in Bezug auf China – jene von Nancy Pelosi und George Mitchell zum Beispiel, die eine entschiedene Haltung zugunsten der Menschenrechte in China bezogen. Die Demokraten haben diese alternativen Ansätze vor einem Jahrzehnt zurückgewiesen, sie sollten sie nun aber erneut prüfen.

In der Republikanischen Partei brauchen wir politische Führer, die bereit sind, die Mentalität des Business Roundtable, des Unternehmerstammtisches, infrage zu stellen, die so lange das Denken der Partei über China beherrscht hat. Wenn die Republikaner politischer Freiheit einen Wert beimessen, warum sollten sie es erlauben, dass die amerikanische Chinapolitik von Unternehmensinteressen dominiert wird, während im bevölkerungsreichsten Land der Welt eine einzige Partei herrscht, die keine politische Opposition zulässt? George W. Bush ist es gelungen, seine rein wirtschaftlich orientierte Chinapolitik hinter der Fassade eines harten Kurses zu verbergen. Die Republikaner sollten das nicht noch einmal zulassen.

Sobald Amerika endlich erkennt, dass sich China *nicht* unausweichlich zu einer Demokratie entwickelt, können wir anfangen, uns über den richtigen Ansatz zu verständigen. Einerseits ist es

möglich, dass die USA neue Maßnahmen anstreben, um die chinesische Führung zu einem demokratischen Wandel anzutreiben. Amerika könnte auch in Erwägung ziehen, sein doktrinäres Festhalten am Freihandel mit China zu überdenken.

Alternativ dazu könnte das amerikanische Volk entscheiden, dass es absolut nichts gibt, was die Vereinigten Staaten gegen ein riesiges, dauerhaft undemokratisches und repressives China tun können oder sollten. Wie in diesem Buch dargelegt, würde eine bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts fortdauernde chinesische Autokratie der amerikanischen Politik in anderen Weltteilen große Probleme bereiten. Nichtsdestoweniger könnte sich Amerika nach einer Abwägung der Kosten und des Nutzens, die es mit sich brächte, China zu einer Demokratisierung zu drängen, für eine Politik der bloßen Akzeptanz der bestehenden Ordnung entscheiden.

Dem amerikanischen Volk werden derzeit solche Optionen nicht angeboten, weil die Wahlmöglichkeiten nicht offengelegt werden. Es gibt praktisch keine öffentliche Debatte über das Dritte Szenario. Amerikanische Politiker beider Parteien sprechen regelmäßig so, als ob Liberalisierung und Demokratie letzten Endes in China Einzug halten würden – das heißt, sie reden dem Beschwichtigungsszenario das Wort. Gelegentlich malen sie auch die Aussicht von Aufständen und Chaos an die Wand und beschwören das Aufruhrszenario herauf. Aber das Dritte Szenario? Gegenwärtig scheint es außerhalb des öffentlichen Diskurses zu liegen. Wir müssen darüber nachdenken, um zu klären, was wir tun wollen.

Ich habe nie ein Buch geschrieben, bei dem ich so glühend gehofft habe, eines Besseren belehrt zu werden. Es wäre herzerwärmend, wenn Chinas Führer jenen Weg beschritten, den amerikanische Politiker vorhersagen. Es wäre wunderbar, wenn sich China, entweder Schritt für Schritt oder schlagartig zu einem neuen politischen System öffnete, in dem die 1,3 Milliarden Menschen des Landes die Chance erhalten, ihre eigenen Volksvertreter zu wählen. So sehr ich mir eine solche Entwicklung wünsche, werde ich nicht blindlings darauf vertrauen und warten.

Dank

Ich hatte das Glück, bei der Abfassung dieses Buches von zwei außergewöhnlichen Institutionen unterstützt zu werden. Die erste war die Paul H. Nitze School of Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University, wo ich seit Anfang 2004 Writer in Residence war. Die zweite war die Amerikanische Akademie in Berlin, an der ich im Herbst 2005 vier Monate als Fellow verbrachte. Beide Institutionen boten die Rechercheunterstützung und das pulsierende intellektuelle Klima, die ein Autor eines Buches benötigt. An der SAIS danke ich insbesondere Dekanin Jessica Einhorn, dem Exekutivdirektor des Foreign Policy Institute Thomas Kerney sowie Courtney Mata, der allzeit hilfsbereiten Administratorin des Instituts. An der Amerikanischen Akademie gilt mein besonderer Dank Exekutivdirektor Gary Smith, der versteht, was Autoren brauchen und wie sie denken.

Dieses Buch hätte, wie schon mein letztes, *Rise of the Vulcans*, nicht ohne die Hilfe meines Lektors bei Viking, Adrian Zackheim, und meines Literaturagenten Raphael (Rafe) Sagalyn das Licht der Welt erblicken können. Sie erkannten, wie sehr ich dieses Buch schreiben wollte und gaben mir die Möglichkeit, mein Vorhaben zu verwirklichen. Wie immer hatte ich mehrere Helfer, die das Manuskript oder Teile davon lasen und mich an ihrer Meinung teilhaben ließen, darunter Warren B. Cohen, der führende Historiker auf dem Gebiet der sino-amerikanischen Beziehungen, und natürlich meine Frau Caroline, meine Tochter Elizabeth und mein Sohn Theodore.

Keine der Institutionen und Personen, die mir so sehr halfen, dieses Buch zu schreiben, sind für die hier vertretenen Ansichten verantwortlich, die einzig und allein meine eigenen lang erwogenen Ideen wiedergeben.

Anmerkungen

Kapitel 1: Das Dritte Szenario

1 Gouverneur George W. Bush, »A Distincly American Internationalism«, Rede in der Ronald Reagan Presidential Library, Simi Valley, Kalifornien, 19. November 1999.
2 Transkript der Pressekonferenz Präsident Bill Clintons mit Jiang Zemin, 28. Januar 1997.
3 »U.K.'s Blair Says Democracy in China Is Unstoppable«, *Bloomberg News Service*, 6. September 2005.
4 Vgl. State Department, Country Reports on Human Rights Practices 2005, unter: www.state.gov/g/drl/hrrpt/2005/61605.htm.
5 Vgl. Edward Cody, »Chinese Activists Targeted by Thug Violence«, in: *Washington Post*, 1. Januar 2006, S. A-14; State Department, Country Reports on Human Rights Practices 2005.
6 Jim Yardley, »Democracy, Chinese Style: 2 Steps Forward, 1 Step Back«, in: *New York Times*, 21. Dezember 2003, Teil 1, S. 3. Für andere Beispiele dieser Argumentationsweise vgl. Elisabeth Rosenthal, »Beijing in a Rear-Guard Battle Against a Newly Spirited Press«, in: *New York Times*, 15. September 2002, S. 1; »Deng's Two-Step: Two Steps Forward, One Back«, in: *New York Times*, 30. Januar 1987, S. A-26.
7 Kevin Platt, »Clinton's First China Stop Loaded with Spin«, in: *Christian Science Monitor*, 25. Juni 1998, S. 1.
8 Gerald Segal, »The Muddle Kingdom? China's Changing Shape«, in: *Foreign Affairs*, Mai/Juni 1994, S. 43.
9 Gordon G. Chang, *The Coming Collapse of China*, New York 2001, S. XVI, XIX.

10 Für die Administration von George H.W. Bush vgl. James Mann, *About Face*, New York 1998, S. 228. Für die Clinton-Administration vgl. das Transkript der Rede von Samuel Berger im Woodrow Wilson International Center vom 2. Februar 2000.
11 Zitiert nach Warren I. Cohen, *America's Response to China*, 4. Ausg., New York 1990, S. 242.
12 Ich spreche hier natürlich von jenen Landesteilen, in denen Chinesisch die wichtigste geschriebene Sprache ist. Die Geschichte von Tibet und Xinjiang ist anders.
13 Vgl. *People's Daily*, 28. Juli 2005, zitiert nach: »Warning over Unrest After Violent Protests«, in: *South China Morning Post*, 29. Juli 2005.
14 Vgl. Vivien Pik-Kwan Chan, »Propaganda Tag Axed in Image Facelift«, in: *South China Morning Post*, 12. Mai 1998, S. 7.
15 Zitiert nach Cohen, *America's Response to China*, 4. Ausg., New York 1990, S. 179..
16 Richard N. Haass, *The Opportunist*, New York 2005, S. 152f.
17 Thomas L. Friedman, *Globalisierung verstehen. Zwischen Marktplatz und Weltmarkt*, München 2000.
18 Vgl. Philip P. Pan, »China Frees SARS Hero«, in: *Washington Post*, 25. Juli 2004, S. A-3. Jiang wurde in der Folge acht Monate unter Hausarrest gestellt.
19 Diese Organisationen werden über das National Endowment for Democracy überwiegend staatlich finanziert (A.d.Ü.).
20 Im September 2005 deutete der chinesische Premierminister in einem BBC-Interview an, dass China irgendwann Wahlen auf Kreisebene erlauben könnte. Aber einige Wochen später gab die chinesische Regierung ein Weißbuch über Demokratie heraus, in dem keine Schritte in Richtung solcher Wahlen dargelegt waren und China als »demokratische Diktatur« beschrieben wurde, in der die Kommunistische Partei die führende Rolle spielen würde. Vgl. Jonathan Watts, »Chinese Communists Dash Hopes of Democratic Reform«, in: *The Guardian*, 21. Oktober 2005, S. 19.
21 Vgl. z.B. Edward Cody, »In Chinese Uprisings, Peasants Find New Allies«, in: *Washington Post*, 26. November 2005, S. 1.
22 Vgl. John Pomfret, »In Rural China, Democracy Not All It Seems«, in: *Washington Post*, 26. August 2000, S. A-1. Josephine Ma, »Create a

Uniform System for Village Polls, Says Jimmy Carter«, in: *South China Morning Post*, 9. September 2003, S. 5. »Carter: China Village Vote Give Democracy a Boost«, in: *Atlanta Journal-Constitution*, 6. September 2001, S. 1-B.

23 Rede Hu Jintaos auf der Konferenz der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) vom 19. November 2005.

24 Die These geht auf Immanuel Kant zurück. Für jüngste Diskussionen vgl. Aaron L. Friedberg, »The Future of U.S.-China Relations: Is Conflict Inevitable?«, in: *International Security*, 30, Nr. 2 (Herbst 2005), S. 15, sowie Gary J. Bass, »Are Democracies Really More Peaceful?«, in: *New York Times Magazine*, 1. Januar 2006, S. 18.

25 Vgl. »China to Update Mugabe Spy Net«, in: *The Australian*, 20. Mai 2005.

26 Vgl. Andrew Higgins, »Chinese Joy Recedes as the Tide Turns«, in: *The Independent*, 23. August 1991, S. 7.

27 NAFTA bedeutet Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (A.d.Ü).

28 Samuel R. Berger, »A Foreign Policy for the Global Age«, in: *Foreign Affairs*, 79, Nr. 6 (November/Dezember 2000), S. 28f.

Kapitel 2: Das Wörterbuch des Abwiegelns

1 Vgl. »But Not That«, Leitartikel, *Washington Post*, 3. Juli 1987.

2 Vgl. »China Revalues the Yuan«, in: *New York Times*, 22. Juli 2005, und »No Way to Treat a Dragon«, ebd., 4. August 2005.

3 Tom Plate, »Twin Stars Shone over 2005«, in: *South China Morning Post*, 31. Dezember 2005, S. 11.

4 Vgl. Warren P. Strobel, »Powell Lauds Panama for Progress Towards Democracy«, in: *Knight Ridder News Service*, 4. November 2003; »A Human Rights Defender«, in: *San Francisco Chronicle*, 13. Dezember 2001, S. A-24.

5 John Fraser, *The Chinese*, New York 1980, S. 201.

6 Robert J. Samuelson, »China's Oil Bid«, in: *Washington Post*, 6. Juli 2005, S. A-17.

7 David M. Lampton, »Paradigm Lost: The Demise of ›Weak China‹«, in: *National Interest*, Herbst 2005, S. 69.

8 Vgl. z.B. Doak Barnett, »Ten Years After Mao«, in: *Foreign Affairs*, Herbst 1986, S. 37.

9 Roger Sullivan, einer der früheren amerikanischen Offiziellen, die an Nixons und Kissingers Öffnung gegenüber China mitgewirkt hatten, trat als Vorsitzender des amerikanisch-chinesischen Wirtschaftsrates zurück, weil er die Zusammenarbeit mit dem Regime nach dem Massaker auf dem Tiananmenplatz nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren konnte.

10 Robert Kaiser, Steven Mufson, »›Blue Team‹ Draws a Hard Line on Beijing«, in: *Washington Post*, 22. Februar 2000, S. A-1.

11 Mit der Farbe Blau wird in Kriegsspielen gewöhnlich die amerikanische Seite oder die NATO insgesamt bezeichnet, ihre Gegner dagegen mit Rot, daher »Red Team«. (A.d.Ü.)

Kapitel 3: Der Starbucks-Trugschluss

1 Nicholas D. Kristof, »The Tiananmen Victory«, in: *New York Times*, 2. Juni 2004, S. 19. (Hervorhebung vom Autor)

2 Ebd.

3 Angus Deming et. al., »Bearbaiting«, in: *Newsweek*, 12. Februar 1979, S. 22.

4 Orville Schell, *In the People's Republic*, New York 1977, S. VIII.

5 David M. Lampton, *Same Bed, Different Dreams. Managing U.S.-China Relations, 1989–2000*, Berkeley 2001, S. 7.

6 »Xinhua Interviews Clinton Security Advisor Sandy Berger«, *Foreign Broadcast Information Services*, 17. März 2004.

7 Vgl. Jeffrey H. Birnbaum, »Taking Costly Counsel from a Statesman«, in: *Washington Post*, 29. März 2004, S. E-1.

8 Im Frühjahr 2005 wurde Greenberg vom AIG-Aufsichtsrat zum Rücktritt gezwungen. Er diente weiter als Vorstandschef zweier weiterer Versicherungsunternehmen, C.V. Starr und C.V. Starr International, die zusammen AIG-Aktien im Wert von schätzungsweise 22 Milliarden kontrollieren. Vgl. Jenny Anderson, »In Lawsuit, C.V. Starr Accuses A.I.G. of Hurting Its Business«, in: *New York Times*, 30. Januar 2006, S. C-1.

9 Maurice R. Greenberg, »On Leadership«, in: *National Interest*, Nr. 82 (Winter 2005/2006), S. 25.
10 Vgl. Steven Mufson, »A Benefactor Flexes His Wallet«, in: *Washington Post*, 11. Mai 2000, S. A-30.
11 Für eine vollständige Darstellung vgl. Ross Y. Koen, *The China Lobby in American Politics*, New York 1960.
12 Tatsächlich ist es nicht korrekt, von einer »Taiwan-Lobby« zu sprechen, da es sich nicht um eine einzelne Gruppe handelt. Das demokratische Taiwan hat heute konkurrierende politische Parteien mit unterschiedlichen Visionen der künftigen Beziehung der Insel zu China.

Kapitel 4: Der P-Faktor

1 Memo von Henry Kissinger an Richard Nixon, »My Asian Trip«, 27. Februar 1973, S. 6, Nixon Collection, National Archives.
2 Eine ausführlichere und äußerst scharfsinnige Erklärung von Chinas Ansatz enthält Richard H. Solomon, *Chinese Political Negotiating Behavior, 1967– 1984*, Santa Monica 1995. Diese Untersuchung wurde ursprünglich für die US-Geheimdienste unternommen und auf Antrag des Autors und der *Los Angeles Times* nach dem Freedom of Information Act deklassifiziert.
3 James Mann, *About Face*, New York 1998, S. 101.
4 Vgl. ebd., S. 106f.
5 Vgl. z. B. den Brief von Präsident Bush an das Repräsentantenhaus vom 2. März 1992.
6 Transkript der Pressekonferenz von Präsident Clinton mit Jiang Zemin, 29. Oktober 1998; Transkript der Pressekonferenz von Präsident Clinton in Hongkong, 4. Juli 1998.
7 Madeleine Albright, Rede vor dem Commonwealth Club, San Francisco, 24. Juni 1997. (Hervorhebung vom Autor).
8 Anmerkungen Bill Clintons in der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University, 8. März 2000.
9 George W. Bushs Antrittsansprache, 20. Januar 2005.
10 Transkript des Weißen Hauses, Rede des Präsidenten zur Lage der Union, 31. Januar 2006.

11 Transkript von Bushs Anmerkungen gegenüber den mitreisenden Journalisten in China, 20. November 2005; Transkript von Bushs Rede über Freiheit und Demokratie in Kyoto, 16. November 2005.

Kapitel 5: Die Spiele sind eröffnet

1 John Pomfret, »China Celebrates Its Fiftieth. Communists' Parade Highlights Military, Political, Economic Might«, in: *Washington Post*, 1. Oktober 1999, A-25.
2 Thomas L. Friedman, »Thou Shalt Not Destroy the Center«, in: *New York Times*, 11. Novmber 2005, S. A-23.
3 Vgl. Jonathan Watts, »Satellite Data Reveals Bejing as Air Pollution Capital of World«, in: *The Guardian*, 31. Oktober 2005, S. 22.

Konklusion: Wer integriert hier wen?

1 Richard N. Haass, *The Opportunity*, New York 2005, S. 152.
2 Rede von Bill Clinton vor der Young Presidents Organization, 19. Mai 1997.
3 »Gates: Censorship, Software Piracy No Reason Not to Do Business in China«, Associated Press, Davos, Schweiz, 28. Januar 2006.
4 Vgl. z. B. Joseph Kahn, »Legal Gadfly Bites Had, and Bejing Slaps Him«, in: *New York Times*, 13. Dezember 2005, S. 1.

Register